

»Ich und meine Öffentlichkeit
verstehen uns sehr gut: sie hört
nicht, was ich sage, und ich
sage nicht, was sie hören will«
Karl Kraus

Es gibt keine einträglichere Beschäftigung als die Herstellung und keine nutzlosere als die Lektüre einer Zeitschrift, die es darauf anlegt, dem Leser zu gefallen und nur in flotte Verpackung zu wickeln, was der sich ohnehin schon gedacht hat. **konkret** versucht, der Versuchung zu widerstehen. In dieser Zeitschrift werden die großen Fragen dieser Jahre in offenem Streit diskutiert - ohne linienrichterliche Enge und doch fern von modischer Beliebtheit. Das ist manchmal schwer zu ertragen, für die Leser von **konkret** wie für die Redaktion. Denn Aufklärung, die not tut, tut auch weh, sie verlangt nach Prüfung der eigenen (Vor-)Urteile und oft auch den Abschied von ihnen.

In

konkret

schreiben:

Matthias **Altenburg**, Günter **Amendt**, F.W. **Bernstein**, Walter **Boehlich**, Klaus **Croissant**, Karlheinz **Deschner**, Diedrich **Diederichsen**, Thomas **Ebermann**, Gerd **Fuchs**, Georg **Fülberth**, Eike **Geisel**, Rolf **Gössner**, Hermann L. **Gremliza**, Peter **Hacks**, Karl-Heinz **Hansen**, Georg **Heinzen**, Eckhard **Henscheid**, Ellis E. **Huber**, Mechtild **Jansen**, Ernst **Kahl**, Christoph **Krämer**, Arno **Klönne**, Otto **Köhler**, Peter **Körte**, Verena **Krieger**, Dietrich **Kuhlbrodt**, Reinhard **Kühnl**, Katja **Leyrer**, Dorothee **Piermont**, Wolfgang **Pohrt**, Hermann Peter **Piwitt**, Klaus **Roehler**, Karl Heinz **Roth**, Jan Philipp **Reemtsma**, Michael **Scharang**, Corinne **Schelbert**, Wolfgang **Schneider**, Gabriela **Simon**, Michael **Stamm**, Ingrid **Strobl**, Oliver **Tolmein**, Horst **Tomayer**, Rainer **Trampert**, Christoph **Türcke**, Detlef **zum Winkel**, Winfried **Wolf**, Hans **Wollschläger** und **viele andere**

Kostenloses Probeheft bei

Neuer Konkret Verlag, Osterstraße 124, 2000 Hamburg 20
(im Abonnement 12 Hefte jährlich DM 72,-)

LATEIN AMERIKA

185 SEPTEMBER / OKTOBER 1989
DM 5,-

NACHRICHTEN



KOKAIN

Die Profitrate läßt sich nicht erschießen

Kolumbiens ehrenwerte Gesellschaft ★ Hinter den Kulissen des Drogenkrieges ★ **Argentinien**: Menem ganz neoliberal ★ **Nicaragua**: gespaltene Opposition ★ **Bolivien**: Zamora regiert, Banzer diktiert ★ Amazoniensolidarität oder Ökoimperialismus

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	3
Kokain – Stoff für die Polizei	4
NICARAGUA: Chamorro in den Nationalpalast?	6
ARGENTINIEN: »Ni Yanquis, ni marxistas« – neoliberalistas!	10
CHILE: Die Verfassungsreform – der Spatz in der Hand	16
Menschenrechtsverletzungen – Aufhebung der Amnestie?	20
BOLIVIEN: Paz Zamora neuer Präsident	21
KOLUMBIEN: Hinter den Kulissen des Drogenkrieges	24
»Unsere Häuser werden bombadiert, und keiner spricht davon«	28
Kokain – Kolumbiens ehrenwerte Gesellschaft	32
Wer verdient wieviel?	44
Amazonensolidarität oder Ökoimperialismus – eine Polemik	45
EL SALVADOR: »Alle gegen ARENA!«	49
Oligarchie gegen »Agrarreform«	54
MITTELAMERIKA / USA: Geistliche Kriegsführung niedriger Intensität	59
NICARAGUA: Bilder der Revolution	72
10 Jahre Literatur libre	73
REZENSIONEN: Erfahrungsfragmente aus Zentralamerika	75
Olga	76
Termine	78
Eingegangene Bücher	79
Zeitschriftenschau	80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 185
 September/Oktober 1989
 Jahrgang 17 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Thomas Fatheuer, Roman Herzog
 Druck: Hilberts + Pösgel, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 5. September 1989

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
 Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweise berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.
 Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
 LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Editorial

Der Mord an dem liberalen kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten Galan hat den Kampf gegen die Kokain-Mafia von Medellín und Cali in der Prioritätenliste der internationalen hohen Politik an eine der vordersten Stellen gerückt. Er kam auch gerade richtig, um US-Präsident Bush für seinen längst geplanten Kreuzzug gegen das Rauschgift weiteren Rückenwind zu liefern. In der Bundesrepublik und in Westeuropa wird ebenfalls zum Kampf gerüstet. Dabei wissen wir alle, wie verlogen dieser Kampf ist: noch immer sterben viel mehr – wenn auch ältere – Menschen an den Drogen Nikotin und Alkohol als an Kokain, Crack und Heroin, von Marihuana ganz zu schweigen.

Weil aber überhaupt Menschen am Kokain und wegen des Kokains sterben, muß man natürlich den Kampf gegen diese Droge führen. Nur fragt sich, mit welchen Mitteln? Und hier sind sich die Leute, die das Drama in Kolumbien kennen, darüber einig, daß der begonnene Kreuzzug nicht nur verlogen, sondern auch von vornherein verloren ist. Mit den Bush-Millionen ist gegen die Dollar-Milliarden der Kokain-Mafia nicht anzukommen. Die Verfolgung steigert die Preise der Ware und damit die Profite und den Anreiz. Wir können sicher sein, daß infolge dieser Kampagne Raub, Mord und Krieg noch zunehmen werden, ohne daß der Drogenkonsum ernsthaft abnimmt.

Was also tun? Die Hände in den Schoß legen? In unserer Redaktion steckt die Diskussion erst in den Anfängen. Für diese Diskussion erscheint uns auch wichtig, daß die Droge längst zu einer zusätzlichen Rechtfertigung für den Ausbau des Polizeistaats und den Abbau von Freiheitsrechten zu werden beginnt. So liegt es nahe, über Vor- und Nachteile einer Legalisierung nachzudenken. Natürlich würde sie nicht alle Probleme lösen; Drogentote – nicht nur von Nikotin und Alkohol – würde es auch weiterhin geben. Aber wäre diese Strategie nicht vielleicht auf Dauer nützlicher, als ein scheinheiliger und von vornherein wirkungsloser Kampf?

Zum Einstieg in die Diskussion hat sich die Redaktion zunächst einmal entschlossen, den folgenden kurzen Artikel abzudrucken, der, von den Folgen der bundesdeutschen Antidrogenpolitik für uns her argumentierend, die Legalisierung befürwortet.

Kokain - Stoff für die Polizei

In den letzten Monaten ist vor allem durch eine Publikation aus dem Verlag der bundesdeutschen Gewerkschaft der Polizei die Forderung nach einer Legalisierung von Drogen aufs Tapet gebracht worden. Der Autor, Bernd Thamme, geht davon aus, daß der Krieg gegen die Drogen verloren sei. Die Polizei habe zwar nicht schlecht gekämpft, aber sie sei gegen die Macht dieser organisierten Kriminalität hilflos. Statt der stumpfen Waffe des Strafrechts und der Prohibition sei es besser, die Drogen zu legalisieren und auf ökonomischer und sozialpolitischer Ebene die Existenz von Mafia-ähnlichen Organisationen zu verhindern. Riesengewinne seien in erster Linie ein Ergebnis der Prohibition.

Der Krieg gegen die Drogen hat uns aber nicht nur eine Stange Geld gekostet, sondern auch einen Teil unserer Freiheiten: Seit etwa einem Jahrzehnt muß nämlich nicht mehr der "Terrorismus" zur Legitimation gesteigerter polizeilicher Einsatzkraft, mehr Erfassung per EDV und uferloser polizeilicher Befugnisse herhalten, sondern das Gespenst der "Organisierten Kriminalität". Da die Beschreibung dieses Gespenstes den Autoren aus der Polizei so schwer fällt, aber andererseits es sich damit so gut Politik machen läßt, hat man sich kurzerhand - und zwar per Dienstanweisung - dazu entschlossen, das Gespenst mit zwei Großbuchstaben zu schreiben.

Der Kampf gegen dieses Gespenst hat u.a. folgende Konsequenzen gehabt:

- Seit etwa einem Jahrzehnt diskutiert die Polizei nicht nur über verdeckte Ermittlungen, sondern betreibt sie. Rechtsgrundlage? - fehlt! Soll aber nachgereicht werden. In allen Polizeigesetzentwürfen und in der angestrebten Novelle zur Strafprozeßordnung tummeln sich nicht nur die polizeilichen V-Leute, sondern auch die UCA's, die Under Cover Agents, die die deutsche Polizei mit dem harmloseren Namen "verdeckte Ermittler" beschönigt.

- Die Rauschgiftabteilung des BKA ist eine der größten Abteilungen des Amtes. Sie betreibt z.B. im Verein mit den Kollegen aus der Länderpolizei mehrere gewichtige und hochmoderne Dateien (Arbeitsdatei PIOS Rauschgift, Falldatei Rauschgift, Spurendokumentationen), in denen es auch viele Konsumentendaten gibt. Diese werden angeblich gebraucht, um an die Zwischenhändler und dann an die großen Fische heranzukommen.

- Mit der Begründung, dies sei im Kampf gegen

Organisierte Kriminalität und Drogenhandel notwendig, sollen in den Gesetzentwürfen auch weitgehende Befugnis zur Speicherung, Nutzung und Übermittlung von Daten legalisiert werden. Dito Rasterfahndung und beobachtende Fahndung.

- Auch auf europäischer Ebene geistert das Gespenst und seine Bekämpfer. 1986 schuf die Arbeitsgruppe TREVI, eine Art polizeipolitisches Vereinheitlichungsgremium, an dessen Spitze die Innenminister der EG stehen, eine Unter-Arbeitsgruppe 3. Ihre Aufgabe: OK und Drogenhandel. Die Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen der BRD, Frankreich und den Benelux-Staaten, vorgesehen für Januar 1990 wurde in diesem Sommer zurückgestellt. Ausgleichsmaßnahmen seien notwendig für den Sicherheitsverlust der durch die Aufhebung der Grenzkontrollen entstehe. Grund auch hier: der Drogenhandel.

- Die benannte BKA-Abteilung hat zu ihrer Verfügung auch einen Etat zur Auslandshilfe, der zugegebenermaßen nicht im entferntesten mit dem der US-amerikanischen DEA zu vergleichen ist. Immerhin 3 Mio. DM jährlich. Davon werden ausländische Kripo-Beamte und Hundeführer hier ausgebildet und spezielles Material in die entsprechenden Länder geliefert. Für diese Abteilung sind auch 22 Verbindungsbeamte in 17 Ländern stationiert, ein Teil davon in Südamerika. Kolumbien hat bisher keinen Rauschgift-Verbindungsbeamten des BKA, die Situation sei zu gefährlich.

Die Debatte um Drogen ist ein liebes Kind in der Polizei und den Innenministerien geworden. Die Leidtragenden dieser absurden Politik sind

- die Verbraucher dieser Drogen, die sich regelmäßig mit irgendwelchen Zivilfahndern auseinandersetzen müssen und immer mehr in die Illegalität gedrängt werden,

- die hiesige Bevölkerung als ganzes, die sich einer Polizei konfrontiert sieht, die sie immer weniger sehen kann, die sich hinter EDV-Anlagen und zivilen Kleidungsstücken verbirgt, und natürlich

- die Produktionsländer, von denen erwartet wird, daß sie den Krieg, den einsichtige Polizeibeamte als verloren erklären, auf ihrem Rücken austragen sollen.

Warum also nicht legalisieren? Wegen der sauberen Moral, weil es so gut ins polizeiliche Konzept paßt, weil es nicht so angenehm ist, die Schattenseiten unserer Gesellschaft auf den Straßen zu sehen....?

Heiner Busch

NICARAGUA

Chamorro in den Nationalpalast?

Violeta Chamorro zieht als neue Präsidentin in den Nationalpalast ein. Das sandinistische Volksheer wird aufgelöst, Ex-Guardia Enrique Bermudez wird neuer Chef des stehenden Berufsheeres, das das sandinistische Volksheer ersetzt. BRD und USA nehmen großzügig die Hilfe für Nicaragua wieder auf. Landauf landab klagen enteignete Großgrundbesitzer ihre "Menschenrechte" ein und erhalten daraufhin die Besitztitel für ihre ehemaligen Ländereien zurück... Dieses Szenario könnte sich bewahrheiten, wenn das (brüchige) Oppositionsbündnis UNO die Wahlen in Nicaragua im Februar 1990 gewinnt.

"UNO es ninguno", "Einer ist keiner" ist die Losung der FSLN gegenüber dem aus zwölf von zwanzig oppositionellen Parteien Nicaraguas bestehenden Bündnis UNO. Nach zähen Verhandlungen hatte die UNO am 2. September die "LA PRENSA"-Verlegerin Violeta Barrios Chamorro, die keiner der im Bündnis vertretenen Parteien angehört, zur Präsidentschaftskandidatin erklärt. Kandidat für die Vizepräsidentschaft ist der Vorsitzende der Unabhängigen Liberalen Partei (PLI) Virgilio Godoy.

Violeta Chamorro; Witwe des 1978 von Somozas Nationalgarde ermordeten damaligen Verlegers der LA PRENSA, Pedro Joaquin Chamorro, ist mit Sicherheit die beste Wahl, die das ideologisch so unterschiedlich zusammengesetzte Bündnis treffen konnte. Im Ausland mit hoher Reputation als Gegnerin der Sandinisten und Verfechterin der Pressefreiheit versehen, profitiert sie nach wie vor von der Rolle der PRENSA als anti-somozistisches Oppositionsblatt des Bürgertums vor dem Sturz der Diktatur. Als kurzzeitige Angehörige der ersten Regierungsjunta nach dem Sieg der Revolution spielt sie die "von den Sandinisten enttäuschte Demokratin", ein Image, das insbesondere von den USA gehegt und gepflegt wird und sie zur Hoffnungsträgerin der US-Politik macht. So stilisiert sie die Nachrichtenagentur AP, abgedruckt in der Süddeutschen Zeitung vom 4.9., zur "Schlüsselfigur beim Sturz des Diktators Somoza", eine Funktion, die sie mit Sicherheit nicht hatte. Die Bedeutung der damaligen PRENSA, für Violeta Chamorro immer aufs neue als Beweis für ihre antidiktatorische Haltung in die Waagschale geworfen, darf sicher nicht unterschätzt werden, doch muß im gleichen Atemzug darauf hingewiesen werden, daß unter ihrer und ihres Sohnes (P.J. Chamorro Jun., seit Jahren prominentes Mitglied der Contra-Führung) Leitung fast die gesamte damalige Redaktion die PRENSA verließ, weil sie mit dem Rechtsruck der Zeitung nicht einverstanden war und das "El Nuevo Diario" gründete, ein unabhängiges, pro-sandinistisches Blatt. Die PRENSA entwickelte sich zum Sprachrohr von allem, was anti-

sandinistische Opposition war, von den legalen Parteien über die Contra bis zum US-Außenministerium. Daß die PRENSA auch mit CIA-Geldern finanziert wird, ist ein offenes Geheimnis.

Dennoch wäre es falsch zu glauben, Violeta Chamorro sei durch die Kontakte und Unterstützung der Contra und ihre recht zweifelhafte politische Integrität für die NicaraguanerInnen nicht wählbar. Folgende Eigenschaften machen sie zur Ideal-Kandidatin der Opposition:

1. Sie leitet die meistgelesene nicaraguanische Tageszeitung und hat viel Erfahrung in Fragen der Propaganda.
2. Sie hat einen höheren Bekanntheitsgrad als jeder andere der (nicht durch direkte Contra-Mitgliedschaft vorbelasteten) Oppositionsführer.
3. Sie ist nicht Mitglied einer der oppositionellen Parteien, daher auch nicht beteiligt an dem Spalt-Gezänk, das sich diese Opposition seit Jahren liefert. Sie hat im Gegenteil über ihre Zeitung immer wieder integrativ innerhalb der Opposition gewirkt.
4. Sie hat, wie schon erwähnt, einen hohen Grad an Akzeptanz im Ausland und die Unterstützung der USA.



"Demokratie ja - Kommunismus nein": Wahlkampfaussage der Opposition Nicaraguas

US-Wahlprogramm für Nica-Opposition

Das Bündnis allerdings, als dessen Kandidatin Violeta Chamorro sich Chancen auf einen Wahlsieg ausrechnet, dürfte mehr als wackelig sein. In der Vergangenheit zumindest war die einzige Einigkeit, die zwischen den Parteien erzielt werden konnte, die Ablehnung der sandinistischen Regierung. Sind doch auch in der UNO Parteien von links bis rechts in allen Couleurs und Schattierungen vorhanden. Das Wahlprogramm, vorgelegt noch vor der Einigung auf die gemeinsame Kandidatin, zeigt eine programmatische Dominanz der rechten Parteien im UNO-Bündnis. Gefordert wird eine Liberalisierung der Wirtschaft, eine völlige Aufhebung des Außenhandelsmonopols des Staates, d.h. Aufgabe der staatlichen Devisenkontrolle, Aufhebung der Wehrpflicht und Auflösung des Sandinistischen Volksheeres (EPS), stattdessen Beschränkung auf ein Berufsheer. Die Aufhebung von Enteignungen wird nicht per se gefordert, außer solchen, "die auf Gesetzen beruhen, die die Menschenrechte verletzen". Offenbar sind ganze Passagen dieses Wahlprogrammes aus dem von den USA als Regierungsplattform für die Opposition erarbeiteten "Plan Blau-Weiß" übernommen, von dem der stellvertretende Innenminister Lenin Cerna schon im Juni vermutete: Er "soll den Oppositionsparteien aufgezwungen werden. Falls sie sich weigern, erhalten sie keine US-Finanzierung." Da offensichtlich mit diesen Programmpunkten gerade diejenigen Probleme nicht gelöst werden, die evt. eine Vielzahl von NicaraguanerInnen dazu bewegen könnten, ihre Stimme der UNO zu geben, wird noch die "Abschaffung der Hungerlöhne", "Studienplätze und bebaubares Land für alle ins Zivilleben zurückkehrenden Kämpfer von Contra und EPS" und einiges schöne mehr versprochen, ohne daß auch nur ansatzweise aufgezeigt würde, wie denn das zu bewerkstelligen sei. Allerdings steht unausgesprochen im Hintergrund natürlich immer die Möglichkeit der Aufnahme normaler Beziehungen zu den USA, die eine solche Regierung großzügig unterstützen würden. Wenn Chamorro es schafft, den Anwürfen der Sandinisten in Bezug auf US-Abhängigkeit und Marionettentum überzeugend entgegenzutreten, dann könnte die Chance zur Wiedereinbeziehung Nicaraguas in US-amerikanische Hilfsprogramme für Zentralamerika tatsächlich zu einem Bonus ihrer Kandidatur werden. Denn trotz aller Härten des Krieges haben US-Waren und Dollars in Nicaragua in den letzten Jahren nichts an Attraktivität verloren.

Hauptaufgabe für Violeta Chamorro wird es zunächst sein, die UNO als "die" Opposition und Alternative gegen die Sandinisten zu etablieren, nachdem weder die traditionelle Konservative Partei (PCD), noch die Christlich-Soziale Partei (PSC) um Erick Ramirez, noch der zumindest in Managua recht bekannte Ex-Sandinist und ehemalige Bürgermeister Moises Hassan mit seinem linken Splittergrüppchen MUR (Bewegung der revolutionären Einheit) mehr im Bündnis vertreten sind und eigene Kandidaturen angemeldet haben. Der Spaltpilz in der Opposition blüht weiter.

Auch wenn Innenminister Tomás Borge sich bei seinem Besuch in der BRD noch sehr siegessicher gab (sh. LN 183/184), wird für die FSLN vieles davon abhängen, ob sie in der Lage ist, eine echte Perspektive anzubieten, die die NicaraguanerInnen von einer angesichts der schweren Wirtschaftskrise nicht unwahrscheinlichen Protestwahl abhält. Es muß der FSLN auch gelingen, das nach dem Präsidentengipfel in Tela nun offensichtlich erreichte Aus für die Contra in politisches Kapital zu verwandeln. Größtes Problem dürfte es werden, daß Verweise auf die Kriegsfolgen als Problemursache, in der Vergangenheit zu inflationär von der Regierung verwandt, immer unpopulärer werden. Der Erwartungsdruck der Bevölkerung nach Beendigung des Krieges ist von der FSLN selbst sehr hochgesetzt worden.

Der Verlauf des Wahlkampfes wird von entscheidender Bedeutung sein, wobei die finanzielle Unterstützung, die die Opposition aus dem Ausland erhält, nicht zu unterschätzen ist. Der im Wahlgesetz dafür vorgesehene Weg wird offensichtlich nicht beschritten, nach dem 50% der einer Partei zgedachten Spende an den Nationalen Wahlrat und nur die andere Hälfte direkt an die Partei gezahlt werden müßten. Mariano Fiallos, Präsident des Nationalen Wahlrates: "Bisher ist hier noch kein einziger Dollar eingegangen." Das bedeutet auch, daß der genaue Umfang und die Absender der Unterstützung für die Opposition vermutlich nie genau öffentlich gemacht werden können, was der FSLN eine offensive Argumentation damit erschwert und Angaben darüber in den Bereich des Nebulösen verweist.

Zumindest was die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Wahlen durch das Ausland angeht, scheint Nicaraguas Regierung einen Schritt weiter gekommen zu sein, sollte sich denn die Äußerung des Staatsministers Schäfer (FDP) vom Bonner Auswärtigen Amt nicht als Ausrutscher erweisen, der sagte: "Nach einer solchen Wahl kann niemand mehr die Legitimität der Regierung in Zweifel ziehen," und damit gleichzeitig Überlegungen verband, nach den Wahlen die Entwicklungshilfe an Nicaragua wiederaufzunehmen. Ob das nun allerdings tatsächlich daran liegt, daß ein bundesdeutscher Koalitionspolitiker zu demokratischen Spielregeln im Umgang mit Nicaragua zurückgefunden hat, oder ob sich Schäfer einfach ganz sicher ist, daß die Opposition die Wahlen gewinnen wird, wird sich nach dem Februar 1990 erweisen.

Bernd Pickert

ARGENTINIEN

»Ni Yanquis, ni marxistas« – neoliberalistas!

Das neue Gesicht des Peronismus

Zwei Monate nach der Amtsübernahme treibt der neue Staatspräsident Argentiniens Carlos Saúl Menem seine Politik der Neustrukturierung der argentinischen Gesellschaft in einem rasanten Tempo voran. Schon jetzt lassen sich erste Erfolge des Anti-Inflationsprogramms und der grundlegenden Neuordnung der Wirtschaft erkennen, die sein Vorgänger Alfonsín in sechs Jahren Amtszeit nicht durchzusetzen vermochte. Doch der "soziale Pakt" zur nationalen Erneuerung ist nicht ohne Risse: Zwar findet Menem die großen Industriunternehmer, IWF und Weltbank und Teile der rechten Partei UCeDe auf seiner Seite, aber der Konflikt innerhalb der Gewerkschaften, dem traditionellen Standbein des Peronismus, ist offen ausgebrochen. Auch die Frage der Wiederherstellung der Einheit der verschiedenen Fraktionen der Streitkräfte und die Frage der Amnestie für die verurteilten Militärs und Putschgeneräle löst große Konflikte innerhalb des Bündnisses aus.

Argentinien erwartet "eine Operation ohne Anästhesie", warnte der neue Präsident zwei Tage vor seinem Amtsantritt am 8.7.1989 die Bevölkerung. "Die wirtschaftlichen Maßnahmen werden nicht hart, sondern sehr hart sein."

Nur 36 Stunden nachdem Menem die blau-weiße Präsidentscherpe erhalten hatte, war es dann soweit: Miguel Roig, der neue Wirtschaftsminister Argentiniens aus dem Hause des multinationalen Konzerns "Bunge y Born" (Vgl. LN 183/4) verkündete in einer landesweiten Fernsehansprache das wirtschaftliche "Schockprogramm" der Regierung zur Bekämpfung der Inflation: Die Operation hatte begonnen!

Abwertung des argentinischen Austral um 116 % und Fixierung des einheitlichen Wechselkurses gegenüber dem Dollar bei 650 Australen (gegenüber 301 am Vortag), Erhöhung der Tarife für öffentliche Dienstleistungen und Güter um 200 bis 700% (Benzinpreise zum Beispiel versiebtendfachten sich und wurden so für den Großteil der Bevölkerung unerschwinglich, doch wie sagte Menem: Wer das Benzin nicht bezahlen kann, soll sein Auto in der Garage lassen und mit dem Fahrrad fahren!), auf 90 Tage bergrenzt Einfrieren der Konsumentenpreise auf dem Stand vom 3. Juli, Freigabe der Bankzinsen und ein Sparprogramm für Staatsausgaben. Mit diesen Maßnahmen sollten die Inflation gesenkt und die Devisenreserven der Zentralbank, die praktisch bei Null lagen, erhöht werden. Außerdem sollten die Zinsen auf ein Maß gesenkt werden, das Devisenspekulationen unattraktiv macht. Und die von Menem im Wahlkampf versprochene enorme Lohnerhöhung (salariazó) schrumpfte zusammen auf einen einmaligen Lohnzuschuß von 8000 Australen (12 US-Dollar).



"Ja Miguel...ich verstehe, daß der Anpassungsplan eine mutige und aggressive Öffentlichkeitskampagne erfordert... aber, was weiß ich....."

Plakat: "Fuck you!"

Dieses Schockprogramm bildet jedoch nur den ersten Teil des umfassenden Wirtschaftsprogramms der Regierung Menem. Durch die Ausschaltung der Hyperinflation sollen lediglich die Voraussetzungen für die eigentlichen Reformen geschaffen werden: eine schrittweise Überwindung der Rezession und eine spürbare Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft durch die Rationalisierung des Staates. Anvisiert wird also ein neoliberaler Kurs mit der Freigabe des Wechselkurses und der Privatisierung der Staatsbetriebe, um das chronische Staatsdefizit, einer der Hauptfaktoren der Wirtschaftskrise, zu eliminieren.

"Menems Programm wird immer glaubwürdiger", lobte das neoliberale Finanzblatt "Ambito Financiero" die Maßnahmen. Selbst der IWF begrüßte in einem Telegramm an Minister Roig die "positiven Maßnahmen der neuen Regierung".

Dunkle Geschäfte und ein harter Gewerkschaftskonflikt

Doch die Schocktherapie forderte ihre Opfer: bereits sechs Tage nach seinem Amtsantritt erlag Wirtschaftsminister Roig einem Herzinfarkt. Befürchtungen über ein Scheitern des eingeschlagenen Wirtschaftskurses durch Roigs Tod ließ Menem jedoch keine Zeit. Bereits 24 Stunden nach dem Tod des Wirtschaftsministers wurde dessen Nachfolger ernannt: Nestor Rapanelli, amtierender Vizepräsident des Konzerns Bunge y Born. Für Kontinuität war gesorgt.

Doch bevor sich Rapanelli seinen Amtsgeschäften widmen konnte setzte seine Ernennung schon weitere Turbulenzen in Gang: der Ökonom ist verwickelt in den größten Finanzskandal Venezuelas. Ein Richter forderte Rapanellis Auslieferung, da gegen ihn ein Haftbefehl vorliegt. Delikt: schwerer Betrug und Veruntreuung von Staatsgeldern in Milliardenhöhe durch Überfakturierung von subventionierten Getreideimporten. Doch dieser Skandal sorgte nur wenige Tage für Spekulationen und Schlagzeilen, um dann wieder im Sumpf der dunklen Machenschaften zu verschwinden.

Rapanelli handelte dann mit 350 Unternehmen ein Stillhalte-Abkommen aus, in dem sich die Unternehmer zu keinerlei Preiserhöhung für die Dauer des Schockprogramms verpflichteten. Ein Garant für den Erfolg des Plans schien erreicht.

Große Sorgen bereitete Menems Regierung hingegen die Forderung der Gewerkschaften nach einer Anpassung der Löhne an die Inflation, die im Juli die Rekordhöhe von 196% monatlich erreichte. So entwickelten sich die Lohnverhandlungen Ende Juli zum Dreh- und Angelpunkt des Wirtschaftskonzepts. Während die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung um 200 % entsprechend der Inflationsrate forderten, boten die Unternehmer lediglich eine Erhöhung um 160 % an. Um einer Abwälzung der Lohnerhöhungen auf die Preise (und damit der Inflation) vorzubeugen, bot die Regierung den Arbeitern eine Lohnzahlung von 10000 Australen an. Nach zähen Verhandlungen und einem drohenden Streik einigten sich die Gruppen auf diese Kompromißformel.

Doch die Unzufriedenheit innerhalb der peronistischen Arbeiterbewegung steigerte sich weiter. Der Konflikt zwischen dem Führer der Dachgewerkschaft CGT, Saúl Ubaldini, und Menems Arbeitsminister, dem Führer der rechten Gewerkschaften Jorge Triaca, brach offen aus. Triaca forderte Ubaldini zu einer eindeutigen Unterstützung des peronistischen Regierungskurses auf, doch Ubaldini sah sich in der Pflicht, die Arbeiterinteressen zu vertreten, die er in dieser Regierung nicht vertreten sieht. Auf einer Abstimmung während der Sitzung des Komitees der CGT wurde Ubaldini dann mit zwölf Stimmen Mehrheit bestätigt. Die offensichtliche Strategie Triacas, Ubaldini zu einem Bruch mit der CGT zu bringen und ihn zu veranlassen eine separate Organisation zu gründen scheiterte. Doch die Mehrheit für Ubaldini ist gering.

Jetzt steht jedoch Triaca mit seiner Menem-Fraktion vor der Entscheidung die CGT zu verlassen und eine eigene Organisation zu gründen. Ubaldini will nun auf einem ordentlichen Kongress der CGT über den Ausschluß des Menem-Blocks aus der CGT abstimmen lassen. Während im Moment eine rege "Diplomatie" zwischen den einzelnen Gewerkschaftsfraktionen einsetzt, veranschaulicht ein Autobomben-Attentat auf den Gewerkschaftsboß Ubaldini die Brisanz der Auseinandersetzungen.

Der nationale Ausverkauf

Nachdem das wirtschaftliche Schockprogramm nun trotz aller Schwierigkeiten erste Früchte trägt (für August liegt die Inflationsrate um die 40 %) sieht die Regierung Menem die Voraussetzungen für den ersten Teil der Wirtschaftsreformen geschaffen. Ende August verabschiedeten Kongress und Parlament nach kontroversen Debatten das "Ökonomische Notstandsgesetz" und ein "Gesetz zur Neustrukturierung des Staates". Diese beiden Rahmengesetze mit einer Gültigkeitsdauer von 180 Tagen sollen es ermöglichen, den Staatsapparat zu reduzieren und zu effektivieren, einen Großteil der Staatsbetriebe zügig zu privatisieren und so das horende

Haushaltsdefizit abzubauen. 32 Staatsfirmen sollen ganz oder teilweise privatisiert werden. Die detaillierte Liste reicht vom nationalen Telekommunikationsunternehmen (ENTEL) über die Fluggesellschaft Aerolineas Argentinas bis zu den Elektrizitätswerken. Selbst Teile der Autobahn und der Eisenbahnlinien sollen in private Hände gelangen, als ganzes würde sich für diese äußerst defizitären Unternehmen wohl auch kaum jemand interessieren.

Auffällig sind bei diesem nationalen Ausverkauf die eindeutigen Parallelen zu den Plänen des Privatisierungsministers Terragno unter der Regierung Alfonsín (Vgl. LN 174). Der Unterschied dürfte darin bestehen, daß Menem diese Reformmaßnahmen mit Entschlossenheit durchführen wird.

Die Zukunft Argentiniens sieht der Präsident als Investitionszentrum für Auslandsfirmen im großen Stil, wofür das Notstandsgesetz die entsprechenden Grundlagen schaffen soll. Vorgesehen ist eine grundsätzliche Gleichbehandlung von ausländischen und inländischen Unternehmen sowie die Möglichkeit für die "Multinationalen" ihre Gewinne voll und ganz ins Ursprungsland zu transferieren. Gleichzeitig werden mit diesem Gesetz die staatlichen Subventionen für die nationalen und privaten Unternehmen aufgehoben, und eine Vereinfachung des Steuersystems soll es erleichtern, die Steuerhinterziehung zu verhindern. Um diesen "Krebs der argentinischen Gesellschaft" (Menem) zu eliminieren sollen Steuervergehen mit Haftstrafen bis zu 8 Jahren belegt werden.



Menems Fitneßprogramm: Fahrradfahren und Fußballspielen

Auf der anderen Seite setzen die Reformmaßnahmen allerdings im Exportsektor vor allem auf Erdöl und Getreide, beides Rohstoffe, für die der Weltmarktpreis seit Jahren fällt und in denen schwerlich die Zukunft Argentiniens gesucht werden kann.

"Menem hat in 20 Tagen das geschafft, was andere nicht in sechs Jahren geschafft haben!" kommentiert ein enthusiastischer Unternehmer die Maßnahmen der Regierung. Ob der Präsident wirklich soviel Erfolg haben wird mit seinen Plänen bleibt vorerst abzuwarten. IWF und Weltbank äußerten sich nach dem Besuch einer Delegation in Buenos Aires auf jeden Fall zufrieden über die Peronisten. Der Chefunterhändler des Präsidenten in der Verschuldungsfrage, der Präsidentschaftskandidat der ultrarechten UCeDe Alvaro Alsogaray, handelte mit dem IWF derweil einen stand-by-Kredit in Höhe von 1,5 Mrd. US-Dollar aus. Der Vertrag wird Ende September unterzeichnet werden. Menems Versuch, die internationalen Finanzorganisationen zu befriedigen, hatte also Erfolg. Abhängig machen will der IWF allerdings seine Unterstützung von der neuen Steuergesetzgebung der Regierung.

Die "produktive Revolution" von Carlos Menem nimmt konkrete Formen an, und die Formel scheint gefunden: argentinische Demokratie mit chilenischem Wirtschaftsmodell. Eine merkliche Verbesserung der schlechten Lebenssituation des Großteils der Bevölkerung wird dies jedoch kaum mit sich bringen. Und soziale Unruhen, wie die Plünderungen vom Mai dieses Jahres, sind jederzeit wieder möglich, das weiß auch Carlos Menem.

Roman Herzog

»Die Wunden der Geschichte schließen ...«

"Die Militärs können sich keine internen Auseinandersetzungen leisten, während Millionen von Argentinern ums nackte Überleben kämpfen." Mit dieser Äußerung machte der neue Verteidigungsminister Italo Luder deutlich, daß der wirtschaftlichen Gesundung des Landes alle anderen Konflikte untergeordnet werden sollen.

Bereits zwei Tage nach seiner Amtsübernahme ernannte Präsident Carlos Menem neue Oberbefehlshaber für die drei Teilstreitkräfte. General Isidoro Cáceres wird neuer Heereschef, Oberbefehlshaber der Marine wurde Konteradmiral Jorge Ferrer und als Kommandeur der Luftwaffe wurde Brigadegeneral José Julia ernannt. Der übergeordnete Generalstab der drei Streitkräfte, bisher lediglich ein dekorativer Posten, wurde mit Vize-Admiral Emilio Osses besetzt.

Die wichtigste Aufgabe erhält Cáceres. Als neuer Heeresführer soll er die Einheit des in verschiedene Fraktionen gespaltenen Heeres wiederherstellen. Der Malvinas-kriegserfahrene General

spielte im Dezember 1988 bei der Rebellion Oberst Seneildín in Villa Martelli (LN 178) eine wichtige Rolle. Er diente als Garant für einen damals geschlossenen Pakt zwischen dem Rebellen-Oberst und dem damaligen Heereschef Caridi. Als Seneildín im Juni dieses Jahres öffentlich beklagte, daß der damals geschlossene Vertrag nicht eingehalten worden ist, behauptete Cáceres, einen solchen Pakt habe es nie gegeben. Um nun die Disziplin innerhalb des Heeres wiederherzustellen, empfahl er dem Präsidenten, die beiden Rebellenführer der Carapintada-Fraktion Aldo Rico und Mohamed Ali Seneildín gemeinsam mit einigen anderen hochrangigen Militärs in den Ruhestand zu versetzen. Die übrigen rund 300 wegen der Teilnahme an den drei Rebellionen 1978 und 1988 angeklagten Militärs sollten straffrei im Heer integriert werden.

Für den grundlegenden Konflikt zwischen den Militärs und der Bevölkerung hält Cáceres ebenfalls bereits einen Vorschlag parat: Um das "Ansehen der Militärs innerhalb der Bevölkerung zu verbessern" strebt der Genral eine Begnadigung bzw. Amnestierung der wegen den Menschenrechtsverletzungen während der letzten Militärdiktatur verurteilten Militärs an. Carlos Menem selbst bezeichnete es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, die endgültige Lösung der "Militärfrage" zu erreichen. Seit seinem Amtsantritt verwirrt er nun die Öffentlichkeit mit unterschiedlichen Äußerungen über eine Begnadigung oder Amnestierung der Militärs.

Eine weitere Facette erhielt dieses Verwirrspiel durch einen obskuren Vorschlag der ehemaligen Mitglieder der peronistischen Guerilla-Organisation "Montoneros". In einem Schreiben, das unter anderem der ehemalige Führer der Montoneros Mario Eduardo Firmenich, der eine lebenslängliche Haftstrafe verbüßen muß, unterschrieben hat, schlagen die "Links"-Peronisten vor, in einer "Messe der nationalen Versöhnung" die verurteilten Militärs und Guerilleros zu begnadigen.

Die Debatte über die Lösung des Militärproblems löste heftige Kontroversen nicht nur zwischen der Regierung und der Opposition, sondern auch innerhalb des peronistischen Lagers aus. "Es ist nicht richtig, jene zu begnadigen, die grausame Verbrechen begangen haben", sagte der Fraktionsvorsitzende der Peronisten José Manzano. Die Radikale Bürgerunion UCR legte dem Parlament eine Erklärung vor, in der die Begnadigung als Verfassungsbruch erklärt wurde.

Inmitten von Protesten der Menschenrechtsorganisationen kündigte Menem am 10.8. an, daß er vor Jahresende Maßnahmen zur Lösung des Problems ergreifen werde. Ob nun Begnadigung, Amnestie oder eine "feierliche" Messe der nationalen Versöhnung, Menem wird, das ist klar, die Mörder und Folterer im Sinne seiner "nationalen Harmonie" straffrei ausgehen lassen, um die "Wunden der Geschichte zu schließen".

Roman Herzog

CHILE

Die Verfassungsreform – der Spatz in der Hand

Nach dem Plebiszit vom 30. Juli über die Verfassungsreform hatten praktisch alle gewonnen, Regierung wie Opposition – ca. 86 % stimmten für das Reformpaket. Da das Pinochet-Regime zur Abstimmung aufgerufen hatte, konnte es nach der Niederlage vom 5.10.88 (als es um Pinochets weitere Präsidentschaft ging), einen Sieg buchen und behaupten, die Chilenen hätten ein zweites Mal die Verfassung legitimiert. Die Opposition hatte aus ihrer Sicht nicht nur einige materielle Verbesserungen erreicht, sondern Pinochet abermals politisch geschlagen – denn bis vor wenigen Monaten hatte er ja stur darauf beharrt, "kein Komma" werde an seiner Verfassung geändert.

Lediglich der Teil der Linken, dem das Reformprojekt zu dürftig war, fand wenig Unterstützung – nur ca. 6% stimmten ungültig oder mit Enthaltung. Die Zahlen lassen keinen Zweifel – die übergroße Mehrheit der Chilenen votiert für einen gewaltfreien Übergang unter den vom Regime gesetzten Bedingungen.

Positiv für die Opposition: Die Mechanismen für künftige Verfassungsreformen sind vereinfacht und die nächste Präsidentschaft auf vier Jahre begrenzt; negativ: es ist ihr weder gelungen, den Nationalen Sicherheitsrat aus der Verfassung zu kippen (also die institutionalisierte Mitsprache der Oberkommandierenden in der Politik und ihre Rolle als Garanten der Verfassung!), noch die von Pinochet qua Amt designierten Senatoren abzuschaffen.

Wie weit die rechte Renovación Nacional zu ihrem Versprechen stehen wird, mit der oppositionellen Concertación im neugewählten Parlament weitere Reformen durchzuführen, muß sich noch zeigen.

Die Kandidatenwürfel sind gefallen

Nicht zuletzt unter dem Druck der Termine sind im Juli die Entscheidungen über die Präsidentschafts- und Parlamentskandidaten für die Wahlen am 14. Dezember gefallen; erstes Fazit: die Opposition wird weitgehend geschlossen, die Rechte in unglaublicher Zersplitterung in den kommenden Wahlkampf gehen.

Nach monatelangen zähen Verhandlungen innerhalb der Opposition ist der Christdemokrat Aylwin, ebenso lange schon der de-facto Kandidat, offiziell nominiert worden. Die formale Absegnung seiner Kandidatur ließ deshalb so lange auf sich warten, weil zuvor Konsens über die Verteilung der Parlamentskandidaturen und das gemeinsame Regierungsprogramm hergestellt werden mußte.

Das Ergebnis: Die 17 in dem Oppositionsbündnis Concertación ver-

tretenen Parteien, von Christdemokraten bis zu marxistisch-leninistisch orientierten Sozialisten, kandidieren in einer gemeinsamen Liste in den 60 Wahlkreisen, lediglich in 17 Wahlkreisen kandidieren zusätzlich linke Kandidaten, überwiegend Kommunisten. Unter keinen Umständen waren die Christdemokraten zugewiesenen Listen mit Kommunisten bereit; diese ihrerseits wollten auf eigene Kandidaten natürlich nicht verzichten – zumal sie schon Aylwin als Präsidentschaftskandidaten unterstützen. Nach ersten Analysen tritt die Opposition aber nur dort mit rivalisierenden Listen an, wo sie hoffen kann, trotzdem mindestens einen der beiden Kandidaten pro Wahlkreis durchzubringen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse beim Oktober-Plebiszit und früherer Wahlen glaubt die Opposition, zwei Drittel der Parlamentssitze für sich gewinnen zu können.

Für die Rechte sieht es dagegen unter wahltaktischen Gesichtspunkten verheerend aus; ihr ist es nicht gelungen, sich auf einen einheitlichen Präsidentschaftskandidaten zu einigen, geschweige auf eine einheitliche Liste für die Parlamentswahlen – bis zu fünf rechte Listen werden in einigen Bezirken miteinander rivalisieren... Ein Heimspiel für die gegenwärtige Opposition?

Das Phänomen Büchi

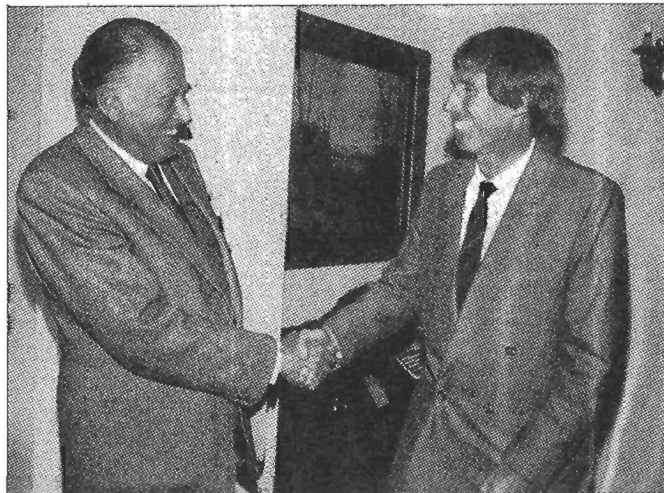
Nach einem ersten Anlauf hatte Büchi, Pinochets früherer Finanzminister, Mitte Mai erklärt, er taue nicht zum Kandidaten; zwei Monate später verspricht er seinen Anhängern, er werde sie zum Siege führen. Das klingt zwar grotesk, erklärt sich aber aus dem Durchsetzungs-Vermögen der wirtschaftlichen Rechten. Zeugt es auch von ihrem politischen Realismus? Jarpa, der Mann der "traditionellen" Rechten, der nach Büchis Rückzieher seine Stunde gekommen glaubte, mußte feststellen, daß er finanziell auf dem trockenen saß – die Unternehmerverbände waren nicht bereit, in seine Kandidatur zu investieren bzw. seinen Wahlkampf zu finanzieren. So verzichtete Jarpa, der schon beim Plebiszit Pinochet nur aus Loyalität, wider bessere politische Einsicht, unterstützt hatte, zugunsten Büchis auf seine Kandidatur.

Bislang scheint Büchi nicht mehr als ein Marketing-Produkt des neo-liberalen Wirtschaftssystems zu sein, dessen Finanzpolitik er bis März dieses Jahres erfolgreich managte; ein einzelgängerischer Technokrat, unkonventionell im Erscheinungsbild und Auftreten, bislang ohne politische Erfahrung oder politisches Profil; freilich auch jung und dynamisch... Seine Versuche, Kontakte zur Bevölkerung herzustellen, ereignen sich bislang in kleineren Orten der Provinz. Die großbürgerliche Tageszeitung Mercurio, die seine Kampagne publizistisch sponsort, berichtet eher verhalten von tausend, zweitausend Zuhörern... Die oppositionelle Presse registriert hämisch Büchis Flucht vor Journalisten. Die 16 Jahre, die Büchi insgesamt dem Regime gedient hat, haben den Mann offenbar geprägt. Nie kam es darauf an, Entscheidungen politisch zu vermitteln, öffentlich um politische Unterstützung zu werben. Auf

der andern Seite "genießt" er, national wie international gesehen, auf der Ebene des Kapitals, Vertrauen und Ansehen.

Das wohl unlösbare Problem für die Rechte besteht darin, den sauren Wein des Pinochet-Regimes für die anstehenden Wahlen in solchen Schläuchen zu verkaufen, die wie neu aussehen, es aber nicht sind. Folgerichtig versucht Büchi, soweit wie möglich auf Distanz zu Pinochet zu gehen, ohne ihn zu "verraten"; den Blick einfach in die Zukunft gerichtet. Sogar gegenüber sozialen Fragen gibt er sich sensibel, spricht von mehr Geld für das Erziehungs- und Gesundheitswesen (sofern das die wirtschaftliche Stabilität nicht gefährdet). Über Büchi kursiert übrigens die Behauptung, als Student sei er Anhänger des linksradikalen MIR gewesen; in einem Interview darauf angesprochen, verneint er das zwar, aber in seiner Jugend (der Zeit Allendes) habe er Sympathien für die Linke wegen ihres Engagements für die Armen gehabt. So versucht der Kandidat der Rechten, die politische Jugendsünde in Wahlkapital umzumünzen.

Muß noch erwähnt werden, daß Büchi seine Kandidatur als "Unabhängiger" anmeldet, getragen von über hunderttausend privat gesammelten Unterschriften? Die beiden größeren rechten Parteien, UDI und Renovación Nacional, unterstützen ihn selbstverständlich, aber zum Image des Kandidaten gehört, daß er unabhängig sei. Nach bislang vorliegenden Umfragen erfreut sich der Markenartikel Büchi noch keiner sehr großen Nachfrage, und die Tendenz nach einem Monat war rückläufig; Büchi lag um 30%, während Aylwin konstant ca. 55% verbuchte. Trotz dieser beruhigenden Trendmeldungen könnte es leichtfertig sein, mechanisch aus dem Sieg der Opposition beim Oktoberplebiszit 88 (mit ca. 55%) das Ergebnis der Präsidentschaftswahl abzuleiten und nur auf das klare politische Bewußtsein der Chilenen zu setzen. Wahlpsychologische Momente könnten noch eine Rolle spielen.



Nur einer kann gewinnen... Aylwin (links) und Büchi - noch strahlen beide, gentlemanlike.

Vor einem Jahr ging es um die schlichte Alternative Ja oder Nein zum Tyrannosaurier Pinochet; jetzt stehen sich im wesentlichen gegenüber der vierzigjährige, zukunftsorientierte Nicht-Politiker Büchi und der traditionelle, siebzigjährige intrigenerfahrene Taktiker Aylwin.

Symptomatisch für das politische Klima dieser Übergangsphase ist auch der andere rechte Bewerber, Errazuriz. Auch er kandidiert formal als "unabhängig", sucht gleichen Abstand zum Regime wie zur Opposition, will keineswegs als Rechter gelten; "centro-centro" nennt er seine politische Position. Neben einer bislang kaum bekannten "liberalen" Partei erklärt auch eine ominöse sozialistische Partei ihm seine Unterstützung; da gegenwärtig keine Fraktion der Sozialistischen Partei legal existiert, scheint der Name frei verfügbar und sein Mißbrauch einem rechten Unternehmer opportunistisch. Daß die Kandidatur von Errazuriz in sich irgendwelche Erfolgsaussichten hat, scheint ausgeschlossen; denkbar aber ist, daß er dem Aylwin-Spektrum jene paar Prozentpunkte an Wählern abspenstig macht, die dessen absolute Mehrheit verhindern. Das würde einen zweiten Wahlgang notwendig machen.

Daß für die Opposition ein Mann wie Aylwin kandidiert, ohne allzu scharfes eigenes Profil, ist unter den gegebenen Umständen vielleicht unvermeidlich; nur ein Mann des Konsenses kann wohl ein ideologisch so weit gespanntes Bündnis von mitte-rechts bis links anführen, wobei an seiner rechten Grundeinstellung kein Zweifel besteht. Aylwin repräsentiert die Summe der oppositionellen Kräfte - darin liegt seine Stärke.



Ein gewichtiger Herausforderer.

Menschenrechtsverletzungen - Aufhebung der Amnestie

Ehe zu ahnen war, daß argentinische und uruguayische Militärs (wenn auch nur vorübergehend) wegen der von ihnen verübten Verbrechen eines Tages unter Druck kommen könnten, hatte das chilenische Militärregime schon 1978 eine Amnestie für alle seit dem Putsch am 11. September 1973 begangenen Verbrechen verfügt, formal für "beide" Seiten, tatsächlich eine Selbstamnestie, denn laufende oder abgeschlossene Verfahren blieben ausgespart. Und selbstverständlich gab es damals nur Verfahren gegen Regimegegner. Der korrupte Oberste Gerichtshof hat dabei durchgängig die Interpretation des Regimes gestützt (und in diesen Tagen durch eine endgültige Entscheidung noch einmal bekräftigt), daß diese Amnestie auch die Aufklärung der Verbrechen ausschließe. In den Hunderten von Fällen Verschwundener - um nur ein Beispiel zu geben - ist es also juristisch unmöglich, zu klären, wer sie entführt und (vermutlich) umgebracht hat. Selbstverständlich war genau das der Zweck des Gesetzes.

Die Opposition, unterstützt von der katholischen Kirche, beharrt darauf, Versöhnung sei nur möglich auf der Grundlage der Wahrheit; die Verbrechen müßten aufgeklärt werden, ehe die Täter amnestiert werden dürften. Entschiedenere Gruppen verlangen allerdings Gerechtigkeit, also Annullierung der Amnestie und Bestrafung der Verbrecher.

Als die Opposition in ihrem Regierungsprogramm jetzt die Aufhebung der Amnestie aufführte, reagierte das Regime mit aller Schärfe; zunächst Luftwaffenchef Matthei: Die Streitkräfte würden eine Aufhebung dieses Gesetzes unter keinen Umständen hinnehmen. Daß Matthei in demselben Interview noch einmal auf seine Rolle in der Nacht nach dem Plebiszit vor einem Jahr eingeht, als er öffentlich die Niederlage Pinochets anerkannte, während die Regierung noch die Ergebnisse mit der Absicht eines neuen Putsches zurückhielt - dieser Hinweis mag so zu verstehen sein: Vieles mag mich von Pinochet trennen, aber in dieser Frage stehen wir Seit' an Seit'..

Pinochet, anläßlich des Jahrestages seiner Ernennung zum Oberbefehlshaber vor 16 Jahren, bekräftigte die Drohung Mattheis gegenüber der Opposition. Solange er Oberbefehlshaber sei (und genau das räumt ihm "seine" Verfassung auch unter der nächsten Regierung ein), brauche kein Soldat Angst vor "Vergeltung" zu haben. Das Militär werde bei Anklagen wegen "angeblicher Menschenrechtsverletzungen den Soldaten nicht nur juristischen Beistand leisten, sondern sie auch "mit bewaffneter Kraft" unterstützen.

BOLIVIEN

Paz Zamora neuer Präsident

Überraschender Ausgang des Bündnistheaters

Der neue Präsident Boliviens heißt Jaime Paz Zamora vom sozialdemokratisch orientierten MIR (Bewegung der revolutionären Linken), der aus den Wahlen am 7. Mai nur als drittstärkste Kraft hervorging. Als "Königsmacher" fungierte dabei pikanterweise Ex-Diktator Hugo Banzer von der ADN (Nationalistisch-Demokratische Aktion), der in Zamora bis vor kurzem noch seinen erbittertsten Feind sah. Die bisherige Regierungspartei MNR (Nationalistisch-Revolutionäre Bewegung) muß sich trotz ihres knappen Wahlsieges nun mit der Rolle der Opposition begnügen.

Das Wahlergebnis wurde vom MIR als dreifaches Patt bezeichnet. Jede der drei stärksten Parteien MNR (23%), ADN (22,62%) und dem MIR (19,60%) benötigte eine der beiden anderen Parteien als Koalitionspartner, um regierungsfähig zu werden. Die beiden restlichen im Parlament vertretenen Parteien CONDEPA (Gewissen des Vaterlandes) und das Linksbündnis IU (Vereinigte Linke) nahmen bei dem nun anstehenden Bündnistheater mit 11% bzw. 7.2% nur Statistenrollen ein. Bei diesen Verhandlungen bezog der MNR von Anfang an eine äußerst unflexible Stellung, da er unabhängig vom Verhandlungspartner auf die Präsidentschaft seines Kandidaten Sanchez de Lozada pochte. Der MNR spekulierte einerseits auf eine Erneuerung des "Paktes für die Demokratie" mit der ADN, der die letzten drei Jahre die Regierungsgrundlage bildete. Andererseits sollte der MIR mit einem konkreten, langfristigen Angebot geködert werden. Dieses sprach dem MIR u.a. 8 von 18 Ministerien, das Vizepräsidentenamt sowie den nächsten gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für 1993 zu.

Banzers Verzicht

Dieses Angebot brachte nun Banzer und die ADN in Zugzwang, wollten sie bei der Machtverteilung nicht außen vor bleiben. Der Verzicht Banzers auf das sehnlichst erhoffte Präsidentenamt war somit unumgänglich geworden, da er gegenüber Sanchez de Lozada (MNR) über weniger Stimmen verfügte, gegenüber dem MIR mit Zamora sich aufgrund des obigen Angebots in der schlechteren Verhandlungsposition befand. Um nun wenigstens seinen Machtanteil möglichst groß zu gestalten, entschloß er sich zu einem Präsidentschaftsverzicht zugunsten Zamoras und zu einer Koalition mit dem MIR, den er wohl trotz aller ideologischen Barrieren für den leichten zu handhabenderen Koalitionspartner hält, nicht zuletzt aufgrund der schlechten Erfahrungen, die er während des "Paktes der Demo-

kratie (85-88) mit dem MNR machte, dem er fortgesetzten Paktbruch vorwarf. Seinen Verzicht ließ sich Banzer indes gut honorieren. So sicherte er seiner Partei die zentralen Kabinettsposten des Außen-, Verteidigungs- und Finanzministers. Er selbst hielt sich mit der Übernahme des Vorsitzes des neugeschaffenen "Überparteilichen Politischen Rates" (Consejo Político Suprapartidario) von MIR und ADN schadlos. Dieser paritätisch besetzte Rat soll die wichtigsten politischen Schritte der Regierung vorzeichnen. Die Macht also doch in den Händen Banzers? Die ersten Regierungswochen, in denen Banzer Zamora bei allen öffentlichen Auftritten begleitete und ihm dabei sogar ostentativ Anweisungen ins Ohr flüsterte, scheinen dieser Mutmaßung zumindest neue Nahrung zu geben.

Koalition mit dem Todfeind

Die Annahme der Koalitionsofferte seitens des MIR läßt sich ebenfalls als simples Machtkalkül entlarven. Noch während der Wahlkampagne im Mai hatte der jetzige Präsident Zamora in Anspielung auf die in der Banzer-Diktatur (71-78) erlittenen Repressionen seiner selbst (Gefängnis und Exil) und seiner Partei erklärt, daß seine Partei und die ADN durch "Ströme von Blut" voneinander getrennt seien. Nun versicherte er flugs, daß man "über die Ströme von Blut demokratische Brücken geschlagen" habe. Wie lange diese "demokratischen Brücken" dem politischen Alltag standhalten können, wird die Zukunft zeigen. Allzu tragfähig erscheinen sie jedenfalls nicht.



Das neue Führungsduo Boliviens: Ex-Diktator Hugo Banzer (links) und sein Ex-Intimfeind, der neue Präsident Jaime Paz Zamora.

Neue Politik unter Zamora?

Wie schon in den LN 182 berichtet wurde, ist eine substantiell andere Regierungspolitik auf keinen Fall zu erwarten. Hierfür bürgt schon der Einfluß Banzers der sich die Erfolge der "Neuen Ökonomischen Politik" (Senkung der Inflationsrate, Januar-Juli z.B. nur 2,92%) zuschreibt und deutlich machte, daß ein Beibehalten dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik unausweichlich sei. Zamoras in seiner Antrittsrede geäußerte Absicht, in besonderer Weise für die Ärmsten der Bevölkerung zu regieren, relativiert sich dadurch, zumal auch er klarstellte, daß die Wirtschaftspolitik weiterhin in den eingeschlagenen Bahnen verlaufen solle. Diese Politik aber ist entscheidend für die fortschreitende Verarmung der unteren Bevölkerungsschichten verantwortlich zu machen.

Welche Legitimation hat die Regierung?

Daß sich die rhetorischen Versuche Zamoras, ein Präsident für alle Bolivianer sein zu wollen, auf bloße Rhetorik reduzieren lassen, wird auch an anderer Stelle deutlich. Von den etwa drei Millionen wahlberechtigten Bolivianern waren nur 2,1 Millionen auf den Wahllisten eingetragen. Ausgeschlossen waren vor allem die Landbevölkerung und die Marginalisierten in den Städten. Die Ursache für diesen Ausschluß stellte ein 1987 von der MNR, ADN und dem MIR erlassenes Wahlgesetz dar, das die Wahlteilnahme an den Besitz eines Personalausweises bzw. einer Militärdienstbescheinigung knüpfte. Angesichts der Tatsache, daß ca. 90% der Landbevölkerung keinen Personalausweis besitzt, wird deutlich, daß diese von der Wirtschaftspolitik am stärksten gebeutelte Gesellschaftsschicht von einer Protestwahl, wie sie bei den Kommunalwahlen 1987 teilweise stattgefunden hatte, abgehalten werden sollte. Kurzfristig wurden zwar noch die Geburtsurkunde und der Familienausweis als zur Wahl berechtigende Dokumente anerkannt, bekannt wurde dies auf dem Land allerdings kaum. Daß darüberhinaus ca.

200.000 Stimmen der Wahlfälschung zugunsten der jetzigen Regierungsparteien zum Opfer fielen, überrascht daher nicht mehr. Die gut 666.000 Bolivianer, die laut amtlichem Endergebnis die Regierungsparteien gewählt haben, entsprechen somit gerade noch 22% der Wahlberechtigten. Überdies sind die 10% ungültigen Stimmen als auch die panikartigen Plünderungen der Sparguthaben nach Zamoras Amtsantritt als Indiz für fehlendes Vertrauen in die etablierten politischen Parteien überhaupt sowie in die neue Regierung im besonderen zu werten. Es bleibt zu hoffen, daß diesem Mißtrauen von dem progressiven Parteien- und Gewerkschaftsspektrum (z.B. IU und der Gewerkschaftsdachverband COB) zukünftig eine konkrete politische Alternative entgegengesetzt werden kann, um die Energien, der nach grundlegender Veränderung lechzenden Unzufriedenen sinnvoll zu kanalisieren.

KOLUMBIEN

Politischer Mord Der alltägliche Skandal

Ende August wurde bei den europäischen Menschenrechtsorganisationen die Aussage eines ehemaligen Polizisten bekannt, der die diversen Geheimdienste grausamster Verbrechen beschuldigte (vgl. FR, 30.8. u. taz, 31.8.89). Es handelt sich um ein weiteres Beweisstück für die Verfilzung von Militär, Politik und Drogenhandel in Kolumbien. Und daß trotz aller Rhetorik von der "ältesten Demokratie Lateinamerikas (Präsident Barco bei seinem internationalen Hilferuf) hinter den Kulissen weiter auf staatlichen Befehl gemordet wird. Die nachfolgenden Artikel, die die Kolumbiengruppe Berlin für diese LN-Ausgabe erarbeitet hat, wollen über eine "Kriegsschauplatz-Berichterstattung" hinaus Hintergründe der derzeitigen Krisenentwicklung Kolumbiens aufzeigen. Ihr umfangreiches Sonderheft "Mafia, Militär und Menschenrechte" ist gegen DM 5.- bei LN zu bestellen.



Luis Carlos Galan

Hinter den Kulissen des Drogenkrieges

Die Ermordung von Luis Carlos Galan, Politiker der Liberalen Partei und einer der Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen von 1990, am 18. August 1989, hat in Kolumbien einen Drogenkrieg entfesselt, und das Land auf die Topliste der Nachrichtenagenturen

und der Medien gebracht. Doch andere Tote gingen Galan voraus: Im *Schmutzigen Krieg* sind in einer einzigen Woche Anfang August ca. 20 Linkspolitiker, Gewerkschafter und Menschenrechtler in verschiedenen Teilen des Landes umgebracht worden. Unter ihnen war der Vorsitzende der Gewerkschaft für die Zementindustrie Henry Cuenca, der Justitiar der Linkspartei Union Patriótica (die schon über 800 ihrer Mitglieder durch Mord verloren hat) Abelardo Daza, und zwei Professoren der Universität von Antioquia. Am 9. August wurde in Monteria (Departament Cordoba) der Bauernführer Daniel Espitia vor den Augen seiner Kinder erschossen; Daniel Espitia hatte im Frühsommer die Bundesrepublik bereist und am letzten Treffen der Kolumbiengruppen vom 5. bis 7. Mai in Frankfurt teilgenommen. Am 16. August fiel den Killern der Magistrat des Gerichtshofes, Carlos Valencia Garcia zum Opfer; er hatte die Haftbefehle gegen Pablo Escobar und Gonzalo Rodriguez Gacha bestätigt, letzterer im Zusammenhang der Ermordung des Richters und Parteiführers der U.P. Jaime Pardo Leal im Oktober 87.

Nun hat die kolumbianische Regierung nach dem Mord an Galan neue Notstandsdekrete erlassen, zwischenzeitlich über 10.000 Menschen festgenommen und der Drogenmafia den "Krieg" erklärt; die Mafia wiederum hat die Kriegserklärung zurückgegeben, während die Regierung der USA militärische Hilfe angeboten hat. Wir meinen, daß der Konflikt auf *diese* Art nicht gelöst, sondern eher verschleiert wird: über die Verflechtung der Drogen-Wirtschaft mit Industrie, Finanzsektor und Großgrundbesitz wird hinweggegangen und die offizielle Beteiligung und Mitverantwortung an einer paramilitärischen, über das ganze Land ausgedehnten Organisation, die - laut Regierungsangaben - 2.000 Mann und 32 Killerschulen mit britischen und israelischen Ausbildern umfasst, wird vertuscht. Als nach der Ermordung von Valencia Garcia die Mitglieder des Richter- und Anwaltsverbandes ASONAL kollektiv ihren Rücktritt erklärten, formulierten sie äußerst treffend, was die Regierung tun müßte: "1. (...) die paramilitärischen Gruppen, die populäre Führer und Vertreter des Volkes umbringen, auflösen. Alle Welt weiß, wo sie sind, wie sie heißen, wo die Verantwortlichen versteckt sind, allein, es fehlt der politische Wille (...). 2. Eine Säuberung der Streitkräfte durchzuführen (...)."

Die Organisation der Todesschwadronen gelangte zwar erst durch die Finanzierung durch das Kartell von Medellín zur Blüte, doch waren die "Selbstverteidigungsgruppen", wie sie in den Dienstabweisungen zur Guerillabekämpfung des Heeres genannt werden, schon 1965 im Rahmen der Doktrin der Nationalen Sicherheit eingeführt, und 1968 durch das Ley 48 gesetzlich abgesichert worden.¹ In einem Zweckbündnis von Viehzüchtern, Lokalpolitikern, Unternehmern und Militärs bauten sie die besonders konfliktive Region des Magdalena Medio zu ihrer Hochburg aus. Erst kürzlich erklärte ihr legaler Ableger ACDEGAM ("Viehzüchterverband des Magdalena Medio") die



MORENA stellt sich der Presse vor. An der Wand ihre rot-blaue Fahne, mit einem Fadenkreuz im Zentrum.

Gründung einer politischen Partei mit Namen MORENA ("Bewegung der Nationalen Erneuerung"), die die vollständige "Säuberung Kolumbiens von allen Kommunisten" verspricht.

Ihre militärischen Kapazitäten demonstrierte die Killerorganisation im Norden, Westen oder Südosten des Landes, bei denen insgesamt mehrere hundert Personen aus der Bauern- und Arbeiterbewegung ums Leben kamen. Die Beteiligung des Militär wurde von verschiedenen internationalen Menschenrechtsorganisationen, wie Amnesty International oder Americas Watch, immer wieder festgestellt. Die gerichtlichen Ermittlungen der letzten Zeit haben die Mitverantwortung von unzähligen Militärs bestätigt, ohne daß dies bis heute an die internationale Öffentlichkeit gelangt wäre: Viele hochrangige Offiziere des Heeres oder der Polizei sind der Urheberschaft oder Beihilfe bei verschiedenen Massakern angeklagt; so z.B. der Polizeikommandant von Puerto Boyaca (Magdalena Medio) Marco Fidel Mendieta und der Chef der Geheimdienstabteilung des Bataillons Voltigeros im Falle der Massaker in Uraba am 4.3.88, oder die Kommandanten des Bataillons Bombona und der Polizeistation im Falle des Massakers von Segovia am 11.11.88. Im April dieses Jahres wurde Luis Bohorquez, Kommandant des Bataillons Barbula in Puerto Boyaca aus der Armee entlassen, weil er mit der paramilitärischen Organisation von ACDEGAM aktiv zusammengearbeitet und u.a. eine Funkstation zum Zwecke der Koordination der paramilitärischen Einsätze im Bataillon betrieben hatte.² - Aber, wie gesagt, eben nur entlassen, denn Straffreiheit ist auch bei schwersten Menschenrechtsverletzungen die Devise der Militärgerichtsbarkeit und die zivilen Gerichte sind nach kolumbianischem Recht für die Anklage von Militärs nicht kompetent. Der Hand-

lungsspielraum der Militärs und Paramilitärs erscheint nicht mehr verwunderlich, wenn man sich das Ausmaß der Unterstützung vergegenwärtigt, die sie von den konservativen Kräften des Landes bekommen. So stehen hinter MORENA Dutzende lokaler Größen der Liberalen Partei und auch die Klerikalen tun das ihre: Der Erzbischof von Manizales, Jose de Jesus Pimiento, zelebrierte für 4.000 Mitglieder der "Selbstverteidigungsgruppen" in Puerto Boyaca vergangenen Juli eine Messe unter offenem Himmel.

Doch zurück zur Mafia. Am 25. Mai löste die Festnahme des Geheimdienstagenten Luis Javier Wanumen einen Skandal aus: Neben mehreren Geheimakten, die er bei sich trug - unter anderem zwei Akten der Sicherheitsbehörde DAS über Killerschulen, und zwei des militärischen Geheimdienstes B-2, eine über die Union Patriotica - fand sich ein Brief des Kartells von Medellin in dem auch aus dem Sitzungsprotokoll des Sicherheitsrates vom 10.5.89 zitiert wird (!). So lassen die Dokumente darauf schließen, daß neben Wanumen die höchsten Stellen des militärischen Geheimdienstes B-2, als auch hochgestellte Personen im Staatsapparat mit ACDEGAM und dem Kartell von Medellin zusammenarbeiten.³ Öffentlich bekanntgewordene Konsequenzen hatte dies jedoch nicht; erst die Ermordung von Galan brachte für die Oligarchie das Faß zum Überlaufen.

Solange also die politische Interessensverflechtung von Drogenmafia und Militärs im Geschäft und im Vernichtungsfeldzug gegen politisch Andersdenkende nicht angetastet wird, ist es fraglich, wieweit dieser "Krieg" gegen die Mafia gehen wird. Sicher ist es zu bezweifeln, ob es Kolumbien gut tun wird, den Drogenkrieg für die USA mit deren Kriegsgerät zu führen. Ein Beitrag zum Ende der Gewaltspirale ist dies sicher nicht. Und auch die Bundesrepublik soll hier nicht ausgespart bleiben, auch deren Politik erscheint in eher trübem Licht: Bis heute hat sie zum *Schmutzigen Krieg* in Kolumbien geschwiegen, bis heute hält sie an der Formel fest, daß "die kolumbianische Regierung alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um die Menschenrechtslage des Landes zu verbessern" (Staatsminister Helmut Schäfer im Dezember 1987). Doch damit nicht genug. Ein Zehn Millionen DM-Kredit für die kolumbianische Armee, offiziell für Kommunikationstechnologie, wurde ausgerechnet von der (für Entwicklungshilfe zuständigen) Kreditanstalt für Wiederaufbau erst im August dieses Jahres zugesagt.⁴
Kolumbiengruppe Berlin, Verein deutsch-kolumbianischer Zusammenarbeit für Menschenrechte und Entwicklung.

¹Am 25.5. dieses Jahres erklärte das Verfassungsgericht Art. 1 des Gesetzes 48, der die Streitkräfte zur Bewaffnung ziviler "Selbstverteidigungsgruppen" ermächtigt, für verfassungswidrig.

²laut Bericht der Sicherheitsbehörde DAS, in: SEMANA, 13.6.89

³a.a.O.

⁴El Espectador, 3. August 1989

»Unsere Häuser werden bombardiert, und keiner spricht davon.«

Seit letztem Jahr existiert in Barrancabermeja ein Flüchtlingslager, zuerst in den Räumlichkeiten der Bauernorganisation ANUC, bis dieses aus allen Nähten platzte, und jetzt in einem der Randgebiete der Stadt. Bis vor kurzem beherbergte dieses Lager ungefähr 80 Personen, Kinder und Erwachsene inbegriffen. Inzwischen sind in diesem Lager an die 250 Personen, darunter mehr als 100 Kinder.

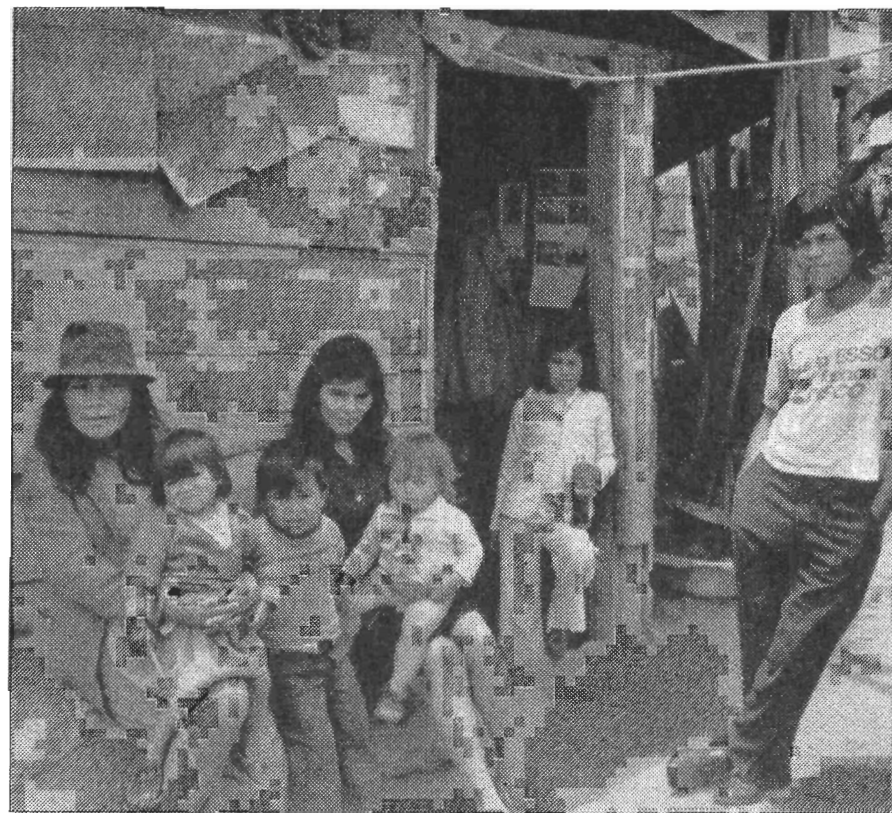
Letzten Freitag, am 4. August, erhielten wir in Bogota mehrere verzweifelte Anrufe der Lagerleitung, denn weitere Familien waren in das ohnehin schon volle Lager gekommen. Wir - Verantwortliche der ANUC und Vertreterinnen von Terre des Hommes und WILPF (Women's League for Peace and Freedom) - bauen gemeinsam das Projekt *Kinder im Krieg* auf, und versuchen, Flüchtlingsfamilien beizustehen. Das kolumbianische Rote Kreuz hat sich bis heute der Flüchtlinge nicht genügend angenommen und das Internationale Rote Kreuz kann nicht direkt eingreifen: ihnen sind die Hände gebunden, da die kolumbianische Regierung die Genfer Konvention nicht unterzeichnet hat und außerdem nicht zugibt, daß im Land ein interner kriegerischer Konflikt herrscht. Nach dem Anruf baten wir, zwei Frauen der WILPF, im Präsidentialamt für Menschenrechtsangelegenheiten um einen Termin.

Bei den Behörden

Wir wurden wider Erwarten schnell empfangen, obwohl es ja schon Freitagnachmittag war, sozusagen kurz vor einem verlängerten Wochenende. Der Menschenrechtsberater des Präsidenten kannte noch nicht einmal die Existenz dieses Flüchtlingslagers, und fühlte sich auch nicht zuständig, denn **"dies hat doch mit Menschenrechtsverletzungen nichts zu tun"**. Wir machten ihn auf seine irrierte Auffassung aufmerksam und meinten, daß wir diese Einstellung der Regierung, sich um das Flüchtlingsproblem nicht zu kümmern, bei den entsprechenden Stellen und NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen, Anm. die Red.), die Beobachterstatus bei der UNO hätten, bekanntmachen würden. Daraufhin begann der Herr, sich zu bewegen. Er rief eine zuständige Dame aus der Abteilung des PNR (Plan Nacional de Rehabilitacion, Plan für Regionalentwicklung) an. Diese war ehrlich entsetzt über das "Problem", und rief den Gouverneur von Santander und das zuständige Rote Kreuz in Bucaramanga an, die mit Zelten und Medikamenten nach Barrancabermeja fahren sollten.

Vor Ort

Da mann/frau die betreffenden offiziellen Stellen hier kennt, traut mann/frau ihnen nicht allzu viel. So machten wir uns auf, Vertreter der ANUC, WILPF und Terre des Hommes, um selbst vor Ort zu sehen, was wir machen konnten. Nach 11 Stunden Autofahrt im Lager angekommen, fanden wir eine desolante Situation vor. Die Menschen waren verzweifelt, das Lager war schmutzig, Wasser fehlte, die Kinder hatten fast alle Hautausschläge und waren medizinisch schlecht betreut; ständig kamen neue Familien an. Das



Die Menschen leiden unter den Bombardements.

Büro der ANUC, zeitweise wieder seiner Bestimmung zugeführt, füllte sich ebenfalls wieder mit 80 Personen. Es war nichts zu Essen dort. Das Rote Kreuz von Bucaramanga war tatsächlich mit 12 Mann dort aufgetaucht; das war aber auch alles, denn sie hatten weder Zelte noch sonst irgend etwas mitgebracht oder unternommen.

Also wieder hin zu den offiziellen Stellen, zum Bürgermeisteramt. Dies bewirkte wenigstens, daß das hiesige Rote Kreuz aus Barrancabermeja jetzt vorläufig jeden Tag im Lager die Kinder und Erwachsenen versorgt. Der Schmutz wurde beseitigt, Wasser besorgt, die Räume ausgespritzt gegen Ungeziefer, und die Kinder wurden gebadet, mit entsprechenden Mitteln im Badewasser, um die Hautkrankheiten zu bekämpfen. Nur gab es nicht genügend Platz für die vielen Leute, und es hieß, es würden noch mehr Familien kommen. Da von keiner Stelle Zelte zu bekommen waren, fingen wir einen einfachen "Hausbau" an; Konstruktionen aus Pfählen und einem Dach, die es erlauben, Hängematten aufzuhängen und sich tagsüber vor der sengenden Sonne zu schützen.

In der Stadt spürt man den nähergekommenen Krieg, Helikopter überfliegen ständig die Dächer, Panzer und Militär kontrollieren an allen Ecken die Stadt. Am 7. August, der Feier zur historischen Schlacht von Boyaca gegen die Spanier, gab es eine protzige Militärparade mit schwerbewaffneten Sondereinheiten im Rambostiel und schwarzangemalten Gesichtern, und Unmengen von waffenstrotzenden Soldaten. Das kolumbianische Rote Kreuz am Fuß der Militärs, als wären sie keine zivile Einrichtung. Der Besuch beim Staatsanwalt von Barrancabermeja ergab, daß er uns erzählte, er sei vergangene Woche in Yondo gewesen, einem kleinen Städtchen auf der anderen Seite des Magdalenaflusses, das zum Department Antioquia gehört; dort seien 1000 Flüchtlinge, denen es aber sehr gut ginge; es gäbe dort keine Menschenrechtsverletzungen. Wir beschlossen, auch dorthin zu fahren, um uns selbst davon zu überzeugen. In Yondo sprachen wir zunächst mit dem Bürgermeister, Braulio Manrique, einem Mitglied der linken Union Patriótica. Er ist, wie auch die anderen Angestellten, mit dem Tod bedroht. Sie können sich kaum rühren; das Militärbataillon liegt direkt neben dem Bürgermeisteramt. Trotzdem werden die beiden Lager, die es dort gibt, einigermaßen gut versorgt. Im ersten, einer Schule, wurden 665 Personen untergebracht; im zweiten, einem Landwirtschaftsinstitut, 1523 Personen, darunter 575 Kinder unter 10 Jahren (Stand 10. August).

Bombardements und Paramilitärs Hand in Hand

Die Bauern in beiden Lagern erzählten folgendes: Seit Beginn des Jahres wird dieses Gebiet von Antioquia systematisch bombardiert. Die ersten Bombardierungen begannen am 25. Februar dieses Jahres, hielten eine Weile an, dann kam die zweite Welle am 25. Juli, mit Artilleriefeuer von Helikoptern aus und dem Abwurf von Bomben. Folgende Siedlungen sind von diesen Zerstörungen betroffen worden: Cano Bodegas, Puerto Nuevo Ite, Tamar, Concoja (.. es folgen weitere 24 Siedlungen, Anm. die Red.). Häuser wurden zerstört, Tiere getötet, die Sachen aus den Hütten gestohlen, die Kooperative von Ite geplündert, die gestohlenen Artikel in Puerto Berrio, der Hauptbasis der Paramilitärs, verkauft. Einige Bauern wurden getötet und zerstückelt aufgefunden, wie Elkin Henry

Arevalo aus Barbacoa, und ein Jugendlicher Invalide, Dario Herero, der vor seiner Familie in Stücke geschnitten wurde, einige kleine Kinder sind verschwunden, wie die Brüder Ramiro und Alexander Florido, von 10 und 12 Jahren, ein anderer Junge, Jose Martinez Cadona, wurde von den Soldaten zum Wegführer auserkoren. In der Siedlung Rancho Verde und Cienaga Grande leben 50 bzw. 70 Paramilitärs; in verschiedenen Siedlungen sind mit Graffiti neue Massaker angedroht worden, da heißt es dann: **Bald kommt MARCO, oder MARCO ist da! oder Dialog mit allen, außer mit den kommunistischen Hunden.** Erdrückt von den schrecklichen Berichten kehrten wir ins Lager nach Barrancabermeja zurück, das in heller Aufregung war, weil verschiedene Bauern, die als Kommission unterwegs waren, um Nahrungsmittel-Spenden zu erbitten, nicht zurückgekommen waren. Also auf zur Polizei - und dort fanden wir sie. Man hatte sie festgenommen, weil sie angeblich die Herausgabe von Nahrungsmitteln "erzwungen" hatten. Es dauerte mehrere Stunden heißer Diskussion mit dem Kommandanten der Wache, bis sie endlich freigelassen wurden. Nun ist so allmählich doch das Problem der Flüchtlinge in die Zeitungen gerückt, überschattet allerdings von der Aufmerksamkeit, die die Medien der neuen Partei MORENA widmen, die ihre legale Anerkennung als Partei bei den entsprechenden Stellen beantragt hat. Sie ist die Partei der sogenannten "autodefensas" ("Selbstverteidigungsgruppen"), jeder im Land weiß, wer damit gemeint ist, die paramilitärischen Gruppen und Mörder der Volks- und Gewerkschaftsführer. Die Sprache dieser Partei ist erschreckend und beängstigend; ihre Fahne zeigt in den Farben schwarz und orange in der Mitte ein Fadenkreuz. Aber noch erschreckender ist die Tatsache, daß ihre Waffen von der Kirche gesegnet wurden, ihre Schutzpatronin ist die heilige Jungfrau von Carmen.

Wir alle fürchten, daß dies erst der Anfang einer schlimmen Zukunft für Kolumbien ist.

Ute Sodemann, 14.8.89, Bogota

Kokain - Kolumbiens ehrenwerte Gesellschaft

Die kolumbianische Gesellschaft war ein idealer Nährboden für die Entstehung der Drogenmafia. Dafür sorgten mehrere Faktoren:

- * die günstige geographische Lage Kolumbiens mit zwei Küsten (Atlantik und Pazifik), in relativer Nähe zu den Hauptanbauländern der Cocapflanze (Peru und Bolivien) und zu dem Hauptabnehmerland des Kokains, den USA;
- * die Tradition des Handels und des Schmuggels in Kolumbien, die vor allem das Ergebnis der Überlebensstrategien der Bevölkerung ist, die den Vorteil der Küsten und der nahen Freihandelszonen auszunutzen wußte;
- * eine Oligarchie und ein staatliches System, das dem illegalen Handel zunächst tolerant gegenüber stand und bis heute von dem Geschäft mit dem Kokain profitiert.

Von Marihuana zu Kokain

Die Anfänge des illegalen Drogenhandels liegen in den 70er Jahren mit dem Beginn der Marihuana-Konjunktur. Die Träger des großen Marihuana-Geschäfts waren im wesentlichen Familien von der Karibik-Küste, in deren Nähe - in der Sierra Nevada de Santa Marta, dem Küstengebirge - auch die wichtigsten Anbaugelände lagen. Das Marihuana-Geschäft war zwar erträglich; in großem Stil konnte es sich aber nur wenige Jahre halten, und das aus mehreren Gründen:

- * Die Ware hat im Vergleich zum Kokain ein großes Volumen, sie ist deshalb leicht zu entdecken.
- * Das Geschäftsgebaren der großen kolumbianischen Händler war wenig stabil. Es erschöpfte sich im Anhäufen von Reichtümern und Luxus, in der Besenkung von Freunden und Helfern. Es kam aber nicht zur Entwicklung einer großen unternehmerischen Struktur, Kapitale wurden nicht oder nur in kleinerem Umfang reinvestiert. Die "Marimba"-Konjunktur ging wie die Bananen-Konjunktur als ein "Laubsturm" über die Küste. Die von Mitgliedern der Marihuana-Mafia bewohnten Städte und Stadtviertel sind heute wieder genauso öde, wie sie es vorher gewesen sind.
- * Der wesentliche Grund aber war ein vorwiegend ökonomischer: Während die USA Druck auf Kolumbien ausübten und die Sierra Nevada mit Entlaubungsmitteln besprühen ließen, waren sie gegenüber dem Marihuana-Anbau im eigenen Land tolerant. Heute sind die USA das größte Anbauland für Marihuana, gefolgt von Mexiko, während Kolumbien nur mehr an dritter Stelle liegt. Es war diese

Kombination von Repression in Kolumbien und Konkurrenz durch die USA, die dem kolumbianischen Marihuana-Geschäft weitgehend den Boden entzog.

Das große Kokain-Geschäft begann in Kolumbien erst am Ende der 70er Jahre. Seine Bedingungen waren von Anfang an von denen des Marihuana-Geschäfts verschieden:

- * Während Marihuana keiner weiteren Bearbeitung bedarf, sondern nur geerntet und exportiert wird, ist für die Herstellung von Kokain ein größerer Produktionsprozeß und ein größeres Management vonnöten.
- * Nur ein geringerer Teil der Koka-Blätter wird in Kolumbien selbst geerntet. Die Kokapaste, die erste Verarbeitungsstufe der Blätter, wird zumeist aus Peru und Bolivien nach Kolumbien importiert. Der Anbau von Koka in größerem Ausmaße begann erst in den 80er Jahren und hat auch bisher nicht den Umfang des Anbaus in Peru und Bolivien erreicht.
- * Zur Herstellung von Kokain aus Paste bedarf es eines chemischen Prozesses, für den Laboratorien gebraucht werden. Die Chemikalien hierzu sind auf dem kolumbianischen Inlandsmarkt nicht zu haben und werden vorwiegend aus den USA importiert.
- * Für all das sind vorherige Investitionen erforderlich: für den Kauf und den Transport der Paste nach Kolumbien, für den Betrieb und die Sicherung der Laboratorien, für den Kauf von Chemikalien und natürlich auch für die Bestechung von Bürokraten, Polizisten und Militärs.

Das Kokain-Geschäft setzte also von Anfang an Management und unternehmerische Planung voraus, eine Entwicklung, zu der die Marihuana-Händler nicht mehr gekommen waren. Auch die kulturelle Basis für das Geschäft mit dem Kokain war eine andere, die Provinz Antioquia mit ihrer Tradition des Handels und des Sparens.

Alte und neue Bourgeoisie

Als ein offener politischer Faktor präsentierten sich die Chefs der Mafia, die Capos, erst ab Anfang der 80er Jahre. In Armenia gründete der bisher einzige an die USA ausgelieferte Capo des Medellin-Kartells, Carlos Lehder, seine eigene Zeitung und Partei, das "Movimiento Civico Latino Nacional", eine populistische Organisation mit starker anti-US-amerikanischer Ausrichtung, aber auch mit einem Gemisch von ideologischen Anleihen beim deutschen Faschismus. Pablo Escobar zog 1982 auf einer von Alberto Santofimio angeführten Liste der liberalen Partei ins nationale Parlament ein. Einer

Anekdote zufolge soll er dabei nur eine Schwierigkeit bei der Übernahme seiner Amtsgeschäfte gehabt haben: der Portier ließ ihn nicht ins Parlament, weil ihm die obligatorische Krawatte fehlte, die er sich bei einem seiner Leibwächter ausborgen mußte.

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Mafia auf der offiziellen politischen Bühne nicht präsent. Sie bediente sich nur des politischen Einflusses von Vertretern der traditionellen Parteien, finanzierte deren Wahlkämpfe, betrieb den "tráfico de influencias", den Einflußhandel. Von dem Geld der Mafia profitierten beide traditionellen Parteien - Liberale wie Konservative. Sehr deutlich wurde das am Wahlkampf 1982. Der liberale Präsidentschaftskandidat Alfonso Lopez erhielt damals 26 Mio. Peso, so berichtet "Colombia Hoy" (Nr. 35, Sept./Okt. 1984) unter Berufung auf die Tageszeitung "El Espectador". Der siegreiche konservative Gegenkandidat Belisario Betancur soll laut Fabio Castillo ("Los jinetes de la coca") sogar mit 110 Mio. Peso bedacht worden sein. Selbst die katholische Kirche war sich nicht zu fein, zum Heil der Seelen entsprechende Summen entgegenzunehmen, wie Bischof Dario Castrillón offen zugab: "Ich selbst habe Geld von der Mafia erhalten ... Ich nahm es an mit der Warnung, daß sie sich mit diesem Geld nicht würden retten können und daß ich es nehmen würde, um zu verhindern, daß dieses Geld in Bordelle, für Bestechungen oder irgendwelche andere Straftaten investiert würde." (El Espectador, 26.7.1984)

Bestechung und politischer Einfluß über korrupte Politiker war aber nie nur eine Praxis der Mafia. Die Inhaber lokaler Macht, die sog. "gamonales", haben immer versucht, ihre Interessen durch einen gekauften Statt-



Der symbolträchtige Eingang zur Hacienda von Pablo Escobar

halter im Parlament, durch die Finanzierung von Wahlkämpfen, durch Stimmenkauf und durch die Bestechung von Politikern und Bürokraten durchzusetzen. Die Anlage des kolumbianischen Zentralstaats hat diese Situation begünstigt. Lokale Politik kann sich nur äußern durch den Einfluß auf den Zentralstaat und seine Repräsentanten in Bogotá. Demokratische Willensbildungsstrukturen auf lokaler oder Departmentents-Ebene, die andere als die Interessen der 'gamonales' zum Ausdruck bringen könnten, gab es nicht. Erst nach langen Auseinandersetzungen fand im März 1988 die erste Wahl von Bürgermeistern statt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden Bürgermeister wie auch heute noch die Gouverneure von oben eingesetzt. Die Periode der Nationalen Front, die 1958 begann und 1974 formell zu Ende war, hat den Handel mit Interessen und damit die Korruption des politischen Systems weiter verstärkt. In dem Vertrag zwischen den Konservativen und den Liberalen, mit dem die 'Violencia', der Bürgerkrieg, den die beiden traditionellen Parteien in den 50er Jahren austragen ließen und der mehr als 200.000 Menschen das Leben kostete, war vereinbart worden, daß die beiden Seiten regelmäßig alle vier Jahre sich in allen Staatsämtern abwechselten bzw. diese paritätisch besetzten: vom Präsidenten und seinem Kabinett bis zu Posten in der Verwaltung. Die zivile Politik erfuhr dadurch eine fast vollständige ideologische Entleerung und wurde reduziert auf die Verteilung von Posten und die Aufrechterhaltung von Machtinteressen der Oligarchie. Es etablierte sich ein System des Klientelismus. Die Mafia hat dieses System nicht erfunden, sondern es auf ihre Weise genutzt und verstärkt. Der offene Zugang zur Politik, die Repräsentation auf oberer Ebene, blieb den reichen Emporkömmlingen aber versperrt. Diese war nach wie vor eine Domäne der "großen" alten Familien mit den "guten" Namen. Als die Mafia-Chefs ab 1982 versuchten, auf dieser Ebene persönlich präsent zu werden, als sie begannen die politische Macht und das Ansehen einzuklagen, die ihrer ökonomischen Macht entsprach, begannen die Konflikte.

Vor allem der von Galán geführte "Nuevo Liberalismo" betrieb die Kampagne für den "sauberen Stimmzettel" und gegen die "heißen Gelder."

Streitpunkt: Der Auslieferungsvertrag

Die Kampagne gegen die Kokainhändler erhielt Verstärkung durch den Druck der USA. Schon 1979 war vom damaligen Botschafter Kolumbiens in den USA und heutigen Präsidenten, Virgilio Barco, ein Auslieferungsabkommen unterschrieben worden.

Erst der Justizminister im Kabinett des Präsidenten Betancur (1982-86), Rodrigo Lara Bonilla, war bereit, diesen Vertrag in Kraft treten zu lassen. Kritisiert wurde der Vertrag nicht nur von der Mafia, sondern auch von der Linken, den Menschenrechtsorganisationen und von Verfassungsrechtlern. Die auslieferungsfähigen Delikte reichen tief in den politischen Bereich hinein. Der Vertrag ist außerdem nur einseitig: er eröffnet die Möglichkeit, kolumbianische Staatsbürger in den USA abzurufen und zu bestrafen, aber nicht umgekehrt. Die Übertragung justitieller Entscheidungen über kolumbianische Probleme an die USA, so stellten viele fest, widerspricht der Verfassung.

Die Reaktion der Mafia auf das Vorhaben zur Inkraftsetzung des Vertrages war die Ermordung Lara Bonilla's im April 1984. Dies war das erste Ereignis, nach dem ein kolumbianischer Präsident der Mafia den "Krieg" erklärte. Es folgte eine Welle von Massenverhaftungen. Die Capos waren aber längst außer Landes. Als Reaktion auf den Mord an Lara verhängte Betancur wiederum den Ausnahmezustand, der erst 1982 aufgehoben worden war. Ihre wirkliche Anwendung fanden die erweiterten exekutiven Vollmachten für Militär und Polizei aber nicht gegen den Drogenhandel, sondern gegen die Guerrilla und die legale Linke.

War die Entscheidung über den Auslieferungsvertrag bis dahin umstritten, so erhielt er nun durch ein präsidiales Dekret Rechtskraft.

Die Reaktion der Mafia auf die Kriegserklärung der Regierung war zum einen der Beginn der Attentate gegen Richter, die mit Auslieferungsfällen befaßt waren, zum anderen aber das Angebot von Verhandlungen. 1985 reisten Ex-Präsident Alfonso López Michelsen und Generalstaatsanwalt Carlos Jimenez Gomez nach Panamá zu einer Unterredung mit Escobar u.a., deren Ergebnis ein Memorandum der "Auszuliefernden" war. Diese schlugen darin vor, "auf innenpolitischer Ebene das Drogenstatut zu revidieren und schärfer zu fassen, um in Zukunft das Interesse von kolumbianischen Bürgern am Drogenhandel zu vermeiden." Angeboten wurde ferner als Gegenleistung zur Integration in die Legalität, die gesamte Auslandsschuld Kolumbiens - etwa 18 Mrd. Dollar - auf einen Schlag zu bezahlen. Die Regierung ging auf dieses Angebot nicht ein.

Während auf der einen Seite von Auslieferung und "Krieg" die Rede war, herrschte auf ökonomischer Ebene friedliche Zusammenarbeit. Der kolumbianische Staat profitierte (und profitiert) von den ins Land fließen-

den Devisen aus dem Kokaingeschäft. Dollarsummen beliebiger Höhe können an der "ventanilla siniestra", dem dunklen Schalter in der Staatsbank "Banco de la República" in Pesos konvertiert werden. Während der Regierungszeit Betancurs gab es mehrere Steueramnestien, die die Deviseneinkünfte der Mafiosi legalisierten. Während die lateinamerikanischen Währungen in der Zeit von 1983-85 unter der Auslandsverschuldung und den hohen Zinssätzen fast zusammenbrachen, hielt sich die Inflation des kolumbianischen Peso in Grenzen. Dazu trugen nicht nur die relativ konstanten Einnahmen aus dem Kaffee-Export, sondern auch die aus dem des Kokain bei. Von den Investitionen dieser Dollars profitierten weite Teile der kolumbianischen Wirtschaft, insbesondere das Bankensystem, der Tourismus und die Bauindustrie.

Der "Krieg" schien zunächst beendet, als der oberste Gerichtshof den Auslieferungsvertrag 1986 aufhob. Der Gerichtshof kann über die Außenpolitik und damit die Verträge mit anderen Staaten nicht entscheiden und insofern auch die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages selbst nicht überprüfen. Sein Urteil bezog sich vielmehr auf technische Fehler bei der Abfassung des Dekrets. 1987 versuchte Betancur's Nachfolger Barco erneut, den Vertrag in Kraft zu setzen, scheiterte aber ebenfalls an der Entscheidung des Gerichts.

Die Mehrheit der gegen Repräsentanten des politischen Systems gerichteten Morde der Mafia beziehen sich auf die Frage der gerichtlichen Verfolgung und Auslieferung, so

* der Anschlag, dem der Ex-Justizminister und Nachfolger Lara Bonilla's, Enrique Parejo, 1986 in Ungarn entging, wo er den Posten als Botschafter übernahm;

* der Mord am Chefredakteur der dem "Neuen Liberalismus" Galans nahestehenden Zeitung "El Espectador", Guillermo Cano, im Dezember 1986,

* die Entführung und Ermordung des Generalstaatsanwalts Carlos Mauro Hoyos im Januar 1988, und schließlich

* die Ermordung Luis Carlos Galans am 18. August dieses Jahres.

Der "Krieg", den die Regierung nach jedem dieser Fälle erklärte, lief ebenfalls in jeweils ähnlichen Bahnen:

* Massenverhaftungen,

* der Versuch, das Auslieferungsabkommen (wieder) in Kraft zu setzen,

* die Wiedereinführung des Ausnahmezustands bzw. die

Verstärkung der exekutiven Aunahmevermächten durch neue Dekrete. Dem Mord an Lara Bonilla 1984 folgte die Wiederausrufung des seit 1948 nur für jeweils kurze Zeit außer Kraft gesetzten Ausnahmezustands, im Januar 1988 kurz nach dem Mord an Mauro Hoyos das Dekret "zum Schutz der Demokratie", ein "Anti-Terrorismus"-Statut, das wesentliche bürgerliche Freiheiten außer Kraft setzt und jetzt - neben dem Auslieferungsdekret und der Möglichkeit der Beschlagnahme von Gütern der Mafia - ein weiteres Dekret, das die Festnahme und Kontaktsperre bis zu sieben Tagen erlaubt.

Gemeinsam gegen Links

Die Kriegserklärungen der Regierung hatten allerdings nie die Attentate und Morde an Politikern der Linken zum Anlaß, in die die Mafia verwickelt war. Weder der Mord an Jaime Pardo Leal, dem Präsidentschaftskandidaten und Führer der Unión Patriótica im Jahre 1987, noch der an José Antequera, dem zweiten Vorsitzenden derselben Partei, in diesem Jahr, führten zu derartigen Erklärungen. Ganz zu schweigen von den vielen unbekanntem oder weniger bekannten Linken, Gewerkschaftern, Repräsentanten der Volks- und Bauernbewegung...

In der Frage des Kampfes gegen die "Subversion" ziehen weite Sektoren der Oligarchie und des Militärs mit der Mafia am gleichen Strang.



18. Januar 1989: eine 12-köpfige Ermittlungskommission wird von Paramilitärs mit Unterstützung einer lokalen Militärbasis in La Rochela ermordet.

Schon 1981 ließen die "Capos" des Medellín-Kartells eine Organisation namens MAS - "muerte a secuestradores", "Tod den Entführern", entstehen. Der unmittelbare Anlaß war die Entführung einer Frau aus der Verwandtschaft der Ochoa's, einer der Familien des Kartells, durch ein Kommando der M-19. MAS brachte aber nie nur Entführern oder Guerrilleros den Tod, sondern von Anfang an der legalen Linken.

Im Jahre 1983 veröffentlichte der damalige Generalstaatsanwalt Jimenez Gomez einen Bericht, in dem er nachwies, daß ein großer Teil der Mitglieder von MAS aktive oder pensionierte Militärs und Polizisten waren. MAS war der Anfang der paramilitärischen Organisationen, die heute große Teile Kolumbiens mit Gewalttaten überziehen.

In den ländlichen Kolonisierungsregionen zeigt sich am deutlichsten, was der Interessenhintergrund dieser Allianz gegen die "Subversion" und den "Kommunismus" ist, allen voran im Magdalena Medio. In diesen Regionen hat die Mafia seit Anfang der 80er Jahre begonnen, billiges Land aufzukaufen. Einerseits zur Investition in legale Bereiche der Wirtschaft, andererseits zur Unterbringung von Laboratorien und zum Anbau von Koka. Im Magdalena Medio hält die Mafia, Schätzungen zufolge, etwa 1 Mio ha Land in ihrem Besitz. Ähnliches ist in anderen Regionen der "inneren Grenze" der Fall, wie z.B. im Caquetá oder im Meta.

Die Präsenz der paramilitärischen Gruppen in diesem Gebiet begann aber nicht erst mit dem Auftauchen der Mafia. Auch die traditionellen Großgrundbesitzer sind seit Jahrzehnten mit privaten Milizen gegen Bauern und Siedler vorgegangen, verhinderten so Landbesetzungen und Ansätze gewerkschaftlicher Organisation von Landarbeitern und "bewegten" Bauern zum Verlassen oder zum Verkauf ihrer Parzellen zu Schleuderpreisen. Vielfach war es nur die Guerilla, die die Bauern durch ihre Präsenz schützte.

Der seit Ende der 70er Jahre verstärkt betriebene Versuch, die Guerilla militärisch zu vernichten, führte zur Militarisierung dieser Gebiete. Unter der Anleitung des Militärs gründeten Großgrundbesitzer ab 1983 sogenannte "Selbstverteidigungsgruppen", die auch vom Militär ausgebildet und bewaffnet wurden.

Die Mafia war zwar nicht der Ausgangspunkt der paramilitärischen Gruppen und des von ihnen gemeinsam mit dem Militär betriebenen schmutzigen Krieges. Daß diese neuen Großgrundbesitzer aber in die paramilitärischen Gruppen investierten, kann nicht erstaunen. Haben sie



Paramilitärs unter sich in Puerto Boyaca: Links im Bild Alonso de Jesus Bequero, alias Vladimir, Anführer des Massakers von La Rochela. Rechts (mit Brille) Luis Rubio, Ex-Bürgermeister, der an den Massakern von Uraba 1988 beteiligt war.

doch letztendlich ähnliche Interessen an der Verteidigung ihres Besitzes. Die Investitionen der Mafia verhalfen den paramilitärischen Gruppen zu einer Organisationsstruktur, deren Aktionsradius weit über die Region des Magdalena Medio hinausgeht. Es konnten mehr Waffen gekauft werden, es entstanden Ausbildungszentren mit ausländischen Instruktoren sowie Folterlager, in deren Umkreis Massengräber gefunden wurden.

Militär und Mafia Hand in Hand

An den "Säuberungsaktionen" in den Großstädten zeigt sich eine ähnliche Allianz zwischen traditioneller Bourgeoisie, Militär und Polizei sowie der Mafia. Sehr deutlich wird dies am Beispiel Cali's: Aufgrund der Waffenstillstandsverträge zwischen der Regierung und Teilen der Guerrilla errichtete M-19 in den großen Slums der Stadt, Siloe und Aguablanca, ein "Friedenslager". Das Lager wurde 1985 nach dem Abbruch des Waffenstillstandes von M-19 aufgegeben. Die Guerilla blieb aber weiter stark präsent. Im Sommer 1986 führte das Militär einen Angriff auf diese Viertel, die von der Außenwelt abgeriegelt, bombardiert und mit Artillerie beschossen wurden. Im nachfolgenden Jahr häuften sich die Ermordeten unter der marginalisierten Bevölkerung Cali's. Die Täter kamen, wie die Aussage eines hohen Polizeioffiziers belegt, aus den Reihen der Polizei. Das Geld für diese nachträgliche Rache kam von Industriellen und von Drogenhändlern (vgl. die Dokumentation über die Praktiken der Geheimdienste).



Dasselbe Militär und dieselbe Polizei, die jetzt den Krieg gegen die Mafia führen sollen, sind bis in die Spitzenfunktionen vor allem der geheimdienstlichen Abteilungen F-2 und B-2 an paramilitärischen Gruppen beteiligt, agieren gemeinsam mit ihnen oder in ihrem Namen, beziehen Geld von Drogenhändlern und schützen ihre Interessen. Genau dies macht den jetzigen Krieg gegen die Mafia so absurd.

Krieg gegen die Mafia?

Die internationale Öffentlichkeit richtet ihr Interesse gegenwärtig nur auf den Aspekt des Drogenhandels. War es im letzten Jahr durch die Berichte von Menschen-

rechtsorganisationen gelungen, eine Sensibilität für das Problem des Schmutzigen Krieges zu schaffen, so hat die kolumbianische Regierung heute scheinbar alle moralische Legitimität auf ihrer Seite. Vergessen ist, daß die traditionelle kolumbianische Oberschicht nicht nur über Jahrzehnte hinweg dieselben Praktiken im Umgang mit ihren Gegnern gebrauchte, daß sie und die sie repräsentierenden Parteien gerne auf die schmutzigen Gelder der Mafia zurückgriffen, daß das Militär gemeinsam mit den paramilitärischen Gruppen gegen die Linke zu Felde zieht Es geht nun scheinbar nicht mehr um die Frage der Strukturen dieses Staates, seiner Organe und der sie tragenden Klassen, sondern gegen die Mafia, die als Inkarnation aller Schlechtigkeit erkannt scheint.

Die Regierung der USA, deren Geheimdienst CIA gerne auf die Hilfe des Medellin-Kartells zurückgriff, als es um den Transport von Waffen für die nikaraguanische Contra ging, hat begonnen, der kolumbianischen Regierung und ihren Sicherheitskräften gegen den Drogenhandel mit Geld, Material und Soldaten zur Seite zu stehen. Auch Vertreter bundesdeutscher Parteien beeilen sich, eine Hilfe aus der BRD zu fordern.

Die Schnelligkeit, in der dies passiert, verdrängt den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund dieses Krieges und der Mafia selbst. Die Mafia erscheint als ein bloßes Verbrechersyndikat, eine geheime Verschwörung von fünf großen kriminellen Familien, die die Macht in diesem Staate an sich reißen und dazu die Jugend der hochentwickelten kapitalistischen Staaten durch Drogen zugrunde richten wollen. Was die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Großunternehmens Mafia sind, daß dieses Unternehmen nur deshalb so florieren kann, weil es in den USA und Europa eine Nachfrage nach seinen Produkten gibt, und daß der Schmutzige Krieg, den die Mafia zu großen Teilen finanziert, nicht nur von ihr ausgeht, - all das spielt in der derzeitigen Debatte kaum eine Rolle.

Dem sowieso schon ausgebluteten Kolumbien wird ein weiterer Krieg zugemutet, den es stellvertretend für die USA und für Europa auf eigenem Boden und gegen die eigene Bevölkerung führen soll.

Ob der Handel mit Drogen von Kolumbien aus dadurch unterbunden werden kann, ist fraglich. Zu sehr ist die Koka-Wirtschaft in die ökonomische Struktur des Landes eingelassen. Von den 10.000 festgenommenen sind bereits wieder 8.000 wegen mangelnder Beweise auf freiem Fuß. Von den 12 Großen, die die USA auf ihren Auslieferungslisten führt, ist keiner in Haft. Die Leidtragenden

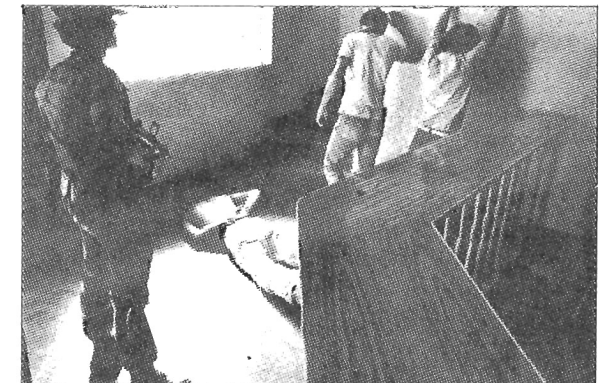
dürften erneut die Kokabauern sein, deren Lebensgrundlage sehr wohl angegriffen wird.

Noch fraglicher ist allerdings, ob durch einen Sieg über die Kartelle von Medellin und Cali der Kokain-Handel überhaupt unterbunden werden kann. Bereits in den letzten Jahren wird in Peru, Bolivien und Brasilien nicht mehr nur der Anbau der Pflanze, sondern verstärkt auch die Vermarktung des Endprodukts betrieben. Die Herren aus Medellin und Cali sind längst nicht mehr konkurrenzlos, was am Verfall der Preise deutlich sichtbar wird.

Eine ernsthafte und nicht nur effekthascherische Debatte muß deshalb nach Alternativen suchen. Dies gilt sowohl für die Drogensüchtigen hiezulande, die durch hohe Preise und polizeiliche Verfolgung immer weiter in die Illegalität und damit in den Ruin getrieben werden. Das gilt aber auch für Kolumbien und andere Drogenherstellerländer.

Statt der hilflosen strafrechtlichen Verfolgung, die die Entstehung von mafiösen Organisationen erst produziert und mit ihnen Korruption und Gewalt, ist der Weg einer internationalen Legalisierung von Drogen zu suchen. Eine Legalisierung oder zumindest der Dialog mit der Mafia mit dem Ziel einer Wiedereingliederung in die legale Gesellschaft kann die inneren Auseinandersetzungen Kolumbiens nicht von heute auf morgen lösen. Sie kann aber einen Beitrag liefern zur momentanen Entspannung und zur Eindämmung der paramilitärischen Gruppen. Unerlässlich allerdings bleibt eine Säuberung des Militärs und der Polizei. Mit dem Sieg über die Mafia oder ihrer Eingliederung in die Legalität ist nur das neue Element des Schmutzigen Krieges erledigt. Seine herkömmlichen Träger werden dadurch nicht bekämpft.

Drogenpolizei
nimmt Dealer fest



Wer verdient wieviel?

Etwa 500 Kg Kokablätter sind notwendig zur Herstellung von 2,5 kg Kokapaste, die wiederum unter Zusatz von Chemikalien etwa 1 kg Kokainbase ergeben. Von der Kokainbase bis zum Verkauf des Kokains in einer Reinheit von nur noch 12 % an die Verbraucher in den USA steigerte sich der Wert des Produkts Anfang der 80er Jahre um das 100 fache.

1983 kostete ein kg kokain
 - vor dem Export in die USA ungefähr 20.000 Dollar,
 - im Großhandel bei seiner Ankunft in den USA bereits 60.000 und
 - erreichte den Konsumenten in versetzter Form zu einem Preis von 500.000 Dollar.

Die Preise sind seitdem reichlich gefallen: 1986 kostete das Kg
 - vor dem Export 9.000 Dollar,
 - bei Ankunft in den USA 30.000 und
 - beim Konsumenten 300.000 Dollar.

Der Verdienst der kolumbianischen Kartelle ist so von 10-12 Mrd. Dollar 1984 auf etwa 4 Mrd. Dollars 1988 gefallen.

Trotz aller Preisstürze ist aber eines über die Jahre gleichgeblieben: nämlich, daß der Löwenanteil des Gewinns aus dem Kokageschäft in den USA und den europäischen Konsumländern selbst gemacht wird. Von den 4 Mrd. Dollar Gewinn im Jahre 1988 blieb nur eine Mrd. in Kolumbien hängen.

In den Konsumländern verdienen nicht nur Groß- und Kleinhändler bevor das Produkt an den Verbraucher kommt. Hier verdienen auch die Banken, in die die Händler ihre Gewinne einzahlen und die zur Waschung der schmutzigen Dollars beitragen.

"Die sog. 'heißen Gelder' kompensieren das Handels- und Finanzdefizit der USA und in den Akten der Kartelle finden sich öffentliche Schatzbriefe der USA, eine Tatsache, die bekannt aber wenig untersucht ist. Die Akten beinhalten außerdem Investitionen in Ostasien, Einlagen in Schweizer bundesdeutschen und spanischen Banken ... In der Mehrzahl der ermittelten Fälle von Geldwäsche bekamen die betroffenen US-Banken nur Geldstrafen wegen Steuerhinterziehung, aber nicht wegen anderer strafrechtlicher Verstöße." (Kalmanovitz, Salomón: La economía del tráfico de cocaína, cien días, No. 6 Bogotá Juni 1989, S. 6)

SOLIDARITÄT

Amazoniensolidarität oder Ökoimperialismus – eine Polemik

Es ist schon verständlich, weshalb der Einsatz für die Wälder Amazoniens ins Zwielficht gerät. Die Amazoniensolidarität hat einen schlimmen Verbündeten: Helmut Kohl. Seit dem Wirtschaftsgipfel von Toronto hat der Kanzler sein Herz für die Regenwälder öffentlich entdeckt. Nun ist es aber gerade in diesem Fall nicht so schwierig, zwischen Proklamationen und konkreter Politik zu unterscheiden. Gerade hat die Bundesregierung 100 Millionen DM für Umweltprogramme in Brasilien bewilligt. Ein Brief brasilianischer Umweltschützer(u.a.Lutzenberger) hat gegen dieses Danaergeschenk heftig protestiert. Das Geld werde zum jetzigen Zeitpunkt wohl nur dazu dienen, der abgewirtschafteten Regierung Sarney eine Finanzspritze zu verabreichen.

Aber auch Solidaritätsgruppen und Umweltverbände, die sich in der Amazonienarbeit engagieren, sind ins Visier linker(?) Kritik geraten, die im Vorwurf des Ökokolonialismus gipfelt. Anlässlich der Berliner Amazonientage im Juli des Jahres hat die taz ihre ganze dritte Seite der Amazoniensolidarität gewidmet. Die folgende Polemik setzt sich mit den taz-Artikeln auseinander, weil sie symptomatisch Tendenzen aktueller Diskussionen widerspiegeln.

"An der Schwelle zum Ökokolonialismus" ist einer der beiden Artikel auf der Amazonienseite der taz vom 11.7.89 betitelt. Wieso ist die Amazoniensolidarität an diese gefährliche Schwelle geraten? Der Autor Ciro Krauthausen zitiert den Vorschlag eines offensichtlich verwirrten jungen Mannes, UNO - Soldaten zum Schutz der Yanomami nach Brasilien zu schicken und den Kommentar eines brasilianischen Sozialwissenschaftlers: "Sagen nicht die Verrückten das, was die anderen denken?" Nun weiß jeder, der öfter größere Veranstaltungen und Kongresse besucht hat, daß dort eine Menge - oft quälender Unsinn geredet wird. Ich habe selbst auf dem IWF-Gegenkongreß mitanhören müssen, wie jemand ernsthaft vorschlug, Touristenbrigaden nach Brasilien zu schicken - zum Schutze bedrohter Landarbeiter. Typisch für die Anti-IWF-Aktivitäten? Solche Äußerungen sind normalerweise für Glossen gut, Krauthausen macht hier einen Baustein seiner Argumentation daraus. Verkürzte Wiedergaben von Äußerungen auf einer Podiumsdiskussion reichen dann aus, um den Vorwurf des Eurozentrismus in den Raum zu stellen. Solche Besserwisserei habe in Lateinamerika verständlicher Weise Protest erregt, weiß Krauthausen und führt dann als Beleg, man mag es kaum glauben, den brasilianischen In-

nenminister an, um schließlich zu rasonieren: "Dabei sind sich die meisten lateinamerikanischen Staatsoberhäupter durchaus des Problems der wachsenden Umweltzerstörung bewußt." Wie schön!

Um beim Beispiel Brasilien zu bleiben: Die Regierung Sarney steht für eine Politik, die die Zerstörung Amazoniens und die Vernichtung seiner Bewohner aktiv, geplant und bewußt vorangetrieben hat. Sie steht für die Vollendung eines wahnwitzigen Staudammes (Balbina), für die Förderung der Viehwirtschaft im Amazonasgebiet durch steuerliche Anreize, für das Verbrennen von Wald zur Holzkohlegewinnung (Carajas), für die Eskalation gewaltsamer Landkonflikte bei faktischer Straflosigkeit für Großgrundbesitzer, um nur einiges aufzuzählen. Die Regierung Sarney ist inzwischen völlig diskreditiert, Sarney hätte wohl, könnte er sich zur Wiederwahl stellen, Schwierigkeiten, die 1% Hürde zu überwinden. Diese Regierung hat anfang des Jahres eine Kampagne losgetreten - aufgeschreckt durch die internationalen Reaktionen auf den Mord an Chico Mendes - unter der Parole "Amazônia é Nossa". Die brasilianische Linke (mit Ausnahme der Albanien-orientierten KP) hat die Kampagne einhellig kritisiert. Die Standardantwort war: Amazonien ist längst internationalisiert, die Regierung und ihre und ihre Vorgänger haben große Teile Amazoniens an multinationale Konzerne verschachert, die Kampagne sei scheinheilig und verlogen, eine Raubbombe, der Versuch, ein brasilianisches Malvinas zu inszenieren. Die Kampagne "Amazônia é Nossa" ist ein Projekt der brasilianischen Rechten, um mit populistisch-nationalistischen Slogans das Image zu verbessern. Gerade hier hat es an absurden Vorschlägen nicht gefehlt: Der Altpopulist und Expräsident Jânio Quadros z.B. wollte eine "junge Garde" aufstellen zum Schutz des Amazonasgebietes - nicht vor Umweltzerstörung, sondern vor einer ausländischen Invasion! Die Rechte wollte einen Paradigmenwechsel in der Amazonasdiskussion erreichen: weg von Fragen der Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen hin zur Souveränitätsdebatte.

Aber die Souveränitätsdebatte ist doch enster zu nehmen als es solche rhetorischen Gefechte zunächst vermuten lassen.

Amazonien gehört uns - sagen die Militärs

Um eine Aussage zu verstehen, muß man wissen, wer spricht. Bei der Kampagne "Amazônia é Nossa" sprach eine zentralistische Regierung mit Legitimationsnöten und das Militär, es sprach nicht die zivile Gesellschaft, die Kautschukzapfer oder die Indios. Insofern ist der Slogan durchaus ernst zu nehmen. Er proklamiert den zentralistischen Anspruch gegen die Rechte und Forderungen der "povos da floresta", der Völker des Waldes. Koordinator des Programms "Nossa Natureza" war ein Militär (vgl. LN 181). Die Militarisierung des Amazonasgebietes etabliert und verfestigt eine geopolitische Strategie, die den Hampelmann Sarney überdau-

ern wird. 24% der Fläche Amazoniens (Amazônia Legal) sind in das militärisch dirigierte Programm "Calha Norte" einbezogen, das der "Entwicklung" und "nationalen Integration" der nördlichen Grenzregionen Brasiliens dienen soll. Der Chef des Militärkabinetts General Ruben Bayana Denys hat sich in den letzten Monaten immer mehr zum Sprecher der brasilianischen Amazonaspolitik gemacht und im "Diario Oficial" (10.3.89) verkündet, daß der Nationale Sicherheitsrat (offizieller Name inzwischen: Secretaria Geral do Conselho de Segurança Nacional) Untersuchungen anstellen wird mit dem Ziel "der Planung von integrierten Aktionen in der Region". Fast gleichzeitig verkündet Sarney vor den versammelten Militärministern, daß es die "Mission" der Militärs sei, Amazonien zu verteidigen (Jornal do Brasil vom 18.3.89). Die Kampagne gegen die angebliche Bedrohung der nationalen Souveränität Brasiliens war und ist offensichtlich der Flankenschutz für eine forcierte Militarisierung Amazoniens. Diese Herren meinen es durchaus ernst, wenn sie sagen "Amazônia é Nossa", ihnen dafür auch noch als quasi antiimperialistischen Kämpfer Beifall zu zollen, ist pervers. Krauthausen sieht das entscheidende Hindernis für die Verwirklichung von Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung darin, daß "sich die Macht der südamerikanischen Staatsapparate immer mehr zersplittert und privatisiert". Das unterstellt der Macht "gute" Absichten, die sie nur nicht realisieren kann. Muß man gegen solche Gedankenfiguren wirklich noch polemisieren?



Indianer: Wir sind Menschen. Wir wollen nicht ausgeschlossen werden.
Titel der Zeitschrift: Militärs diktieren den Weg der Eroberung Amazoniens.

Journalle des Geschmacks und der Moden

Amazonien ist ein Modethema - so hört man es immer wieder. Das ist durchaus vorwurfsvoll gemeint. "Für die Amazonas - Indianer interessiert sich zunehmend die internationale Showprominenz" (taz vom 14.6.89), die für ihre Selbstinszenierungen das "Alibi der guten Tat" braucht. Ja, Amazonien ist ein Modethema, Stern und Zeit sind dabei, Sting singt usw. Nur - das ist eine Aussage über unsere Presse, über unsere öffentliche Kultur und nicht über den Widerstand in Amazonien. Auch Apartheid ist ein Modethema, aber kitschige Anti-Apartheid Filme (Cry for Freedom) sind kein Argument gegen den schwarzen Widerstand. Bei Amazonien ist aber das Beklagen der Mode vielfach die Begründung, um sich mit linkem Ekel abzuwenden. Sollen sich hier doch naive Umweltschützer und ahnungslose Sängler austoben.

Es ist etwas mehr als ein Jahr her, Chico Mendes lebte noch, da war zum ersten Mal ein Kautschukzapfer in der Bundesrepublik: Raimundo Barros vom Nationalen Rat der Kautschukzapfer. Die "Kampagne für das Leben in Amazonien" hatte die Presse eingeladen. Resonanz 0, kein einziger Journalist hatte Interesse. Zum zweiten Mal war ein Kautschukzapfer zum IWF-Gegenkongreß in der BRD. Die Resonanz war etwas größer, der WDR machte ein Interview, die taz ebenfalls. Davon veröffentlicht: keine Zeile. Als dann Chico Mendes ermordet wurde, standen die Telefone bei der Kampagne nicht mehr still. Unsere "große" Presse - und die taz macht da leider keine Ausnahmen mehr - braucht medienwirksames Blut, wir wissen es ja. Nur - der Ekel überfällt mich doch, wenn ein Thema mit solchen Mechanismen hochgepuscht wird, um es dann als "Modethema" der Verachtung preiszugeben. Aber bei der Verkommenheit der linken Streitkultur regt das ja keinen mehr auf.

Thomas W. Fatheuer

**KEIN AUTO, KEIN FAHRRAD UND KEIN
URLAUB MEHR OHNE DIESEN STICKER!**

**SHELL
BETANKT
APARTHEID**

medico international will die Kampagne
»Shell betankt die Apartheid« wirkungs-
voll fortsetzen: in allen deutschen
Ländern und europaweit. Zusammen
mit allen, die schon beteiligt sind,
und den Jugendverbänden, Ge-
werkschaften, Vereinen & Grup-
pen, die wir hiermit zum großen
Mitmachen auffordern.
Die Sticker gibts für schlichte 1 DM
pro Stück, bei Orders ab 50 Expl.
für 0,50 DM pro Stück. (Ø 10 cm)
(Bei medico zusätzlich kostenloses Ma-
terial über die Apartheid in Südafrika)

Bestellungen:
medico international **asj** **BDKJ**
Obermainlage 7 Porschestraße 3 Postfach 320520
6000 Frankfurt 1 7000 Stuttgart 40 4000 Düsseldorf 30
Tel. 069/4990041/2 (Zu Medienwerbung & News Releases bitten wir um 5 Pfennig anteil dem
Stichwort »Shell angeben« auf dem medico-Konto: BDKJ Spartenkonto Postg. n. 8999 5/00 Köln)

EL SALVADOR

»Alle gegen ARENA!«

ARENA war es seit 1986 gelungen, den herrschenden Block für eine bestimmte Zeitspanne zusammenschweißen und einen modernen Parteiapparat zu installieren. Ultrarechte Kaffeebarone sahen wie die Industriebourgeoisie die Notwendigkeit, gemeinsame Interessen (weitere US-Hilfe, Krieg gegen die FMLN), zusammen mit der Armee innerhalb einer Partei zu vertreten. Doch die Allianz hat nach nur drei Monaten nach Regierungsübernahme bereits Bruchstellen; Die Kapitalflucht hält an, die Wirtschaftskrise verschärft sich, und führende ARENA-Vertreter widersprechen sich und machen sich gegenseitig in der Öffentlichkeit lächerlich. Darüberhinaus steht die Regierung einem breiten, vereinheitlichten Oppositionsblock gegenüber. Im anhaltenden strategischen, militärischen Patt zwischen dem ARENA-Faschismus und dem Volksprojekt wird jene Partei gewinnen, die die effektivsten Bündnisse schließt und die Widersprüche im Feindeslager zuzuspitzen vermag.

Auf der politisch-diplomatischen Ebene war in El Salvador das Bild der vergangenen Wochen geprägt vom zentralamerikanischen Gipfel in Tela, Honduras, vom 5. bis 7. August und den daraus folgenden Auseinandersetzungen. Neben dem Hauptpunkt, der "Demobilisierung" der nicaraguanischen Contra ist der Konflikt in El Salvador erstmals auf die Tagesordnung gekommen. Die kriegführenden Parteien wurden gedrängt, in einen Dialog einzutreten, um einen "gerechten und dauerhaften Frieden" zu erlangen. Dies bewertete die FMLN zurecht als einen politischen Sieg, da sie mit diesen Formulierungen als eine politisch-militärische Kraft anerkannt wurde, mit der zu verhandeln sei.

Ein "neuer dummer Junge"?

Kaum ist Cristiani wieder in San Salvador, bricht an den Beschlüssen von Tela der interne ARENA-Streit wieder auf (Vgl. LN 183/184): Parteichef und Bürgermeister der Hauptstadt, Calderón Sol, sagt, es würde keine Machtquote mit der FMLN verhandelt werden. Verteidigungsminister Larios kommentiert den Gipfel: "Eine neue Schweinebucht!" und: "Was sollen wir mit der FMLN verhandeln? Es gibt nichts zu verhandeln." Wie sie früher die Christdemokraten als "dumme Jungen" bezeichnet haben, verspotten die Ultrarechten nun ihren eigenen Präsidenten in der Öffentlichkeit, da auch er nun beginnt, "sich von der Guerilla einschüchtern und betrügen" zu lassen und von diesem "unsinnigen Dialog" zu reden.



Verhandlungen - Dialog - Gespräche?

Seit etlichen Wochen läuft in den Medien die Diskussion darüber, wie denn nun die Kommission zu besetzen sei, die sich mit der FMLN treffen soll. ARENA hat offensichtlich vor, die möglicherweise im September stattfindende Zusammenkunft mit der Befreiungsbewegung niedrig zu hängen und die Kommission mit geringen Kompetenzen auszustatten. Als Mitglieder sollen jeweils Vertreter der drei Staatsgewalten nominiert werden, also dem Parlament, der Regierung und dem Höchsten Gerichtshof, wobei Cristiani nicht selbst mit von der Partie sein wird. Das Spektrum von FMLN bis zur Christdemokratischen Partei (PDC) kritisiert heftig, daß niemand von der Armee teilnehmen wird, da sie ein Machtzentrum darstellt, ohne das ein realer Dialog nicht stattfinden kann. Aus diesen Gesprächen wird, wenn sie denn stattfinden, vermutlich nichts bis gar nichts herauskommen.

Verhandelt wird schon lange

Aber die von der FMLN seit dem 24. Januar diesen Jahres massiv vertretene Orientierung auf den Dialog (Wahlvorschlag der FMLN) bedeutet viel mehr als Diskussionen mit der ARENA-Regierung; denn verhandelt wird schon lange und zwar auf fast allen Ebenen. Große Bedeutung dabei hat der Einigungsprozeß der verschiedenen Gewerkschaftsverbände. So hat sich die UNOC - einst als christ-

demokratischer, "gelber" Gewerkschaftsverband gegen die UNTS aus der Taufe gehoben - der UNTS angenähert und ruft mit ihm gemeinsam zu Aktionen auf und denunziert die Repression, z.B. gegen Angehörige der Kooperativenbewegung.

Dieser Prozeß findet seine Entsprechung auf der Ebene der Oppositionsparteien. Die PDC und die Regierungspartei der 70er Jahre, die PCN, kämpfen um das politische Überleben. Ihr Profil können sie nur in einer eindeutigen Ablehnung der ARENA-Regierung beweisen, und diese treibt sie in die Arme der Convergencia Democrática (CD), einem Wahlbündnis, das fast mit der FDR identisch ist. Diese Parteien haben sich zum wiederholten Mal in Mexiko mit Vertretern der Guerilla getroffen. Danach haben sie in weiten Teilen die Argumentation der FMLN übernommen, z.B. was die Auseinandersetzung um die "Dialogkommission" angeht. Die Hegemonie über dieses noch lose Bündnis scheint eindeutig bei der CD zu liegen.

International ist die FMLN ebenfalls in der Offensive. In den letzten Monaten wurden FMLN-Vertreter von mehreren lateinamerikanischen Präsidenten empfangen; in New York trafen sie mit der UNO zusammen, um das Engagement dieser Weltorganisation im salvadorianischen Konflikt anzuregen (, in einer Zeit, als Roberto d'Abuissou von den USA das Einreisevisum verweigert wurde).

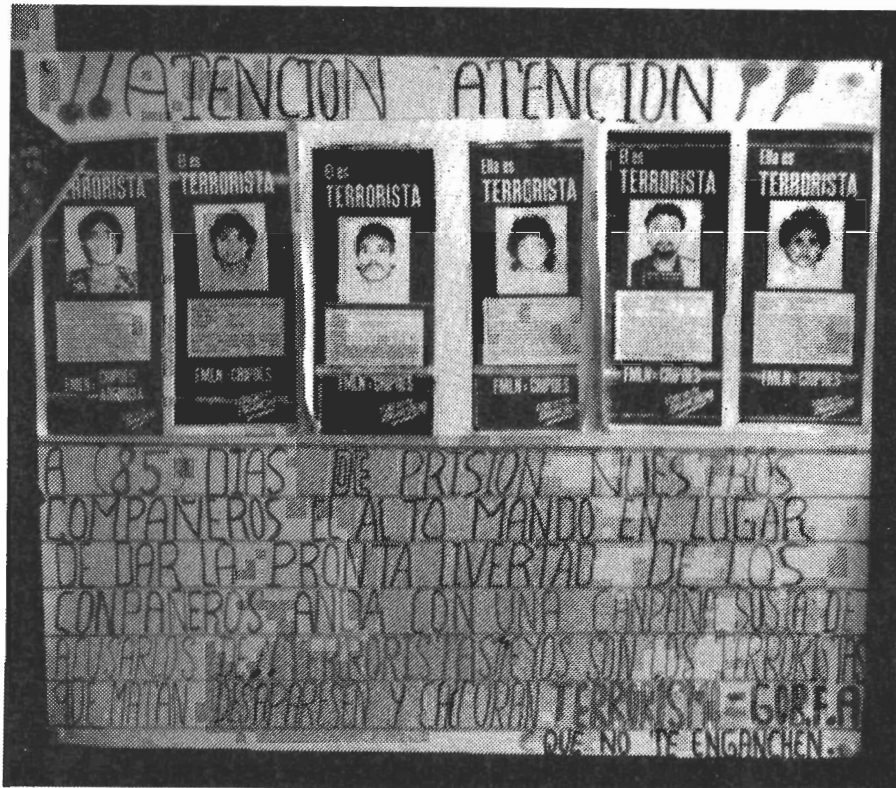
All diese Aktivitäten gehorchen einer Logik, die die FMLN auch niemandem verschweigt: Sie versuchen, alle sozialen Kräfte für das Volksprojekt zusammenzuziehen (acumulación de fuerzas), was für ARENA nichts anderes bedeutet als die zunehmende Isolation.

Militärische Situation

Die regelmäßigen Verlautbarungen des Generalstabes, man sei dem Sieg über die FMLN nahe, beantwortet die Guerilla umgehend mit Angriffen auf Kasernen, Hinterhalten und Gefechten, in denen die Armee Terrain verliert. Nach Angaben der Presse fügte die FMLN den Streitkräften im August 690 Verluste zu (Tote und Verletzte), 15 Hubschrauber wurden beschädigt und 10 Fahrzeuge zerstört. Im Osten des Landes marschieren die Soldaten zig Kilometer über die Straßen, um ins Kriegsgebiet zukommen, weil offensichtlich die Gefahr, mit einem Militärtransporter in einen Hinterhalt zu geraten, zu groß ist. Kommt es zu Gefechten, dauert es oft Stunden, bis die Luftwaffe zur Unterstützung kommt, was an Überlastung liegen kann oder an internen Schwierigkeiten der verschiedenen Militärabteilungen. Häufig müssen die Kriegsverletzten viele Stunden oder länger darauf warten, bis sie abtransportiert werden. All dies unterminiert langsam die Moral der Soldaten.

"Ein historisch durchführbares Projekt"

Seit Monaten bereits hält die FMLN den Kriegsrhythmus sowohl in den Städten, als auch in allen Landesteilen auf Hochspannung; und für September wird eine nochmalige Steigerung der Aktivitäten erwartet. Dies dient aber wohl weniger, wie es noch vor einem Jahr zu hören war, dazu, "den Aufstand vorzubereiten", den sich so viele SalvadorianerInnen gewünscht hätten (und wir?). Es geht vielmehr darum, den Absturz der ARENA-Regierung zu beschleunigen. Und man ist auf gutem Wege, denn nach nur drei Monaten ist die Regierung schon so verbraucht und gelähmt, wie die PDC nach zwei Jahren. Anders ausgedrückt, das Ziel ist es, immer



Im Büro der Organisation der Kriegsvertriebenen, CRIPDES; Text: Nach 85 Tagen der Gefangenschaft unserer Freunde beginnt der Generalstab, statt sie freizulassen, eine schmutzige Kampagne gegen sie, indem es sie beschuldigt, Terroristen zu sein. Sie sind die Terroristen, die töten, verschwindenlassen und gefangennehmen. **Terrorismus = Regierung + Armee.** Die Gefangenen sind inzwischen - nach 4 Monaten und und schwerer Folter (s.LN 183/184) wieder freigelassen worden. Sie gehörten zu den über 70 Verhafteten vom 19. April, u.a. Reina Isabel Hernandez.

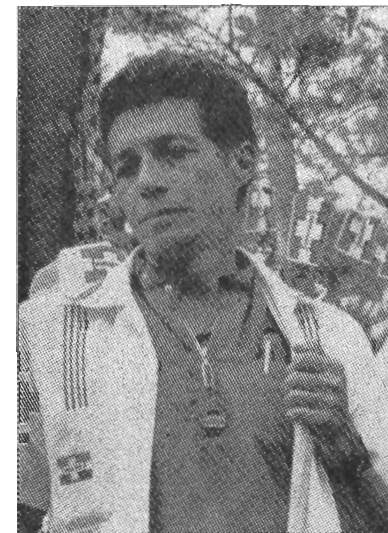
mehr Wirtschafts- und Militärssektoren aus dem herrschenden Block herauszubrechen, indem z.B. die Industriebourgeoisie erkennt, daß die von der Regierung geplanten wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen nach dem chilenischen Vorbild sie viel schmerzhafter treffen, als die Agrarexporteure. (Die Nationale Industrievereinigung, ASI, beklagt in einem Kommuniqué vom 14. August, daß der Zollabbau für Importe und Senkung der Steuervergünstigungen die nationale Industrie ungeschützt lasse und die Gefahr bestehe, nicht nur externe, sondern auch nationale Märkte zu verlieren.); indem z.B. das Militär tatsächlich mit 100% Kapazität kämpfen muß, wie die führenden Stäbe es auf dem Papier, auf den Abrechnungen seit langem tun, um die Differenz einstreichen zu können; ihre "Profitrate" nähert sich dann gegen Null.

Und dann - dann kann richtig verhandelt werden!

Was die FMLN inzwischen anstrebt, ist (nur noch?) ein "realistisches", ein "historisch durchführbares Projekt". Wer will es ihnen verdenken, angesichts des Zerfalls realsozialistischer Ideologie und der Gewißheit, daß die Sowjetunion sich in El Salvador nicht einmal wie in Nicaragua anstrengen wird?

Unverzichtbare, unverhandelbare Elemente der salvadorianischen Revolution bleiben die Agrarreform, die Beseitigung der Repressionsorgane und nationale Unabhängigkeit; dann allgemeine Gesundheitsversorgung, Alphabetisierung, Bedingungen also, unter denen die Menschen endlich ihr Potential entwickeln können, mehr nicht. Aber eines ist gewiß; Abstimmungen wie in Uruguay wird es in El Salvador nicht geben.

Ingo Melchers



d'Aubuisson, die graue Eminenz in der ARENA

EL SALVADOR LIBRE SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 17.7.1989

4.227.903,42 DM

Bisherige UnterstützerInnen:

AIB, Arbeiterkampf, Cuba SI, Ides, Ila-Info, Inprekorr, Konkret, Radio Dreyeckland, Radio Z, extraBLATT, Latelnamerika Nachrichten

Oligarchie gegen »Agrarreform«

Die 1980 begonnene Agrarreform war eine Reaktion auf die starke Volksbewegung, die seit Anfang der 70er Jahre Demokratie und strukturelle Reformen der salvadorianischen Gesellschaft forderte. Die Agrarreform ist Teil eines Aufstandsbekämpfungskonzeptes - untrennbar verbunden mit der massiven Repression gegen die Volksbewegung in der Stadt und auf dem Land (ca. 50.000 Ermordete 1979 - 1982) und dem Beginn des offenen Krieges zwischen dem Heer und der FMLN.

Die erste Phase der Agrarreform enteignete Besitz über 500 Hektar - gegen Entschädigungen an die Großgrundbesitzer, die weit über ihrem Wert lagen. Diese Entschädigungen plus aufgelaufenen Zinsen machen die »Agrarschuld« aus, die an das ISTA (s.u.) zu zahlen sind. Sie betrug 1984 bereits umgerechnet 270 Mio US-\$. Obwohl die Agrarreform nie eine wirkliche Reform war (von der 1. und 3. Phase waren nur 14,1% des Agrarlandes betroffen, die 2. Phase wurde nie durchgeführt), will die ARENA-Regierung selbst diese bescheidenen Ansätze rückgängig machen. Die Auseinandersetzungen um die Agrarreform sind exemplarisch für das Vorgehen der neuen Machthaber.

Interview mit Miguel Aleman und Eulogio Villalta, beide im Vorstand des Zusammenschlusses der (regionalen) Föderationen der Agrarreform-Kooperativen C O N F R A S (Confederacion de Federaciones de la Reforma Agraria Salvadorena) - 8. August 1989 -

M.A.: Die ARENA-Regierung ist mit einer Steigerung der Repression gegen die Kooperativ-Bewegung angetreten. Die Probleme der Kooperativen haben praktisch bereits mit der Christdemokratie begonnen. Kredite wurden verweigert, der Verkauf der Produkte ist nur an die staatlichen Institute möglich, Kooperativen werden parzelliert, die Agrarschuld ist enorm, vor dem Obersten Gerichtshof haben Verfahren gegen die Rechtmäßigkeit der Kooperativen begonnen - alles das richtet sich gegen das Kooperativen-System. Die Agrarreform in unserem Land ist bedroht, wir wissen, daß die Regierung sie weiter bedrohen wird, aber wir erklären auch, daß wir bereit sind, diese Agrarreform zu verteidigen und bereit dafür zu arbeiten, daß es eine wirkliche Agrarreform gibt.

Frage: Wie funktioniert der Verkauf der Produkte, insbesondere von Kaffee, Zucker und Baumwolle - den Produkten, die für den Export bestimmt sind und die einigermassen Gewinne einbringen?

M.A.: Die Christdemokratie hat Instanzen geschaffen, die unmittelbar an der Regierung hängen, damit sie den Kaffee

aufkaufen können - das wichtigste Exportgut, über das die meisten Devisen in unser Land kommen. Dafür wurde INCAFE (Nationales Kaffee-Institut) gegründet, für den Export von Zucker INAZUCAR (Nationales Zucker-Institut). Für die Baumwolle gab es bereits die Baumwoll-Zentrale. Das sind Instrumente in der Hand der Regierung, auf die die Kooperativen keinen Einfluß haben. Deshalb versuchen wir gerade, unsere Basis aufzuklären. Wir wollen unsere Produkte zu einem besseren Preis ins Ausland verkaufen können, damit die Gewinnspanne bei den Kooperativen bleibt - also bei denen, die produzieren. Wenn es uns gelingt, den Verkauf zugunsten der Produzenten zu organisieren, eliminieren wir damit die Ausbeutung.

Kooperativen fordern Liberalisierung

Frage: In der BRD ist immer wieder die Rede von der "Freien Marktwirtschaft", die ARENA schaffen will. Es gibt auch Kritik daran, daß diese Maßnahmen nicht zum Wohl des Volkes sind. Es scheint nun aber, daß die Auflösung dieser staatlichen Handelsinstitute für die Kooperativen Vorteile bringen kann.

E.V.: Wir wissen genau, daß Cristiani, treuer Repräsentant der Oligarchie dieses Landes, die freie Marktwirtschaft nicht aus Gerechtigkeit einzuführen versucht. Er versucht, Gesetze von staatlichen Organen verabschieden zu lassen, weil er ganz sicher ist, daß die Profite seiner eigenen Klasse zugute kommen werden. 70% der Anbauflächen von uns Bauern aus dem Agrarreform-Bereich produzieren keine Exportgüter wie Zuckerrohr, Baumwolle und Kaffee. Seine eigene Klasse exportiert diese Produkte, es ist also dieser Gedanke, der hinter der Idee des freien Exports steht. Auf der anderen Seite ist er sich sehr sicher, daß die Kooperativen, die Kaffee und Zuckerrohr anbauen, von INCAFE und INAZUCAR kontrolliert sind.

Wenn Cristiani sagt, daß seine Wirtschaftsmaßnahmen der großen Mehrheit, also uns, die wir nichts besitzen, nutzen werden, ist das falsch, ist ein Nebelschleier, der über die Wahrheit gelegt wird. Die Zinsen für Bankguthaben werden erhöht. Aber wir Bauern haben keine Sparguthaben auf der Bank. Was nützen uns hohe Erträge für Sparguthaben - die Oligarchie hat die Banken in der Hand, und die haben auch ihre Guthaben. Ihnen paßt das natürlich, daß die Regierung solche Wirtschaftsmaßnahmen einführt. Uns Bauern paßt das nicht. Denn durch die Maßnahmen steigen die Buspreise, die Preise für Düngemittel, Saatgut, Insektizide, und auch die Zinsen für die Kredite. Diese Maßnahmen bringen der Bank Vorteile - also der Ausbeuterklasse dieses Landes. Sie ersticken die Ökonomie unseres Landes.

Frage: Das größte Problem derzeit ist wohl, daß sie die Kooperativen zerstören wollen. Können Sie uns darüber berichten?

M.A.: Die Regierung versucht, den Kooperativen ihre Legalität zu entziehen. Das geschieht mit verschiedenen Mitteln. Ich möchte

aber nochmal betonen, daß das auch von der christdemokratischen Regierung versucht wurde. Kredite werden verweigert. Das Nationale Agrarreform-Institut (ISTA) verweigert zur Zeit die Empfehlungen für die Kreditvergabe. Sie beginnen jetzt damit, die Ländereien, die von den Kooperativen nicht bearbeitet werden (wg. der Verweigerung von Krediten d.Ü.), in Parzellen aufzuteilen, um die Kooperativen auf diesem Weg zu zerstören. (Säumige Zahler sind zudem von der Landwirtschaftsbank mit Enteignung bedroht. d.Ü.) Oder sie versuchen über den Obersten Gerichtshof den Kooperativen ihre Legalität abzuspochen. Mit solchen Mitteln, die sie legal nennen, versuchen sie den Kooperativ-Bereich zu zerstören. Ein konkretes Beispiel für das Vorgehen von ARENA: sie wollen, daß sich die Kooperativisten mit den ehemaligen Großgrundbesitzern zusammensetzen und über den Preis für das Land verhandeln. Wir



Keine Kredite, keine Beratung. Stattdessen leiden die Kooperativen von El Salvador unter einer Repression, die auf allen Ebenen ansetzt: Die Maßnahmen reichen von Finanzboykott, ökonomischen Druck und juristischer Enteignung bis hin zum offenen Terror durch Anhänger der Todesschwadronen.

sagen den Kooperativisten, daß sie sich für dieses Manöver nicht hergeben sollen. Die Kooperativisten können sich nicht mit den Ex-Besitzern und der Regierung zusammensetzen, weil es überhaupt keine Mittel gibt, um das Land zu bezahlen. Es ist eine volksfeindliche Maßnahme, die die Kooperativen dazu zwingen soll, über etwas zu verhandeln, was sie über ein Gesetz zugeteilt bekommen haben. Wir haben den Großgrundbesitzern nichts weggenommen, deshalb können wir mit ihnen auch nicht über den Wert des Landes verhandeln. Die Regierung hat ihnen das Land weggenommen, also sollen sie mit der Regierung verhandeln. Wir haben der Regierung auch gesagt, daß sie gerechte Preise zahlen soll. Wir fordern im Moment von der Regierung einen Aufschub von 10 Jahren - von 1990 bis zum Jahr 2000. In diesen Jahren sollen keinerlei Schulden der Kooperativen bezahlt werden, sondern sie sollen Kredite, technische Hilfe und die Möglichkeit zum freien Verkauf ihrer Güter erhalten. Wenn es diese Bedingungen gibt, werden wir bessere Erträge erzielen - und danach kann über die Abzahlung der Schulden gesprochen werden. Vorher werden wir nicht

über die Agrarschuld verhandeln. Wir werden sie nicht bezahlen - nicht weil wir es nicht wollen, sondern weil wir es nicht können - wegen der Behandlung, die uns die Regierung zuteil werden läßt...

Frage: Wir haben gehört, daß es bereits sechs Kooperativen gibt, denen der Oberste Gerichtshof das Recht auf ihr Land zugunsten der Ex-Grundbesitzer abgesprochen hat. Grundlage dafür sind Tricks und gefälschte Grundbuch-Eintragungen. Wie sehen die konkreten Drohungen gegen diese Kooperativen aus und wie wollen Sie gegen diese "legalen" Maßnahmen der Regierung vorgehen.

Das höchste Gericht gegen die Kooperativen

M.A.: Wir versuchen erstmal, auf der legalen Ebene dagegen vorzugehen. Alle Kooperativen, die derzeit bedroht sind, haben ihrerseits eine Eingabe beim Obersten Gerichtshof gemacht und gegen die Urteile Einspruch erhoben. Bisher ist keine der Kooperativen, denen das Existenzrecht abgesprochen wurde, an die alten Besitzer zurückgegeben worden. Wir sind keine radikalen Leute, aber diese Art von Gesetzen und Urteilen gegen die Kooperativen werden wir nicht respektieren - wir werden diese Gesetze zurückweisen und das Land verteidigen.

Vor kurzem wurde eines unserer Mitglieder des Kooperativverbandes des Ostens (FECORAO), Jose Joaquin Gonzalez Vazquez, ermordet. Er wurde am 15. Juni auf der Kaffee-Kooperative La Esperanza in San Miguel von Soldaten der 3. Brigade festgenommen und am 17. Juni der Nationalpolizei in San Miguel übergeben. Am 20. Juni wurde er in seiner Zelle aufgehängt gefunden. Wir haben zwar ein Verfahren angestrengt, aber leider bisher nicht herausfinden können, wer ihn aufgehängt hat.

Frage: Am 1. August soll D'Aubuisson mit Bewaffneten in einer Kooperative aufgetaucht sein. Können Sie darüber berichten?

E.V.: Die Kooperativ-Bewegung wird im Moment von bewaffneten ARENA-Leuten regelrecht unterdrückt. Der erste Fall war der Kooperative Betania bei Zacatecoluca im Departement San Vicente. Der gesamte Verwaltungsrat der Kooperative ist der Verfolgung durch Soldaten des Ingenieur-Battillons ausgesetzt. Es wurde ihnen gesagt, daß sie bombardiert werden, wenn sie die Kooperative nicht verlassen. Das geschieht auf Befehl von Cristiani, schließlich ist er der Chef des Heeres.

Am 1. August gab es auf der Kooperative El Espino eine Vollversammlung, bei der über die Verweigerung der Empfehlung für die Kreditvergabe durch ISTA diskutiert wurde. Um 9.30 Uhr kam D'Aubuisson mit ca. 70 Bewaffneten in Zivilkleidung in diese Versammlung und forderte Namen und Adressen der Kooperativen-Leitung. Er sagte dann, daß er der Versammlung vorsitzen werde. Er drohte der Leitung. Daß er da einfach auftaucht, ohne jegliche Einladung, ist Teil der Repression gegen die Kooperativen, die unter dem Druck des Urteils des Obersten Gerichtshofs stehen.

Am nächsten Tag tauchte D'Aubuisson auf der Kooperative Las Lachas im Departement Santa Ana auf - wieder mit dieser Gruppe von Bewaffneten und drohte der Leitung.

Einen weiteren Tag später tauchte er mit dem Präsidenten des ISTA auf der Kooperative Atasis auf und verhielt sich in gleicher Weise.

Der Herr D'Aubuisson ist der wichtigste Beauftragte der Großgrundbesitzer dieses Landes, um direkt die Kooperativen zu unterdrücken. Sie wissen genau, daß die Kooperative zurückweicht, wenn ihre Leitung unterdrückt, verhaftet, ermordet wird.

PDC-Agrarreform verfassungswidrig?

Frage: Die Regierung Cristiani erklärt immer, daß sie streng nach den Gesetzen des Landes handelt. Im Moment ist die Rede davon, das gesamte Agrar-Reform-Gesetz vom Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig erklären zu lassen.

M.A.: Alles, was ARENA derzeit im Namen der Gesetze zu tun vorgibt, ist illegal. Es geht gegen die Interessen der Bauern dieses leidenden Volkes. Wir haben immer wieder gesagt, daß die Agrarreform zum Aufstandsbekämpfungsplan gehört und das es ihr Ziel ist, das Kooperativ-Wesen zu zerstören. Sie wissen genau, daß wir Kooperativisten vereint für unsere Rechte kämpfen werden - und das paßt ihnen nicht. Deshalb versuchen sie, Gesetze gegen die Kooperativisten zu erlassen. Aber Sie können darauf vertrauen, daß wir diese Gesetze nicht respektieren werden und sie bekämpfen werden. ARENA ist der Feind Nummer Eins des salvadorianischen Volkes.

Recht auf Aufstand

E.V.: Cristiani ist als treuer Repräsentant der Oligarchie daran interessiert, alle (Volks-) Organisationen in diesem Land zu zerstören. Er weiß genau, daß wir, die wir in Gewerkschaften etc. organisiert sind, die Kraft und Möglichkeit haben, jede Regierung zu stürzen. Er hat gegenüber den Companeros der Nationalen Debatte (breites Oppositions-Forum von Volksorganisationen, verschiedenen Kirchen, Universitäten, neuerdings auch Christdemokraten) klar gesagt, daß er vor allem die Volksbewegung zerstören will. Das wird er nicht erreichen. Das werden wir uns nicht gefallen lassen. Das Volk hat bisher von verschiedenen Mitteln noch keinen Gebrauch gemacht - so z.B. vom Artikel 87 der Verfassung (Recht auf Aufstand zur Verteidigung der Verfassung, d.Ü). Doch wenn er mit dieser Art Gesetzen weiter macht, werden wir zu einem allgemeinen Aufstand gezwungen sein. Die Verfassung autorisiert uns dazu. Die Volksorganisationen wird er nicht zerstören - auch wenn er die Repression noch verschärft. Uns ist nur zu klar, in welcher Ausbeutung wir leben.

MITTELAMERIKA/USA

Geistliche Kriegsführung niedriger Intensität

Protestantismus und Aufstandsbekämpfung

"In dankbarer Anerkennung Ihres hervorragenden Beitrages zum Vorankommen der Operationen im Bereich der besonderen Kriegsführung durch die vielen Spenden, die von Ihrer Organisation geleistet wurden zugunsten der Notleidenden der Welt. Ihr Harry C. Anderholt." Die kleine Ehrentafel schmückt nach Angaben des Cleveland Plain Dealers das Büro der evangelikalen World Medical Relief. Der Unterzeichner war Brigadegeneral der Air-Force im Indochina Krieg. Die Hilfsgüter wurden von der US-Air-Force nach Laos geflogen zur Unterstützung eines irregulären Kampfverbandes, den die CIA aus Angehörigen des Stammes der Meo gebildet hatte. World Medical Relief - heute etwas mehr auf Distanz zur US-Regierung - hat in den frühen siebziger Jahren den militärischen Kräften zur Aufstandsbekämpfung zugearbeitet im gemeinsamen Interesse der Bekämpfung des Kommunismus.

Von "Verschwörung" kirchlicher und militärischer Kräfte der USA im Interesse der Bekämpfung von Freiheitsbewegungen in Mittelamerika ist in den letzten zehn Jahren verstärkt die Rede; besonders im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Protestantismus. Gelegentlich wird gar sein starkes Wachstum in der Region aus seiner Unterstützung durch die CIA abgeleitet. Diese etwas hilflose, häufig von katholischen Amtsträgern vorgeschlagene Erklärung verkennt die soziale Dynamik Mittelamerikas und die Fähigkeit verschiedener Strömungen des Protestantismus, die sozialen Veränderungen religiös aufzugreifen. Wenngleich die Zunahme des Protestantismus in Mittelamerika nicht auf geheimdienstliche Operationen zurückgeführt werden kann, so kommt es dennoch immer häufiger zur Aufdeckung direkter Zusammenarbeit evangelikaler Institutionen mit Geheimdiensten und Militär. In einen der letzten, besonders eklatanten Fälle ist Oberstleutnant Oliver North höchstpersönlich verwickelt. Er war es, der - nach Informationen Sara Diamonds und des Research Center, Albuquerque - den Gründer des Gospel Crusade (Evangeliumsfeldzug) und der Christian Embassy (auch im Jesus-Haus, Düsseldorf, vertreten) Gerald Derstine und seinen Sohn Phil mit den Contras in Honduras in Verbindung gebracht hat; Gospel Crusade versorgt seither die Contras mit privaten Hilfsgütern. Mit anderen Organisationen habe North, so Derstine zu Sara Diamond, die gleichen Übereinkünfte. In den Derstines, in Youth With a Mission (Jugend mit einer Mission), in Campus Crusade for Christ (Campus für Christus) und einer großen Zahl anderer, weniger bekannter Organisationen und Gruppen der religiösen Rechten haben Geheimdienste und Militär der USA und Lateinamerikas enge Verbündete.

Das Interesse der US-Regierung am militärisch verwertbaren Einsatz religiöser Institutionen und an der Berücksichtigung religiöser Vorstellungen in der sogenannten psychologischen Kriegsführung hat nach dem Zweiten Weltkrieg stark zugenommen. Durch die in den fünfziger Jahren in der Dritten Welt verstärkt auftretende Strategie des Guerillakrieges sind die Militärs genötigt, mehr Ressourcen auf das Verstehen der psychischen Voraussetzungen einer Bevölkerung und auf deren Beeinflussung zu verwenden. Die militärpsychologische Auseinandersetzung mit der Religion wird zunehmend wissenschaftlich und in den Rahmen der neuentwickelten Strategie zur "Aufstandsbekämpfung" gestellt.

Die Entwicklung der Aufstandsbekämpfung

Das zivil-militärische Konzept der "Aufstandsbekämpfung" (Counterinsurgency) stellt dabei ein wissenschaftlich geplantes System aus mehreren militärischen und nicht-militärischen Elementen dar. Militärische Übergriffe von z.T. extremer Grausamkeit gegen die Zivilbevölkerung werden - verteilt auf verschiedene Truppenteile und Situationen - mit sozialen "Entwicklungsprogrammen" und Propagandakampagnen unter Einsatz aller verfügbaren ideologischen Mittel kombiniert. Nach Probeläufen auf den Philippinen, in Malaya und in Griechenland wurde das Konzept der Aufstandsbekämpfung unter dem Eindruck der cubanischen Revolution in den sechziger Jahren stark verbessert und in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auch auf Guatemala angewandt.



Die eine Seite der 'Counterinsurgency' - extreme Grausamkeit.

In Vietnam erlitt diese Militärdoktrin eine schwere Niederlage. Wenig beachtet in den siebziger Jahren wurde sie erst unter Reagan wieder aufgenommen und weiterentwickelt, vor allem um die Komponente der Kriegführung niedriger Intensität (Low Intensity Conflict, LIC). Ebenso wurde das Studium der Religion in Lateinamerika als eines Schlüsselfaktors der gesellschaftlichen Entwicklung intensiviert. Eine von der Rockefeller-Stiftung finanzierte Tagung an der Notre-Dame-Universität in New York analysiert 1964 die Frage des Verhältnisses von Religion und sozialem Wandel in Lateinamerika - soweit dem Autor bekannt zum ersten mal - in großem Rahmen und unter Beteiligung von namhaften meist konservativen Theologen und Religionssoziologen. 1969 stellt der Report einer Sonderkommission des US-Vizepräsidenten Nelson Rockefeller nach einer Lateinamerika-Reise fest, daß Kirche und Militär als die wichtigsten Kräfte des "sozialen, ökonomischen und politischen Wandels" besonders zu beachten seien. Kurz darauf erscheint eine vom US-Verteidigungsministerium in Auftrag gegebene Studie, in der die konservative Rand Corporation dem "Wandel der katholischen Kirche" nachgeht. Hier wird der zu erwartende politische Wandel explizit in Zusammenhang gebracht mit dem Ausbrechen der Kirche aus anti-kommunistischen Denk- und Handlungsmustern. Die Militärplaner haben zu dieser Zeit die

Religion schon längst in ihre Strategien einbezogen. In Guatemala ist eine detaillierte Analyse der schichtenspezifischen religiösen Bedingungen nach Aussage des ehemaligen Pressereferenten des guatemalteckischen Innenministers Elias Barahona schon in den sechziger Jahren durchgeführt worden. Dies entspricht den militärischen Planungsvorgaben aus den Zentren der Entwicklung der Aufstandsbekämpfung wie etwa Fort Bragg. Hier - etwa in den Planungshandbüchern 31-16 und 31-176 - wird die Religion bei der Gebietsbewertung berücksichtigt und zur Beachtung bei der Planung von psychologischen Operationen empfohlen.

Der Untersuchungsausschuß unter dem Vorsitz von Senator Frank Church zu geheimdienstlichen Tätigkeiten der Regierung stellte 1976 den "direkten operationellen Gebrauch von 21 (US-amerikanischen) Individuen" aus dem Feld der Religion fest - die Individuen anderer Nationalität nicht gerechnet. Gebraucht wurden diese für Nachrichtenbeschaffung und verdeckte Aktionen. Zur Nachrichtengewinnung wurden nach Informationen der gemäßigt evangelikalen Zeitschrift Christianity Today (hier zitiert nach Sara Diamond) in den frühen siebziger Jahren nahezu alle Mitarbeiter des in den USA ansässigen argentinischen Massenpredigers Luis Palau regelmäßig von der CIA nach Informationen befragt. Das Blatt schätzt 1975, daß etwa 10 bis 25% aller US-Missionare Informationen an die CIA weitergegeben hätten. Die problemgebeutelte US-Außenpolitik hält sich allerdings in den siebziger Jahren zurück mit der Erstellung neuer Analysen und Handlungsmodelle hinsichtlich religiöser Fragen in Lateinamerika. Erst 1980 schlägt ein außenpolitisches Strategiepapier, welches auf die Regierung Reagan einen starken Einfluß erhalten sollte, einen bisher ungewohnt scharfen Ton an. Das sog. Santa-Fe-Papier (nach dem Tagungsort der Planungsgruppe) stellt fest: "Die Außenpolitik der USA muß damit beginnen, der Theologie der Befreiung wie sie in Lateinamerika durch den Klerus der Theologie der Befreiung angewendet wird, zu begegnen (und nicht nur im Nachhinein zu reagieren)." Mit diesem bekannten Text ist im Zuge der allgemeinen Wiederaufrüstung der US-Geheimdienste auch ein verstärktes Wiederaufnehmen der Operationen auf dem Feld der Religion angezeigt. Zum einen meint dies die Analyse und Bekämpfung der christlichen Basisbewegung wie es die Dokumente der "XVII Konferenz der Amerikanischen Armeen, 1987" (*) deutlich machen; zum anderen verweist es auf die Instrumentalisierung der Religion für die psychologische Kriegführung. Im vorliegenden Beitrag steht letzteres zur Debatte.

Die protestantischen Akteure in Mittelamerika

Instrumentalisierung von Religion ist nicht unbedingt auf die Mitarbeit von kirchlichen Akteuren angewiesen. Es kann sich auch um die Manipulation mit religiösen Vorstellungen in den Medien handeln. In diesem Sinne hat die CIA die nicaraguanische Oppositionszeitung "La Prensa" nach dem Sieg der sandinistischen Revolution benutzt, ähnlich wie den "Mercurio" in Chile unter der Regierung Allende und den "Daily Gleaner" in Jamaica während Michael Manleys Regierungszeit. Der Einsatz religiöser Manipulation ist dabei in Nicaragua besonders stark. (*) Diese Form der ideologischen Manipulation ist freilich unabhängig von kirchlicher Vermittlung. Sie bedarf lediglich der Bereitschaft zur Mitarbeit der Zeitungsmacher und/oder hinreichend Bestechungssummen. In Guatemala hat sich, mit der großen Trinity Broadcast aus Californien im Rücken, eine neopfingstlich dominierte Fernsehstation etabliert. Der Canal 21 bringt vor allem Teleevangalisation nach US-Strickmuster. Die Nachrichtensendungen bezieht er zum größten Teil aus dem Informationsservice der US-Botschaft in Guatemala. Eine noch darüber hinausgehende Einnordung des Senders auf politische Interessen der US-Regierung ist eigentlich kaum noch denkbar.

Es stellt sich im Zusammenhang dieses Artikels die weitergehende Frage nach den kirchlichen, genauer: den protestantischen Akteuren im Einsatz von Religion für die Zwecke der Aufstandsbekämpfung in Mittelamerika sowie die Frage nach deren Motivation. Es ist hinlänglich bekannt, daß bei der Agentenwerbung oft mit Geld gearbeitet wird. Dies ist freilich im Bereich religiöser

Institutionen aufgrund der relativ starken moralischen Bindung der Akteure und einer gewissen Sehnsucht nach der Reinheit der Motive eine zweiseitige Angelegenheit. Eine Handvoll Dollars würden viele Kirchenleute sicher empört zurückweisen, auch wenn sie durchaus zum Schutze der US-amerikanischen Interessen in der Dritten Welt beizutragen bereit wären. Umso wichtiger sind daher die Mechanismen, die die religiösen Überzeugungen und Energien für die Zwecke der Aufstandsbekämpfung mobilisieren bzw. kanalisieren, und solche, die die Bestechung mit religiösen Inhalten vermitteln.

Am deutlichsten liegt die Motivation bei den neopfingstlichen Kirchen zutage. Diese setzen sich fast ausschließlich aus (Industrie-) Bourgeoisie und der ihr verbundenen Mittelschicht zusammen, aus Teilen der Gesellschaft also, denen ohnehin daran liegt, die verarmten Massen unter Kontrolle zu halten. Es liegt sozusagen in ihrem wohlverstandenen Interesse, der Aufstandsbekämpfung zur Hand zu gehen. Sie wird verstanden als Teil eines kosmischen Kampfes zwischen Gott und dem Teufel. Da ist es geradezu selbstverständlich, aktiv auf der Seite Gottes gegen den Kommunismus sich einzusetzen. Die großen parakirchlichen Missionsorganisationen der USA schwenken im Laufe der achtziger Jahre immer deutlicher auf diese Linie ein, selbst wenn sie einer anderen Tradition als der neopfingstlichen entstammen.

Die traditionellen Pfingstkirchen und die fundamentalistischen Kirchen, deren Mitglieder hauptsächlich den unterdrückten Massen angehören, leiten ihre Anhänger im allgemeinen in die politische Passivität und sind so indirekt der Aufstandsbekämpfung dienlich. Diese Tatsache entspringt freilich vor allem der Dynamik, die die religiösen Vorstellungen im Zusammenspiel mit den gesellschaftlichen Bedingungen erzeugen. Sie ist - jedenfalls was die Pastoren und Gemeinden auf dem Lande und in den Vorstädten angeht - nicht als Resultat politischer Überzeugung oder gar Berechnung aufzufassen, und schon garnicht als Resultat von Bestechung. Das Abdrängen der Massen in die Passivität ist hier zunächst und vor allem die gesellschaftliche Funktion einer religiösen Überzeugung. Dies heißt natürlich nicht, daß diese Tatsache nicht von politischen und militärischen Planern berücksichtigt werden kann. Zudem ist zu beachten, daß die Glaubenssysteme der etablierten (also der größeren mit einem gewissen Grad an Bürokratisierung) fundamentalistischen und Pfingstkirchen durch eine strenge hierarchische Kontrolle festgelegt und abgesichert sind. (Dies verhält sich anders bei den kleinen Pfingstsekten, deren religiöse Produktion mehr oder weniger unkontrolliert "vor Ort" entsteht.) Die strenge Hierarchie in bezug auf die Glaubenssysteme und die kirchliche Organisation ermöglicht den zentralen religiösen Planern verschiedene Arten von Manipulation. Die Hefte mit den Inhalten für die Lehrgottesdienste am Sonntag (Sonntagsschule) der Asambleas de Dios (Assemblies of God) etwa werden zentral in den USA auf spanisch produziert und müssen dann im gesamten spanischsprachigen Lateinamerika in jeder Gemeinde verpflichtend behandelt werden. Dies stellt eine extrem starke Möglichkeit zur direkten Einflußnahme der Zentralplaner auf die Mitglieder dar; sie übertrifft jede religiöse Manipulation von Nachrichtenmedien. Es ist kaum vorstellbar, daß das Material nicht mit politischem Kalkül genutzt wird, zumal die Zentrale in den USA vehement prokapitalistisch die Politik der Reaganschen Rechten unterstützt. (Eine eingehende Analyse des Materials unter diesem Gesichtspunkt hat der Verfasser allerdings noch nicht vorgenommen und kann deshalb keine verbindlichen Aussagen darüber machen.) Eine zweite Form der Manipulation, die durch die streng autoritäre Struktur der etablierten fundamentalistischen und Pfingstkirchen begünstigt wird, ist die allseits bekannte Auslese der linientreuen Leute durch raschen Aufstieg in der Hierarchie. Die Hoffnung auf einen gewissen sozialen Aufstieg ist bei vielen der armen Pastoren verständlicherweise eine begleitende Motivation für die Berufswahl. Diese Hoffnung kann durch entsprechende Stimuli von seiten der Kirchenleitungen und - vor allem - von seiten der sogenannten parakirchlichen Missionsorganisationen wie etwa Campus Crusade for Christ (Campus für Christus), Youth with a Mission (Jugend mit einer Mission) oder auch World Vision zu einer handfesten Ausrichtung der Personen auf eine Karriere in autoritären kirchlichen Strukturen sein. Ein starker Akzent, der von diesen Organisationen im letzten Jahrzehnt

auf die Herausbildung von Führungskräften (Leadership Training, nach dem Prinzip der hierarchischen Organisation von Wirtschaftsunternehmen) auf jeder Ebene der Kirchen gelegt wurde, trägt zum einen dazu bei, die Karriereorientierung bei den Individuen zu verstärken und zum anderen, die autoritären Strukturen in sich zu festigen und auszubauen. Auf diese Weise wird Bestechung vermittelt über das symbolische - und erst in zweiter Linie materielle - Gut des Aufstiegs in der Hierarchie der Diener des Herrn. Die Aussicht auf Aufstieg verführt so zum einstimmen in die "von oben" vorgelegten Inhalte und Aktionen. Dazu kommt in der Mittelschicht, der Teile der historischen und fundamentalistischen Kirchen angehören, oftmals die Furcht um den bescheidenen Wohlstand angesichts drohender Umstürze hinzu, vermischt mit einer alten, vom Readers Digest genährten Kommunistenfurcht.

Das Interesse der herrschenden Politiker und Militärs der USA und Lateinamerikas geht dahin, die Kirchen in ihrer Verschiedenheit einzubinden in eine zivil-militärische Gesamtstrategie zur Erhaltung des status quo der sogenannten "nationalen Sicherheit" bzw. zu deren Wiederherstellung. Von besonderer Bedeutung sind dabei die allgemeine ideologische Beeinflussung der Bevölkerung, der ersatzweise Einsatz religiöser Organisationen, wo den staatlichen US-amerikanischen Stellen die Hände gebunden sind - etwa bei der Finanzierung der nicaraguanischen Contra - und die direkte Einbindung in die sogenannte "zivile Aktion" innerhalb der militärischen Aufstandsbekämpfung.

Ideologische Beeinflussung

Die allgemeine ideologische Beeinflussung kann an die vorhandenen religiösen Vorstellungen der protestantischen Bevölkerung weitgehend anknüpfen. Eine deutliche Tendenz besteht freilich darin, möglichst flächendeckend - also auch bei den Unterdrückten - die Assoziationsreihe von

Gott - Teufel

USA - Kommunismus

Militär - Guerilla

zu verfestigen und die Mitglieder der Kirchen unter dieser Voraussetzung politisch zu aktivieren. (Vgl. Kasten 1)

Die Evangelischen haben sich schlecht benommen in dem Sinne daß sie, wenn sie nicht gar als Kämpfer auf der Seite des Heeres handeln, so doch zumindest durch die Theologie, durch die Lehre mit der Armee zusammenarbeiten. Das heißt, wenn sie das Wort Kommunismus auch nur hören, dann stehen ihnen die Haare zu Berge und sie bekommen es mit der Angst zu tun. (...) Und die Pastoren predigen so: Brüder, diese Subversion, von der man hört, das ist die Bestie, die nicht will, daß wir an Gott glauben. Seien wir Gott dankbar dafür, daß wir in einem demokratischen Land leben dürfen, wo man das Wort Gottes predigt. Und nehmt Euch in acht! Bitten wir den Herr, daß Gott uns nicht in die Hände des Kommunismus fallen läßt! (Interview des Verfassers mit einem indigenen Mitglied der Asambleas de Dios; ein armer Bauer, der im Widerstand aktiv ist.)

Die hemisphärische Ausrichtung wird von den neopfingstlichen Kirchen voll unterstützt und in politische Aktivität im Sinne der Festigung der US-Dominanz über die Wirtschaft Mittelamerikas umgesetzt. Vor allem in der Propaganda in den USA zur Unterstützung des Rios Montt Regimes tritt diese Position deutlich zutage. Hier wird offen die Frage des Zugriffs auf die lateinamerikanischen Rohstoffe angesprochen. Guatemala sei, so wird der Privatsekretär des neopfingstlichen guatemaltekischen Ex-Präsidenten Rios Montt, Francisco Bianchi, in der Zeitschrift der Maranatha Campus Ministries zitiert, nur eine "Zwischenstation auf dem Weg (der Marxisten) zu den mexikanischen Ölfeldern". In einem mittlerweile weit verbreiteten Rundbrief der Führung der Kirche Rios Montts, El Verbo, in dem diese um Unterstützung für dessen Aufstandsbekämpfung bittet, heißt es: "Indem wir so handeln (die Wahrheit verkünden und Rios Montt helfen) werden wir die Stellung der Marxisten schwächen und ihre Fähigkeit mindern, sich Guatemalas reiche Vorräte an Öl, Titanium und anderer wertvoller Ressourcen zunutze zu machen." Desgleichen wird natürlich auch die Unterstützung der Contra in Nicaragua als ein heroischer Kampf gegen den Kommunismus und den Teufel aufgefaßt und dargestellt.

In Mittelamerika kommt es darauf an, die in den Kirchen vorhandenen religiösen Vorstellungen im Sinne der oben genannten Gegensatzreihe zu entwickeln bzw. zuzuspitzen. Rev. Geoff Donnan von den Carribean Christian Ministries etwa nutzt, wie Sara Diamond berichtet, den Respekt der sandinistischen Regierung vor der Religionsfreiheit auf seine Weise: Er versucht u.a. durch die Bereitstellung von Unterrichtsmaterial für protestantische Schulen, den nicaraguanischen Protestanten die Unterscheidung zwischen "satanischer 'Befreiungstheologie' und dem wahren befreienden Evangelium" geläufig zu machen. Autor eines geplanten Geschichtsbuches ist der Exil-Nicaraguaner Humberto Belli, dessen erstes Buch über Nicaragua nach Aussagen des Contra-Führers Edgar Chamorro von der CIA finanziert worden ist.

In Guatemala wirkt als neopfingstlicher Vordenker der US-Bürger, ehemalige Green Barrett und Vietnam-Veteran John Carrette. Als Besitzer zweier Hotels (man fragt sich, wieso sein Geld ihn nicht wie so viele Andere vor dem Einsatz in Vietnam gerettet hat) und aktives Mitglied der neopfingstlichen Shekinah-Kirche sowie der Full Gospel Businessmens Fellowship verbringt Carrette einen großen Teil seiner Zeit mit religiösen Aktivitäten: Er organisiert Evangelisierungsfeldzüge der Shekinah gegen den Kommunismus in El Salvador, trommelt vor dem Putsch Rios Montts 1982 Pastoren zum Gebet für die nationale Errettung zusammen, gründet die Gruppe der "Fürbittenden für Guatemala", organisiert Veranstaltungen der Businessmens Fellowship, finanziert zu einem Teil die Hilfs- und Missionierungsorganisation für indigene Bevölkerung (ASIDE), lehrt an einer von Gerald Derstines Gospel Crusade eröffneten Evangelistenschule und publiziert reichlich politisch-religiöse Traktate und Büchlein. Carrette ist einer der neopfingstlichen Vordenker im Sinne der aggressiven dualistischen Weltanschauung der Aufstandsbekämpfung insofern er sich in seinen Schriften wie kein anderer bemüht, die politischen Geschehnisse auf den Reim des "geistlichen Kampfes" zwischen Gott und dem Satan zu bringen; und er ist einer der ersten Protestanten in Guatemala gewesen, die von der Hoffnung auf die Entrückung der Kirche aus der Welt auf die Lehre vom Entscheidungskampf zwischen Gott und dem Satan in der Welt gekommen sind. Seit der Regierung Rios Montt und den politischen Bemühungen des neopfingstlichen Präsidentschaftskandidaten (1985) Jorge Serrano Elias gehört Carrette zu denjenigen, die stark auf politisches Engagement und politische Wirksamkeit neopfingstlicher Kirchen drängen. Was den restlichen Protestantismus, genauer gesagt die armen indigenen Protestanten angeht, so rät Carrette, nach Informationen des Resource Center, auf einer Versammlung der ASIDE dringend, daß indigene Pastoren selbst keinerlei politische Kandidaten vorschlagen, unterstützen oder finanzieren sollen. Daß John Carrette seine Aktivitäten für einen Dienstherrn in den USA ausführt, kann ihm freilich bisher nicht zwingend nachgewiesen werden.

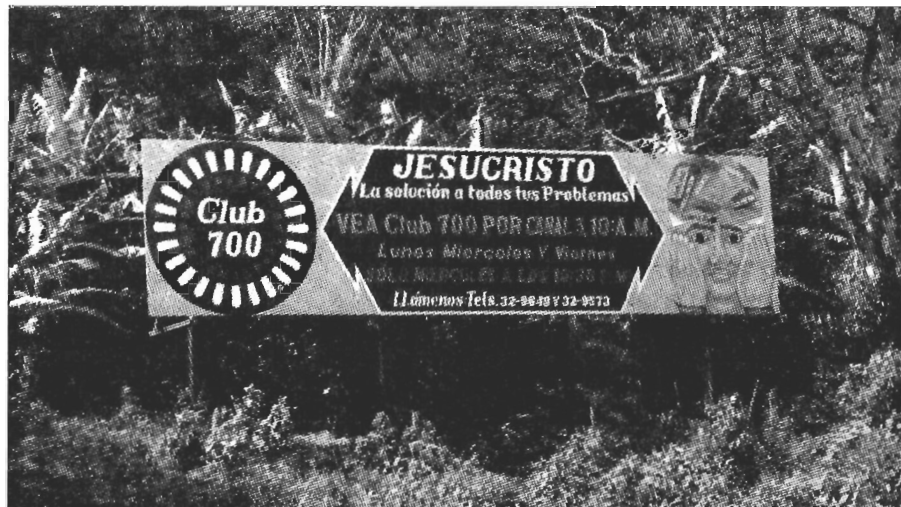
Einspringen für Regierungsstellen

Der ersatzweise Einsatz religiöser Organisationen für lahmgelegte Regierungsstellen spielt 1982 und 1983 in der Unterstützung der guatemaltekischen Regierung Rios Montt aus den USA eine große Rolle. Rios Montt machte mit einer extrem grausamen Aufstandsbekämpfung international von sich reden. Aufgrund der Menschenrechtslage in Guatemala konnte der US-Kongress keine Unterstützung für Rios's Regierung freigeben. Rios Montts Regierung nutzt aber derweil die Chance, über die Verquickung von Neopfingstertum und wichtigen politischen Positionen in den eigenen Reihen, die religiöse Rechte und die US-Regierung vereint zu mobilisieren. Im Juni 1982 trifft der Privatsekretär Rios Montts, Francisco Bianchi, in der Privatresidenz des US-amerikanischen UNO Botschafters Middendorf auf die Herren Edwin Meese, Reagans damaligen Chefberater, Frederic Chapin, US-Botschafter in Guatemala, James Watt, Innenminister und aktives Mitglied der Assamblies of God, Pat Robertson, Fernsehprediger und Inhaber des größten protestantischen Teleimperiums (CBN), und Jerry Falwell, aggressiver Wortführer der fundamentalistischen Moral Majority. Das Treffen bleibt nicht ohne Folgen. Weitere Konsultationen werden von El-Verbo-Bbeauftragten Bob Means periodisch mit Ed Meese und James Watt durchgeführt. Im Oktober kommt es nach Berichten von Maranatha Campus Ministries zu einem Planungstreffen im State Departement, auf dem Vertreter der religiösen Rechten mit Beamten des Außenministeriums gemeinsam Aktionen zur Unterstützung der Regierung Rios Montt aushecken. Soweit berichtet, ist die religiöse Rechte wiederum durch Pat Robertson vertreten sowie durch Maranatha Campus Ministries und Youth with a Mission (Jugend mit einer Mission); die guatemaltekische Regierung schickte wiederum Bianchi. Großangelegte Hilfsgütersammlungen für Rios Montt, so wurde verabredet, sollten zum Teil die ausbleibende staatliche Hilfe aus den USA ersetzen; zugleich sollten sie in den USA einen Propagandaeffekt haben, der es der Regierung erleichtern würde, erneute Militär- und Wirtschaftshilfe im Kongress durchzudrücken. Als psychologische Operation im Rahmen der Aufstandsbekämpfung wird die Aktion auch im Hinblick auf die guatemaltekische Bevölkerung gesehen; Pat Robertson formuliert, nach einem Bericht in der Zeitschrift des Maranatha Campus Ministries, auf der Sitzung im State Department den Propagandaeffekt wie folgt: "Wir wollen, daß Menschen in Guatemala ein sichtbares Zeugnis einer neuen Regierung sehen, die auf Mitleid und Liebe aufgebaut ist."

Die Regierung Rios Montt wird 1983 mit Unterstützung der USA selbst wieder beseitigt; das Modell der verteilten Rollen in der Kriegführung niedriger Intensität hat freilich in bezug auf Nicaragua in den USA reichlich Anwendung gefunden. Die finanzielle und propagandistische Hilfe der Organisation Pat Robertsons für die Contra ist nur die Spitze eines Eisbergs. An der honuranisch-nicaraguanischen Grenze operiert eine Vielzahl mittlerer und kleiner US-Missionen, die alle nur das eine wollen: Nicaragua vom Kommunismus befreien. Sara Diamond beschreibt die strategischen Vorteile kleiner religiöser Gruppierungen für große Vorhaben der (illegalen) Kriegführung niedriger Intensität: "Verfasst als religiöse Körperschaften müssen sie ihre Finanzen nicht offenlegen. Sollte eine kleine Operation einmal wegen eines Vergehens in Verurteilung und/oder wegen direkter Verbindungen zur US-Regierung, so ist gleich eine andere da, um ihren Platz einzunehmen. Die bloße Zahl der 'christlichen Werke' (ministries) mit Sitz in den USA macht es sehr schwierig, ihre Aktivitäten im Auge zu behalten." (NACLA, Report on the Americas, XXII/5, Sept./Oct. 1988, S. 32) Auf diese Weise marschiert die nicaraguanische Contra zum Mord an nicaraguanischen Zivilisten in nagelneuen Kampfstiefeln, produziert in einer Fabrik, die Missionaren von Youth With a Mission gehört, und ausgeliefert durch die Christian Emergency Relief Teams (CERT), in deren Zentrale das Contra-Führungsmitglied Joseph Douglas arbeitet. Besser kann es die Regierung garnicht machen.

Entwicklungshilfe

Auf diese Weise sind US-Hilfsorganisationen in die Logistik des Krieges niedriger Intensität integriert. Die direkte Einbindung religiöser Körperschaften in die Aufstandsbekämpfung geht über die Logistik hinaus. Sie haben einen besonderen Ort vor allem in der zweiten Phase der idealtypischen Aufstandsbekämpfung. Nachdem in der ersten Phase durch kompromißlose Vernichtung aller zivilen Guerillasympatisanten und durch Terroroperationen gegen die Zivilbevölkerung die Basis der Guerilla in der Bevölkerung physisch zerrüttet worden ist, geht es in der zweiten Phase um die "effektive Trennung der Guerilla von der Bevölkerung". (Jochen Hippler: Krieg im Frieden, Köln, Pahl-Rugenstein, S. 54 f.) Francisco Bianchi, leitendes Mitglied bei El Verbo und Privatsekretär Rios Montts drückt das so aus: "Die Guerilla weiß, wenn wir das Volk gewinnen, ist sie verloren." Die sogenannte "Civic Action" zielt auf eine kontrollierte Reorganisation der sozialen Systeme der Zivilbevölkerung: Wiederansiedlung in leicht kontrollierbaren Siedlungen, Blockwartssysteme, Indoktrinierung und materielle Hilfeleistungen sollen gleichzeitig die Regierung als helfende Hand darstellen und die Kontrolle der Bevölkerung garantieren. Diese Aktivitäten werden vom Militär durch eine zentrale Koordination auf nationaler und dezentrale Koordination auf lokaler Ebene nach militärischen Gesichtspunkten geplant und überwacht. Im Rahmen solcher Programmatik dient, wie etwa in Guatemala unter Rios Montt, die Nahrungsmittelhilfe dazu, der indigenen Bevölkerung für die Mitarbeit an militärischen Straßenbauprogrammen Nahrungsmittel auszuteilen; die Bereitstellung von Baumaterialien ermöglicht die Errichtung lagerähnlicher Wehrdörfer, in denen die Bevölkerung genau kontrolliert werden kann. Die Zentralstelle in Guatemala ist das Komitee des Nationalen Wiederaufbaus (CRN), welches spätestens seit 1983 mit starker Unterstützung durch die US-AID arbeitet. Die Regierungsagentur für Entwicklungshilfe US-AID wiederum koordiniert ihre Aktivitäten jeweils länderspezifisch mit den zuständigen US-Militärstellen und der jeweiligen CIA Station. US-AID drängt die Hilfsorganisationen verständlicherweise zur Zusammenarbeit mit der CRN. Seit dem Beginn der Aufstandsbekämpfung unter Rios Montt beteiligen sich eine große Zahl von protestantischen Hilfsorganisationen an der Zuarbeit zur Civic Action. Von seiten ne-



Jesus Christus - die Lösung für alle deine Probleme...



...aber auf ihn allein will man sich auch nicht verlassen

opfungstlicher Organisationen, etwa aus dem Umfeld von El Verbo, wird diese Möglichkeit zum "humanitären Engagement" begierig aufgegriffen. Eine Reihe protestantischer Hilfsorganisationen lehnt es freilich ab, in den Gebieten der Aufstandsbekämpfung und unter Koordination der CRN zu arbeiten. Einige große Organisationen, die mit der CRN zusammenarbeiten und auch nach Rios Montt noch am Ball bleiben, sind u.a. Youth With a Mission, AMG-International (die mit der deutschen Kindernothilfe zusammenarbeitet), World Vision, Globe Mission Evangelism und die Heilsarmee; die katholische Caritas der Erzdiözese ist übrigens auch mit von der Partie.

Über die Tatsache der direkten Zuarbeit zu den zivilen Maßnahmen der Aufstandsbekämpfung hinaus hat die Arbeit der meisten protestantischen Hilfsorganisationen noch einen längerfristigen stützenden Effekt für die militärisch-politische "Befriedung". Es liegt im Interesse des Militärs, Hilfeleistungen an die Bevölkerung mit einem Höchstmaß an Kontrolle und einem Mindestmaß an Selbstorganisation der Betroffenen zu verbinden. Dies zu gewährleisten, sind die Programme vor allem der neopfungstlichen Hilfsorganisationen gut geeignet. Auf diese trifft in einem noch viel höheren Maße zu, was eine Analyse der neuen Trends bei den nicht regierungsgebundenen Entwicklungshilfeträgern (Nongovernmental Organizations, NGO) insgesamt feststellt: "Im Gegensatz zu einem großen Teil der Entwicklungsarbeit in den sechziger und siebziger Jahren, zeigt sich nun eine deutliche Abwesenheit von Kirchen und NGOs in den Bereichen der Organisation von Kooperativen, der Weiterbildung von Bauern und der Volksbildung. Stattdessen konzentriert sich die meiste Arbeit der NGOs auf auf dem niedrigen Niveau der Bereitstellung humanitärer Nothilfe sowie auf die Werbung und Unterstützung für Kleinunternehmen und nichttraditionelle Exportproduktion." (***) Diese Praxis deckt sich mit den Vorgaben der US-

AID für das indigene Hochland Guatemalas: "AID sagt, daß der Schwerpunkt der Arbeit nicht mehr auf den Armen, sondern auf den 'kleinen kommerziellen und potentiell kommerziellen Farmern' liegen werde". (***) Anstatt also die Selbstorganisation und eigenständige Befriedigung der Grundbedürfnisse anzuspornen zielt die Entwicklungsstrategie auf Vereinzelung der Bevölkerung als konkurrierende Kleinstkapitalisten und ihre Unterwerfung unter die Bedingungen des abhängigen Marktes.

Die Umstellung von Grundnahrungsmittelproduktion auf Exportgüterproduktion macht die Landbevölkerung abhängig von Nahrungsmittelkäufen und höchst anfällig für die Schwankungen des Marktes. Darüberhinaus läuft diese Umstellung auf eine wirksamere militärische Kontrolle der Bevölkerung bzw. der Guerilla hinaus, denn ein großer logistischer Vorteil der Guerilla besteht ja darin, daß sie von der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgt wird. Der Schwerpunkt auf des neuen Hilfspraxis auf Bildung und Unterstützung von kapitalistischen Kleinbetrieben und Konkurrenz unter den Armen bewirkt nach Aussage eines erfahrenen Gemeinwesenarbeiters aus Guatemala, "daß die einzige Art voranzukommen die ist, den Nachbarn zu überholen.... Wirkliche Entwicklung muß aber ein Konzept der gemeinschaftlichen Reflexion, des Verstehens der gemeinsamen Probleme und gemeinsames Engagement einschließen". (***)

Die neopfingstlichen Hilfsprojekte haben denn auch keine "wirkliche Entwicklung" der indigenen Gemeinschaften und der Kleinbauern im Auge, sondern die Umsetzung ihrer Gesellschafts- und Politikkonzepte durch Hilfsprojekte: der armen Bevölkerung, der potentiellen Volksbewegung, neoliberale Marktwirtschaft und antikommunistisch orientierte militärische Kontrolle aufzudrücken. In diesem Sinne bezeichnet sich die El Verbo verbundene International Lovelift als "Amerikas wirkungsvollsten Beitrag zur Sache der Freiheit in der romanischen Welt". (***) Und die von El Verbo/Lovelift koordinierten kirchlichen Aktivitäten im Rahmen der Civic Action unter der Regierung Rios Montt zielt nach Darstellung des beteiligten Marantha Campus Ministriés darauf ab, "dem Kommunismus in diesem mittelamerikanischen Land einen Strich durch die Rechnung zu machen". Die Adressaten der Hilfe sind Opfer der Kontrolle und bloßes Mittel zur Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft. Aus dieser Perspektive verwundert es überhaupt nicht, wenn der neopfingstliche General Rios Montt im Interview mit der deutschen Journalistin Viola Schmid Sozialarbeit als Nebensache bezeichnet: "Frage: Macht die El Verbo Kirche irgendeine Sozialarbeit? Antwort: Was gibt es Besseres als Christus zu predigen, um uns vom Sozialismus zu befreien! Frage: Ich denke an medizinische Hilfe, Hilfgelder, Entwicklungsprogramme... Antwort: Eine humanistische Religiosität also! Wir haben umständehalber Gesundheitsposten und dieses ganze Zeug. Aber das ist nicht das, was uns interessiert." Die Gesundheitsposten sind im ideologischen und politischen Kampf gegen den teuflischen Sozialismus ebenso sekundär und aus bloßem taktischen Zwang entstanden wie die die Civic Action Programme innerhalb der militärischen Aufstandsbekämpfung.

Informationsbeschaffung

Im Rahmen der Aufstandsbekämpfung spielt die Kenntnis der Einstellungen in der Bevölkerung und ihres Handelns eine große Rolle. Hier sind die militärischen Stellen stark auf Zuarbeit aus der Bevölkerung angewiesen, und Kirchengemeinden - gleich ob katholisch oder protestantisch - sind Orte der Konzentration und des Austausches der Bevölkerung. Sie sind somit von besonderem Interesse für das Militär und werden mit Spitzeln durchsetzt. Freiwillige Zusammenarbeit mit dem Militär ist aus einer ganzen Reihe von Kirchen belegt. Ein Mitglied der Asambleas de Dios, das im Widerstand tätig ist, berichtet: "Ja da arbeiten welche als Spitzel. Es hat Orte gegeben, an denen die Evangelischen selbst ganze Familien ausgeliefert haben, alle, Frauen und Kinder; die sind dann in die Militärkasernen verschleppt worden." (Interview mit dem Verfasser). Aufgrund ihres Zugangs zu Mitgliederlisten - bei der Elim-Kirche in Guatemala nach Mög-

lichkeit sogar mit einem Photo des Mitgliedes - und ihrem Überblick über die Gemeinden ist natürlich die Zusammenarbeit mit Pastoren für das Militär besonders interessant. Die kirchlichen Aktivitäten vermitteln den Pastoren und kirchlichen Mitarbeitern oft ein genaueres Bild einer Personengruppe oder eines Ortes, als ihn Armeeingehörige oder außenstehende Zivilisten gewinnen können. Deshalb sind Erkenntnisse aus diesem Personenkreis von hohem Interesse für die konkrete Operationsplanung des Militärs. Und auch hier gibt es immer wieder bereitwillige Zusammenarbeit. In der presbyterianischen Kirche etwa fertigte ein Pastor Listen verdächtiger Gemeindeglieder und Amtsbrüder für das Militär an. Wie ein Augenzeuge dem Verfasser berichtete, haben Gemeinmediakone aus den Asambleas de Dios bei ihrer Missionsarbeit in den Weilern des guatemalteckischen Departements Chimaltenango verdächtige Personengruppen und Weiler dem Militär gemeldet und damit wesentlich und willentlich Massaker verursacht.

Eine weitere Form der Informationsgewinnung für die Kräfte der Aufstandsbekämpfung ist die Einladung von kirchlichen Funktionären, die für genügend offen gehalten werden, zu Gesprächen mit US-Dienststellen. Der Geschäftsführer der Hilfs- und Evangelisationsorganisation für Indigenas (ASIDE), Domingo Güitz, berichtete dem Verfasser 1985 in einem Interview von einer solchen Einladung an ihn. Zu Zeiten harter Kämpfe in Guatemala sei er vom State Departement anlässlich des Besuches von Henry Kissinger in Mittelamerika nach Washington zu Gesprächen eingeladen worden. Er sei hingefahren, und die Beamten hätten Einzelheiten über die von ASIDE betreuten Gebiete wissen wollen. Er habe ihnen aber nichts erzählt.

Religiöse und theologische Erfahrungen und Kenntnisse machen Mitglieder aus protestantischen Kirchen auch zu wertvollen potentiellen Mitarbeitern bei der Informationsgewinnung durch die Folter und der Einschätzung der Position von Gefangenen unter der Folter. Gemäß einer in der costaricanischen Zeitschrift Polémica abgedruckten Aussage des Opfers wurde der protestantische Pastor Clemente Díaz Aguilar irrtümlich gefangen genommen und gefoltert. (Deutsch siehe ***) An den Folterungen waren Mitglieder neopfingstlicher Kirchen (Elim und/oder El Verbo) beteiligt. Diese stellten ihm spezifische Fragen zu den biblischen Schwerpunktthemen der Befreiungstheologie, um so seine theologische und politische Position unter der Folter zu ermitteln.

In der Zeit von Lucas nahmen (Mitglieder protestantischer Gemeinden) teil an Massakern in den Weilern. Sie legten Feuer an die Hütten und den Mais und sie vergewaltigten Mädchen und töteten die Bauern. (...) Einige von ihnen waren aus den Asambleas de Dios und anderen gehörten zu Betesda. Eigentlich haben sich Leute aus fast allen evangelischen Denominationen an diesen Sachen beteiligt. (...) Und die Pastoren haben davon gewußt, aber sie haben nicht viel darauf geachtet, denn sie wußten, daß diese Leute auf der Seite der staatlichen Autoritäten standen. Aber wenn sie einen Jugendlichen aus der Kirche beim Fußballspielen erwischen, dann rufen sie ihn zur Ordnung. (Interview des Verfassers mit einem indigenen Mitglied der Asambleas de Dios; ein armer Bauer, der im Widerstand aktiv ist.)

Als sich dann herausstellte, daß sie ihn mit einer anderen Person verwechselt hatten, erklärten sie ihre Tätigkeit damit, daß sie gegen den Kommunismus zu kämpfen hätten, der ja bekanntlich der Teufel selber sei.

Moralische Aufrüstung

Eine besondere Funktion der religiösen Ideologie in der Aufstandsbekämpfung besteht darin, daß sie Gewissenkonflikte Einzelner angesichts der extremen Gewaltanwendung zerstreuen kann. Der pfingstliche Bauer aus dem Widerstand stellt im Interview diese Funktion auf der Ebene der unmittelbaren Erfahrung in seinem Dorf dar: "Ich will sagen, daß die Theologie eine

Gewalt ist, die nicht direkt ist, sie ist leise. Sie (die Pastoren) treiben (die Gewalt) voran, aber zugleich doch nicht - man spürt nichts. Denn genau das ist dort (im Dorf) passiert bei einigen Brüdern (der Asamblea de Dios, HS) die in die Weiler gegangen sind; sie haben sich wie Soldaten angezogen und sie gingen los. Sie haben dort Leute getötet. Als sie zurück waren, sagte ihnen ihr Gewissen, daß das nicht in Ordnung war, was sie getan hatten, daß das nicht gut war. Dann sagt aber der Pastor: 'Nein Brüder, lobt ruhig Gott, denn ihr habt einen guten Dienst für den Herrn getan.'" (Interview mit dem Verfasser) Die besagten Männer sind Diakone aus der Gemeinde; sie haben in den umliegenden Weilern vermeintliche Sympatisanten der Guerilla und deren Familien getötet. Der Pastor arbeitet nach Aussage des Interviewpartners eng mit dem Militär zusammen. Bei diesen Diakonen müssen die Bedenken erst durch den Pastor zerstreut werden; bei den neopfingstlichen Folterern liegt dagegen die Rechtfertigung der Gewalt von vornherein in einer bereits gefestigten religiösen Ideologie und wird von ihnen selbst geleistet. Dies kommt der Lösung des psychologischen Problems, das die Gewaltanwendung für die militärischen Planer bedeutet, sehr entgegen.

In der Aufstandsbekämpfung bzw. der Kriegsführung niedriger Intensität ist rationelles, gezieltes und grausames Töten von unbewaffneten Zivilisten - "chirurgische" Schläge - von großer Bedeutung. Hierbei spielen in der Rechtfertigung der Operationen und der psychologischen Bewältigung der Einsätze durch die Mannschaften Ausgrenzungsideologien eine große Rolle. Diese grenzen den Gegner - etwa als "Kommunisten" - aus einer bestimmten, als richtig empfundenen menschlichen Gemeinschaft aus und lassen ihn als tötungswürdigen "Untermenschen" erscheinen.

Der ehemalige Mitarbeiter im guatemaltekischen Innenministerium, Elias Barahona, sagt aus, er habe seit Ende der sechziger Jahre in seinem Kontakt mit Angehörigen der guatemaltekischen Armee beobachtet, daß sie von Ausbildungskursen in Aufstandsbekämpfung selbst konvertiert zurückgekommen seien. Damit sei ein Bewußtseinswandel in bezug auf ihre militärischen Aufgaben verbunden gewesen. Sie hätten gesagt: "Wenn wir töten, und töten einen Kommunisten, dann haben wir nicht gesündigt." So legitimieren auch Mitglieder der El Verbo Kirche und der Regierung Rios Montt sowie das Militär die Greuelthaten gegen die Zivilbevölkerung. Francisco Bianchi vor Journalisten in Guatemala zur Ermordung von unbewaffneten Zivilisten: "Die Indios sind Subversive. Es ist klar, daß sie getötet werden müssen, denn sie arbeiten mit der Subversion zusammen. Später heißt es dann, daß unschuldige Leute umgebracht wurden. Aber die waren nicht unschuldig; sie hatten sich an die Subversion verdingt."

Doch selbst wenn die zu tötenden Personen als "Untermenschen" erscheinen, bleibt ihnen doch immer noch Menschliches. Das Problem der menschlichen Tötungshemmung gegenüber hilflosen Zivilisten bleibt infolgedessen eine dauernde Sorge der Planer von Aufstandsbekämpfung. Ein Handbuch der US-Armee über Guerillabekämpfung aus den sechziger Jahren (FM 31-16) formuliert das Problem wie folgt: "Die in Operationen gegen die Guerilla eingesetzten Truppen sind dauerndem moralischen und psychologischen Druck ausgesetzt, der zum Teil entspringt aus: 1. Der natürlichen Barriere des Soldaten vor dem Bekämpfen von Frauen, Kindern und Alten, die möglicherweise die Guerillaaktivitäten unterstützen..." Die Bemühungen der Militärpsychologie gehen dahin, wie Peter Watson in einer tiefgreifenden Analyse des militärischen Ge- und Mißbrauchs von Psychologie feststellt, immer effektivere Propagandamethoden zu ersinnen, um den Gegner zu entmenslichen.

Es liegt auf der Hand, daß die beste Herabsetzung der menschlichen Tötungsschwelle dann erfolgt, wenn der Feind mit dem absoluten Bösen ineins gesetzt wird; wenn die Soldaten also gegen den Teufel kämpfen und das Bild dieses Teufels in ihren alltäglichen religiösen Vorstellungen möglichst stark gegenwärtig ist. Es ist somit für die Aufstandsbekämpfung eine wichtige Sache, wenn, lt. Resource Center, Albuquerque, in den letzten Jahren verstärkt Materialien an-

tikommunistischer Missionsgesellschaften in lateinamerikanischen Militärakademien eingesetzt werden. Ein Pastor der El Verbo Kirche bringt dies, gemäß der Wiedergabe in *Polémica*, im Dezember 1982 vor einer Gruppe von Journalisten auf die folgende Formel: "Die Armee bringt nicht die Indigenas um, sondern massakriert die Dämonen, denn die Indios sind von Dämonen besessen, sie sind Kommunisten." Gleiches wird auch den Soldaten gepredigt. Sara Diamond zitiert aus einem Blättchen der neopfingstlichen Paralife Ministries aus Texas, daß einer der Missionare, John Steer, Soldaten der salvadorianischen Armee wie folgt gepredigt habe: "Töten aus bloßer Lust daran ist falsch. Aber das zur Bekämpfung eines antichristlichen Systems, des Kommunismus, notwendige Töten ist nicht nur richtig sondern die Pflicht eines jeden Christen."

Heinrich Schäfer

*) Auf deutsch, siehe: Ulrich Duchrow, Gert Eisenbürger, Jochen Hippler (Hg.): *Totaler Krieg gegen die Armen*. München, Kaiser 1989.

**) Vgl. Fred Landis: *CIA Medienoperationen in Chile, Nicaragua und Jamaica*. In: Günter Neuberger; Michael Opperskalski: *CIA in Mittelamerika*, Bornheim, Lamuv 1983, S. 39 ff.

***) The Inter-Hemispheric Education Resource Center: *Private Organizations with US-Connections*, Guatemala. Albuquerque, NM, 1988

****) Heinrich Schäfer: *Befreiung vom Fundamentalismus. Entstehung einer neuen kirchlichen Praxis im Protestantismus Guatemalas*. Münster, edition liberación, 1988, S. 102 f.

Kurznachrichten

EL SALVADOR

FMLN-Kriegsversehrte besetzen die Kathedrale

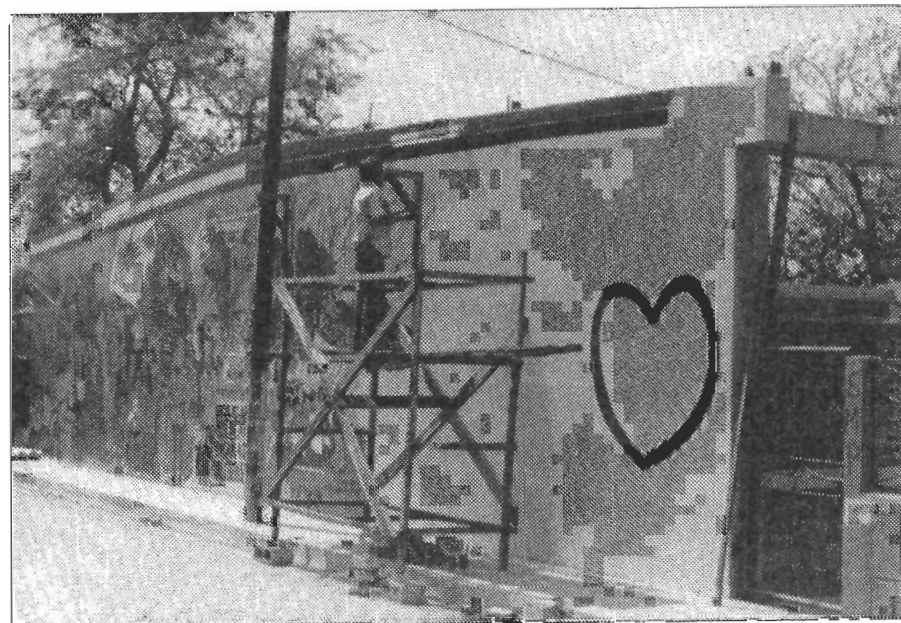
Seit dem 20. August schmückt eine Fahne der FMLN die Kathedrale. 25 von über 120 Kriegsverletzten besetzten das Gebäude, um die Einhaltung einer Vereinbarung mit der vorangegangenen Regierung einzufordern, nach der Kriegsversehrte das Recht haben, wegen medizinischer Versorgung legal auszureisen. Darüberhinaus ist es in den Genfer Abkommen völkerrechtlich abgesichert, daß Kriegsverletzte zu diesem Zweck das Land unbehelligt zu verlassen. Die Regierung will diese Frage als Verhandlungsmasse in die kommenden Gespräche mit der FMLN einbringen.

CHILE

Mord an MIR-Führer

Am 4. September ist in Santiago der MIR-Führer Jacar Negme auf offener Straße aus einem fahrenden Auto ermordet worden; tags darauf bekannten sich in Anrufen an eine Rundfunkstation zwei faschistische Kommandos zu dem Anschlag. Ihre Namen wecken Assoziationen. Die Gruppe "11. September" (Jahrestag des Putsches) wählte die Rune der SS als Symbol; die 2. Gruppe, die "Schwarzhemden", verweist auf die italienischen Faschisten. Mehr als einen Racheakt für einen ermordeten Polizisten, wie die Anrufer behaupten, scheint es sich um einen Versuch zu handeln, das politische Klima für den kommenden Wahlkampf anzuheizen.

Bilder der Revolution



NICARAGUA/KULTUR

10 Jahre Literatur libre

Die II. Internationale Buchmesse in Managua

"Die Revolution hat aus Nicaragua ein Land der Bücher gemacht", betitelte etwas übereifrig die Tageszeitung "Nuevo Diario". Nein, das Manna fällt nicht vom Himmel und in Nicaragua schon gar nicht; Papier ist knapp und die Wirtschaftskrise trifft die Verlage – und die LeserInnen – hart. Umso eindrucksvoller war die zweite internationale Buchmesse, die vom 20.–25. Juli Schriftsteller, Verleger und vor allem Regale voller Bücher aus 43 Ländern in Managua zusammenbrachte.

Das bunte internationale Spektrum reichte vom ewig leeren Stand Nord-Koreas, den wädelang einzig die blauen Bände "Gesammelte Werke Kim II Sung" zierten bis hin zum "Editorial Venceremos" der salvadorianischen Guerilla, von dänischen Kinderbüchern (in dänisch!) bis zu den unablässig laufenden Video-Filmen mit afrikanischer Musik, die dem Stand Angolas eine ständige Besuchertraube sicherten. Einen interessanten Wandel demonstrierte übrigens die US-Botschaft: Hatte sie sich bei der ersten Buchmesse vor zwei Jahren noch allein dem Vertrieb anti-sandinistischer Propaganda gewidmet, stellte sie nun ihre Regale voll mit einer lieblosen Auswahl von "neutralen" Literatur und Wissenschaftsbüchern, die im Anschluß an die Buchmesse doch tatsächlich der Nationalbibliothek gestiftet werden.

Aus Nicaragua selbst hatte praktisch das ganze Panorama von wissenschaftlichen und sozialen Instituten, Zeitschriften und christlichen Gruppen einen Stand auf der Buchmesse. Der größte Andrang herrschte allerdings bei den Neuerscheinungen der beiden nicaraguanischen Verlage, "Vanguardia" und "Nueva Nicaragua". Das ist zum einen das neue Buch von Omar Cabezas "Una Canción de Amor para los Hombres" (Ein Liebeslied für die Menschen/die Männer). Cabezas, einer der sandinistischen "Comandantes" und kein "Schriftsteller" im eigentlichen Sinne, legt damit sein zweites Buch vor. Sein erstes, die autobiographische Schilderung des Guerilla-Krieges (deutsch: "Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera"; Peter Hammer Verlag) hatte nach seinem Erscheinen 1982 weltweit – sogar in den USA – spektakulären Erfolg gehabt. Und zum anderen – auch dies wieder ein autobiographisches Buch eines sandinistischen "Comandantes" – "La Paciente Impaciencia" (Die geduldige Ungeduld) von Tomás Borge, dem derzeitigen Innenminister Nicaraguas (sieht Interview in LN 183/184). "La Paciente Impaciencia" beginnt im ersten Satz mit dem Tod Winnetous und endet mit dem Tod Carlos Fonsecas, dem historischen Führer der

Frente Sandinista de Liberación Nacional. Und zwischen diesen beiden Toden schreibt Borge über sein Leben, über seine Jugend, die Gründung der FSLN, den Kampf gegen die Diktatur Somozas, über Nicaragua.

Es ist diese "Testimonio"-Literatur - das (auto-)biographische Erzählen der Revolution, des Krieges, der jüngsten Geschichte, die die aktuelle Literatur Nicaraguas dominiert. Auch das neue Buch "La Marca del Zorro" (Die Fährte des Zorro), das der Schriftsteller und Vize-Präsident der Republik Sergio Ramírez auf der Buchmesse vorgestellt hat, ist ein solches "Testimonio".

"Testimonio ist eine Notwendigkeit, zu erzählen, nicht nur für den, der erzählt, sondern auch für die, die sich erzählt fühlen", sagt die Generalsekretärin des nicaraguanischen Schriftstellerverbandes, Michèle Najlis. "Die Opposition wirft uns vor, daß diese Testimonio-Literatur "einfach" wäre. Doch damit versteckt sie nur eine Wirklichkeit, die viel pathetischer ist: Daß sie zu diesem Thema nichts zu sagen hat. Sie hat den Krieg nicht geführt, sie war nicht in der Verteidigung, die drückt sich vor dem Militärdienst. Das ist ein pseudo-intellektuelle Fassade."

Dennoch, hätte ein "Buch der Buchmesse" gewählt werden müssen, so wäre es wohl keines der "Testimonios" der drei Politiker geworden, sondern ein Roman, der bereits im vergangenen Herbst in der Bundesrepublik erschienen ist und aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erst in diesem Jahr in Nicaragua selbst gedruckt werden konnte: "La Mujer Habitada" der 41-jährigen Gioconda Belli (Bewohnte Frau; Peter Hammer Verlag).

Am 19. Juli feierte Nicaragua den 10. Jahrestag der sandinistischen Revolution, am 20. Juli wurde die zweite internationale Buchmesse Nicaragua 89 eröffnet. Sie war alles andere als eine Jubelfeier der Literatur, ein kulturelles Defilée revolutionärer Errungenschaften. Sie war aktiver Austausch, Kultur im Präsens. In den aktuellen Publikationen der diversen Organisationen und Institutionen, in den so unterschiedlichen Ständen aus Ländern der ganzen Welt, in den Präsentationen der neu erschienenen Bücher, den Dichtervorlesungen, den Konzerten, in den Diskussionen am Rande und auf den Podien wurde diese Buchmesse auf ganz eigene Art zu einer stillen Feier von 10 Jahren sandinistischer Revolution.

Bert Hoffmann

REZENSIONEN

Erfahrungsfragmente aus Zentralamerika

Die Literatur zu Mittelamerika ist inzwischen reichhaltig. Zu jedem Land der Region liegen substanzielle Einzelanalysen vor, zum Teil als Ergebnis wissenschaftlicher Forschungen. Die Journalisten Harald Irnberger und Ingrid Seibert ("Stern", "Geo", "Die Zeit") legten jetzt ein Buch vor, das alle sechs Länder auf einmal behandelt und das auf gerade 240 Seiten. Dafür spricht, daß sie seit Jahren in Managua leben, alle Länder von ausgedehnten Reportagereisen kennen und somit eine Alltagsperspektive einbringen, einen pragmatisch-nüchternen Blick, der weitgehend frei ist von äußeren Erfahrungsmustern.

Was dagegen spricht, ist die enorme Verknappung, denn für die meisten Länder bleiben gerade 25 Seiten. Lediglich Panama (42 Seiten) und Nicaragua (68 Seiten) werden etwas stärker beachtet. Doch gerade Nicaragua ist das schwächste Kapitel des Buches, da es nicht um ein zentrales Erlebnis komponiert ist, wie etwa die reportageartigen Berichte aus Guatemala und Honduras, sondern aus "Erfahrungsfragmenten" besteht, die in ihrer Gesamtheit das Problem der kulturellen Identität erhellen sollen. In der Tat erhält man interessante Einblicke in die dortige Lebensmentalität, die traditionelle Wertüberfremdung und daraus bedingt die vergleichsweise geringe Ausprägung eigenständiger Volkskultur in diesem Transitland voller Wanderarbeiter (S.127).

Doch wenn letztlich viele Probleme nur angetippt werden, und man über Omar Cabezas beispielsweise kaum mehr erfährt, als daß er ein guter Schriftsteller und "ein Kerl von Saft und Kraft" ist, der leider einen "politischen Karriereknick" hat (S.150/151), so wird meines Erachtens am Informationsstand und Interesse vieler Leser vorbeigeschrieben. Ein paar Fragmente weniger und etwas mehr Tiefgang hätte ich mir da schon gewünscht.

Ähnliches ließe sich zu El Salvador sagen, wo trotz der erfreulichen Aktualität des Buches (Redaktionsschluß war Mai 1989) über die jüngsten Bemühungen der FMLN um eine friedliche Konfliktlösung nichts zu erfahren war. Was Panama anbetrifft, wird anhand von zwei Stippvisiten der "Zivile Bürgerkreuzzug" vorgeführt und in einem separaten Kurzkapitel das Leben der Kuna-Indianer auf den San-Blas-Inseln beschrieben, doch die politische Schlüsselfigur Noriega erhält nur vage Konturen und bleibt außerhalb der entscheidenden Verstrickungen.

Erfreulich dann die prägnanten Schilderungen des Kampfes von Padre Andrés Girón um die Rechte der guatemalteckischen Indios und das genaue Einfangen des Prostituiertenmilieus rings um die US-amerikanischen Basen in Honduras. Aufschlußreich auch die Darstellung der Antigewerkschaftspraktiken der Bananenmultis in Costa Rica und der von ihnen geförderten "Solidarismo"-Bewegung. An diesen Stellen wird deutlich, daß ein solcher Querschnittsband auch Substanz und eigenes Profil haben kann. Bedauerlich, daß offenbar die Zeit gefehlt hat, die anderen Kapitel entsprechend zu bearbeiten.

Christoph Links

Harald Irnberger/Ingrid Seibert: Zentralamerika - Opfer, Akteure, Profiteure. Lamuv-Verlag, Göttingen 1989

Olga

1986 war in Brasilien ein Buch über eine deutsche Jüdin, Olga Benario, der Bestseller des Jahres. Erst jetzt ist "Olga" auf deutsch erschienen - und nicht in einem der großen Verlage, sondern im Kölner Volksblatt Verlag. Die Verzögerung ist schwer verständlich. Man munkelt, deutsche Großverlage hätten zunächst abgelehnt, weil der Markt mit "Judenstories" übersättigt sei. Als dann aber die Filmrechte nach Hollywood verkauft wurden, begann ein Tauziehen um die Verlagsrechte.

Wie dem auch sei, es ist äußerst begrüßenswert, daß "Olga" nun endlich auf deutsch erschienen ist. Olga Benario stößt als junge Frau aus gutem Haus zu den Kommunisten, wird Sekretärin des kommunistischen Jugendverbands in Berlin, befreit ihren Geliebten Otto Braun mit Waffengewalt aus dem Moabiter Gefängnis, flieht in die Sowjetunion, wird von der Kommunistischen Internationalen (Komintern) nach Brasilien geschickt, heiratet den legendären Führer der brasilianischen KP Carlos Luís Prestes, wird nach einem mißglücktem Aufstand verhaftet und - schwanger - ins faschistische Deutschland ausgeliefert und dort ermordet.

Im Klappentext der brasilianischen Ausgabe wird das Buch mit den Schlagwörtern "Spionage, Leidenschaft und Gewalt" angekündigt. "Olga" ist wesentlich besser, als solche Ankündigungen befürchten lassen. Insbesondere der Teil über Olgas Zeit in Brasilien ist für deutsche Leser/innen aufschlußreich. Er stellt einen weithin unbekanntem Aspekt deutsch-brasilianischer Beziehungen dar: die die Beteiligung deutscher (Komintern-) Kommunisten am brasilianischen Widerstand und die Kooperation zwischen Gestapo und dem Vargas-Regime. Die Beschreibung der kläglich mißglückten Revolte von 1935 gibt Einblicke in die abenteuerliche Politik der Komintern zu dieser Zeit.

Aber im Mittelpunkt steht natürlich das Schicksal der Olga Benario. Sie ist keine makellose Heldin, auch wenn Morais der Gefahr der Idealisierung nicht ganz entgeht. Olga ist Revolutionärin und Kommunistin in stalinistischen Zeiten. Diese Widersprüchlichkeit bleibt zumindest kenntlich - ganz im Gegensatz zu dem einzigen deutschsprachigen Buch, das es bisher über sie gab: "Olga Benario" von der DDR-Autorin Ruth Werner, die aus Olga eine Ikone macht. Das Buch ist unerträglich.

Unerträglich ist aber auch, daß Olga Benario in der BRD völlig in Vergessenheit geraten ist. Das Buch von Fernando Morais entreißt sie diesem Vergessen, und schon deshalb kann die Empfehlung - bei allen Einschränkungen - nur heißen: Lesen, Lesen, Lesen! Vor das Lesen hat der Markt in der Regel das Kaufen gesetzt, ein Problem, denn das Buch ist nicht billig, aber die Ausgabe lohnt sich, und schließlich steht - dem Herrgott sei's geklagt - auch Weihnachten schon fast wieder vor der Tür.

Die tragische Geschichte der Olga Benario ist von dem brasilianischen Bestsellerautor Fernando Morais gründlich recherchiert und spannend erzählt worden. Die Herausgeber bezeichnen das Buch als "dokumentarischen Roman", d.h. neben Fakten erwarten die Leser/innen auch Dialoge - als wäre der Autor dabeigewesen. Nun ist das Genre nicht unproblematisch, da man dem Autor auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist, und eine wahre Geschichte erzählt werden soll, die sich jeder Überprüfung entzieht. Solche Erzählungen sind - im doppelten Sinn des Wortes - wahrlich fesselnd.

Nach dieser deutlichen Empfehlung kann ich doch nicht umhin, einige kritische Anmerkungen zur deutschen Ausgabe hinzuzufügen. Das Buch ist nicht nur übersetzt, sondern auch "wissenschaftlich überarbeitet" worden. Das war sicherlich notwendig, fanden sich doch in der brasilianischen Ausgabe einige Ungenauigkeiten, Schwierigkeiten mit deutschen Namen (Kreuzberg statt Kreuzberg), für deutsche Leser/innen überflüssige Erklärungen und absurde Behauptungen, wie daß die kommunistische Presse in den zwanziger Jahren eine bei weitem größere Auflage hatte als alle anderen Publikationen. Solche Dinge sind in der deutschen Ausgabe korrigiert oder weggelassen worden, an anderen Stellen ist etwas hinzugefügt worden, so erfahren wir, daß es die Straßenbahn der Linie 9 war, die an Olgas Wohnung in der Berliner Weserstraße vorbeifährt. Manchmal wird diese Vermischung von Weglassen und Hinzufügen fatal. Olga, so berichtet die brasilianische Ausgabe, zieht von der Weserstraße in die Innstraße. Dort wird sie verhaftet. Durch Auslassungen wird in der deutschen Ausgabe der Umzug nicht mehr erwähnt, bei der Schilderung der Verhaftung aber hinzugefügt, daß sie in der Weserstraße 25 stattfindet. Das im Buch abgebildete Polizeidokument benennt aber als Wohnort eindeutig die Innstraße 25. Das Einschmuggeln von Fehlern ist nicht gerade das, was man von einer wissenschaftlichen Überarbeitung erwartet.

Ein anderes Beispiel: Mit einer gewissen Genüßlichkeit breitet Morais aus, wie Olga und Carlos zueinander finden: Carlos Prestes soll bis dahin noch nie mit einer Frau zusammengewesen sein. In der portugiesischen Ausgabe heißt es, recht wörtlich übersetzt: "Und wenn Prestes mit seinen 37 Jahren noch nie eine Geliebte, nie eine Leidenschaft, nie eine Frau hatte, so konnte es keine geeigneteren Umstände geben um zu beginnen: er war auf hoher See, in einer Luxuskabine, begleitet von einer wunderschönen Frau, einer Kommunistin und Revolutionärin wie er." In der deutschen Ausgabe wird daraus: "Erst jetzt, auf hoher See, in einer luxuriösen Kabine und in Begleitung einer wunderschönen Frau erlebt Carlos bis dahin ungekannte Leidenschaften."

Hier ist offensichtlich der schon recht kitschige Text durch die deutsche Fassung unerträglich geworden. Wissenschaftliche Überarbeitung??

Vielleicht mag diese Kritik beckmesserisch erscheinen, das dritte Beispiel empfinde ich als geradezu skandalös. Auf dem Umschlagbild sind Carlos und Olga abgebildet, wie sie scheinbar nebeneinander her schlendern. Das Bild ist eine Fotomontage. Im Buch findet man die Originalfotos. Es sind jeweils Bilder von den Verhaftungen Olgas und Carlos: Auf den Originalfotos werden sie von Polizisten abgeführt. Aber damit nicht genug: Dem Monteur fehlten die Beine von Prestes. Kurzerhand hat er die Beine des Geheimpolizisten, der Olga abführt, auf das Bild montiert. Für mich sind damit die Grenzen des schlechten Geschmacks bei weitem überschritten. Schade, das hat das Buch wirklich nicht verdient. Trotz dieser Kritikpunkte bleibt die Empfehlung: Ein besseres Buch über Olga Benario gibt es nicht!

Fernand Morais, Olga - Das Leben einer mutigen Frau
Volksblatt Verlag, Köln 1989

Thomas W. Fathauer

Termine

Das wirtschaftliche Erbe Chiles nach 16 Jahren Militärdiktatur
Seminar am 4. und 5. November in Walberberg bei Bonn. Im Rahmen der Seminarreihe 1989/90: Hat die Demokratie in Chile eine Chance? Anmeldung und Information: Chile-Informationsbüro Münster e.V., Frauenstr.3-7, 4400 Münster, Tel. (0251) 661805.

Handlungsfreiheit statt Freihandel

Fachkongreß "Handel, Ernährung und Umwelt" vom 13.-15. Oktober 1989 in Hamburg. Themenschwerpunkte: EG-Binnenmarkt, GATT und Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Europa und der Dritten Welt. Näheres beim Kongreßsekretariat "Handlungsfreiheit statt Freihandel", Wernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. (040) 392526.

Entwicklungshilfe und Welternährungssituation

Symposium mit Vertretern der Entwicklungsdienste aus Anlaß des Welternährungstages am 12./13. Oktober 1989 im Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2057 Ammersbeck, Tel. (040)6052559 Veranstalter:Dienste in Übersee.

Gewaltfrei widerstehen in Lateinamerika

SERVICIO PAZ Y JUSTICIA informiert über die verschiedenen Arbeitsbereiche der Organisation und vermittelt Eindrücke von den Lebensverhältnissen in den lateinamerikanischen Ländern. Seminar vom 3.-5. November 1989 Tagungsort. Anmeldung, Information: Friedenskotten, Auf der Sandkuhle 15, 4517 Hilter-Hankenberg (bei Osnabrück), Tel. (05409) 1622.

Entwicklungspolitische Akzente in der Soli-Bewegung

Seminar der Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden vom 29.09.-1.10.1989 in Düsseldorf-Angermund im Kloster St. Katharina, Rahmerstr. 50, 4000 Düsseldorf 31. Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel. (0228) 234021.

Eingegangene Bücher

Meinrad Scherer-Edmunds: Die letzte Schlacht um Gottes Reich. Politische Heilsstrategien amerikanischer Fundamentalisten. Edition Liberación, Münster, 1989, ISBN 3-923792-31-x.

Entwicklungspolitik. Organisation, Medien, Journalisten. epi-Verlag, Saarbrücken, 1989, ISBN 0931-9272.

Trudi und Heinz Schulze (Hrsg.): Zukunftswerkstatt Kontinent. Volkserziehung in Lateinamerika. AG-SPAK, München, 1989, ISBN 3-923126-57-3

Frank Niess: Sandino-Der General der Unterdrückten. Pahl-Rugenstein, Köln, 1989, ISBN 3-7609-1242-7.

Carlos A. Dias: Indianer und Eroberer. la doc, Kassel, 1989.

CETIM (Hrsg.): Afrika hungert: Da habt ihr unseren Dreck. CETIM, CH-Genf, 1989, ISBN 2-88053013-x. Vertrieb BRD: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg.

Kai Ambos: Terrorismo y Ley. Análisis Comparativo: República federal Alemana, Gran Bretaña, Perú y Colombia. Comisión Andina de Juristas, Lima, 1989.

Cornelia Behrmann, Rüdiger Kunstmann, Frank Schürer: Argentinien-Lesebuch. Berichte und Analysen zu Politik, Wirtschaft, Militär, Kirche und Kultur in Argentinien. 1989. Zu beziehen bei: Reinhäuser Landstr.288, 3400 Göttingen.

Informationszentrum Dritte Welt (Hrsg.): IWF-Schuldig! Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank vor dem Basso-Tribunal. IZ3W, Postfach 5328, 7800 Freiburg, 1989.

Zeitschriftenschau

Blätter des IZ3W Nr. 159 , August 1989

Postfach 5382, 7800 Freiburg

Schwerpunkt: China-Reform und Krise

Hintergründe der jüngsten Ereignisse/ Radio und Fernsehen in der VR China/ Die Ereignisse aus der Sicht eines Beteiligten

Berichte: Birma/ Argentinien/ Aquino-Besuch/ El Salvador/ Bildungssystem in Ghana / GEPA/ Gewerkschaftlicher Internationalismus/ Abschiebung/ IGFM und Kirchentag/ Geschichte der IGFM/ Rezensionen/ Tagungsberichte.

Bolivia Nr. 78 Juli/ August 1989

Wittenbergplatz 3a, 1000 Berlin 30

Wahlen in Bolivien-Farce oder Durchbruch zur Demokratie?/ Wechselbad der Koalitionen/ Die Wahl von Jaime Paz Zamora zum neuen Präsidenten Boliviens/Yankees und Narcotrafico/ Kanzler und Condor-Skandal um eine Ordensverleihung/ Gespräch mit Evilio Arambiza, Indianerführer aus dem Tiefland Boliviens/ Aktuelles.

ila-info Nr.127, Juli/August 1989

Heerstr.205, 5300 Bonn

Schwerpunktthema: Los Hijos/os de Sandino/ Nicaragua/ Solidarität international
Beiträge zum 200. Jahrestag der französischen Revolution/ Hungerrevolten in Argentinien/ Druck der Rechten in der BRD-Kirche auf die brasilianische Landarbeiterpastoral/ IGFM und Kirchentag/ Folgen des Balbina- Stausees in Brasilien/ Ländernachrichten zu Argentinien, Brasilien, Guatemala und Peru.

epd-Entwicklungspolitik Nr. 13/ 1989

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Analyse: 10 Jahre Strukturanpassungsprogramme/ Beiträge von Yves Fortin(IWF/Weltbank), Jürgen Zattler (BMZ), Wolfgang Zehender (vormals DIE)/ Rupert Neudeck: Bonner Medienversagen bei Sudan-Hearing/ Walter Michler: Interview mit SPLA-Chef John Garang/ Südafrikas Erbe in Namibia/ Zwölfter Weltentwicklungsbericht
Information: Weltkongreß über Kommunikation/ Erika Styger-/Al Imfeld über den Kakaokrieg/ Strategiediskussion der IWF/Weltbank-Kritiker

Inprekorr Nr.217/218, Juli/August 1989

c/o SoZ-Verlag, Aquinostr. 7-11, 5000 Köln 1

Mexiko: Interview mit Sergio Rodriguez (PRT)/ Nicaragua: Die Revolution kämpft ums Überleben/ El Salvador: Vor der Entscheidung? Interview mit Jaoaquin Villalobos (FMLN)/ Uruguay: "Gelb" gewinnt. Zum Ausgang des Referendums; Nachruf auf Raúl Sendic/ China: Bürokratische Konterrevolution. Erklärung der IV. Internationale; In den Geburtswehen der Revolution; Ausländische Investitionen und Sonderwirtschaftszonen; u.A.

ÖkotoPIas Genießen

erhältlich in (fast) allen Naturkostläden und bei

Tee Aktion

In Zusammenarbeit mit dem Gen-Eisichen Netzwerk Zuckerbrot und Spritze



52 Wochen im Jahr über 60 Sorten Tee. Zum täglichen ab September First flush Mischung Darjeeling

ÖKOTOPIA
Groß- und Einzelhandel

Gneisenaustraße 2a Wrangelstraße 86
1000 Berlin 61 1000 Berlin 36
☎ 030 691 30 64 ☎ 030 612 30 99

Mit den Wäldern
sterben die Menschen



Die Völker der
Regenwälder retten

Mit der Vernichtung des einzigartigen Ökosystems der tropischen Regenwälder sind auch Jahrtausende alte Kulturen der Ureinwohner vom Untergang bedroht.

Fordern Sie unser Kampagnenblatt an!

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024
3400 Göttingen
Tel.: (0551) 55822

titanic reisen

Flüge nach/von Lateinamerika

zu unglaublich günstigen Preisen

Große Auswahl ab BRD, Berlin, Amsterdam, Brüssel, z. B. mit IBERIA, CUBANA, AEROFLOT, KLM, AIR FRANCE, PAN AM, VIASA, LAP, VARIG, AEROL. ARGENTINAS, AVIANCA, CANAD. AIRLINES, BRITISH AIRWAYS, ALITALIA, SWISSAIR u. TAP. Auch Studententarife, Flüge umgekehrt u. One Way. Gruppenpreise u. Rabatte f. Latinos, Projektmitarbeiter o. ä. auf Anfrage. Telefonische Buchung möglich, z.T. mit Sofortbestätigung!

Oppelner Straße 7 · 1000 Berlin 36
(030) 618 50 48 / 49
selbstverwaltetes Reisebürokollektiv

Arbeiterbildungszentrum
Gelsenkirchen-Horst e.V.

Das Haus für Gruppen der Arbeiter-, Umwelt, Frauen-, antifaschistischen und anti-imperialistischen Bewegung.

40 Betten; mehrere Seminarräume; Aula mit Bühne; großer Garten. Vollwertküche.

Vollpension nur 25,-. Übernachtung nur 10,-

Arbeiterbildungszentrum,
Koststr. 8

465 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/57 975

PERIPHERIE

Zeitschrift für Politik und
Ökonomie in der Dritten Welt

Nr. 36, 9. Jahrgang
erschienen im Juni 1989

Bevölkerungspolitik

Renate Rott:	Bevölkerungskontrolle, Familienplanung und Geschlechterpolitik	7
Carmen Barroso/ Cristina Bruschini:	Vom Alltag zur Politik. Arme brasilianische Frauen diskutieren über Sexualität	25
Heide Mertens:	Familienplanung als Entwicklungs- strategie	41
Loes Keyzers/Ines Smyth:	Familienplanung: Mehr als Fruchtbarkeitskontrolle?	61
Dokumentation:	Erklärung von Comilla	78
Andrea Komlosy/ Susan Zimmermann:	Geld oder Leben – Ist das die Frage? Zum Konflikt über die praktische Bewegung der Frauen	85

Rezensionen

Gertrud Pauritsch/Beate Frakele/Elisabeth List (Hg.), Kinder machen (Heide Mertens) ..	91
Herwig Birg/Helmut Koch, Der Bevölkerungsrückgang in der Bundesrepublik Deutschland; Franz Schultheis, Sozialgeschichte französischer Familienpolitik (Heide Mertens)	92
Barbara Böcker/Ina Simson, Chinas kleine Sonnen (Petra Lambrecht)	93
Heidrun Kaupen-Haas, Der Griff nach der Bevölkerung; Doris Byer, Rassenhygiene und Wohlfahrtspflege (Heide Mertens)	94
Bessie Head, Die Farbe der Macht; dies., Die Schatzsammlerin; dies. u. a., Wenn der Regen fällt (Henning Melber)	96
Tim Keegan, Facing the Storm (Reinhart Kößler)	98
Ronaldo Munck, The New International Labour Studies (Reinhart Kößler)	99
Richard Lawless/Laila Monahan (Hg.), War and Refugees – The Western Sahara Conflict (Jürgen Taeger)	100

Kurzbesprechungen

Kathleen McDonnell (Hg.), Women and the Pharmaceutical Industry (Gela Linne)	103
Wolfgang Streit, Ausweg Familienplanung? Zum staatlichen Gesundheitswesen in Tunesien (Heide Mertens)	103
Ben Turok, Africa. What Can Be Done? (Reinhart Kößler)	104
Andreas Kuntz/Beatrix Pfeleiderer (Hg.), Fremdheit und Migration (Klaus F. Geiger)	105
Eingegangene Bücher	106
Summaries	109

Preis: DM 10,- (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an: LN-Vertrieb, Gneisenastr.2, 1000 Berlin 61

Für ganz Eilige: Bestellungen per Telefon: 030/6934029

Auf Wunsch senden wir gerne ein ausführliches Verzeichnis
der Peripherie zu.

Preis für das Abo: DM 35,- für vier Nummern. Keine Portokosten

FIGHT FOR THE FOREST

CHICO MENDES
IN HIS OWN WORDS

Gerade erschienen!

96 S. 10,-DM

Zu bestellen bei:

LN-Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61
030/6934029

Ein Buch des
Latin America Bureau
London

Englische Ausgabe von:

O testamento do homem da floresta
Das letzte, große Interview von
Chico Mendes

